Die wirtschaftliche Entwickelung der Stadt Oberhausen

⟨Rheinland⟩

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswissenschaftl. Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität
zu Tübingen

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorgelegt von Franz Kempken
aus Oberhausen ⟨Rheinland⟩

Druck: Buch- und Kunstdruckerei des Duisburger General-Anzeigers

1917

Referent: Professor Dr. Fuchs

Meinen Eltern!

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553607_0026

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, die wirtschaftliche Entwicklung eines Gemeinwesens sowohl in der Gestaltung der verschiedenen Wirtschaftsfaktoren, als auch in ihrer Einwirkung auf die Gebiete ausserwirtschaftlichen Lebens, namentlich die sozialen Verhältnisse, zu verfolgen. Die Stadt Oberhausen mit ihrem fast beispiellos schnellen Entwicklungsgang schien hierzu in besonderem Masse geeignet.

Die folgenden Ausführungen behandeln im wesentlichen die Zeit von 1862, dem Gründungsjahr der Gemeinde Oberhausen, bis 1913. Die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dieser Zeit wurden nur soweit berücksichtigt, als es das Verständnis der späteren Entwicklung erforderte.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, allen denen zu danken, die mir bei der Abfassung der Arbeit mit Rat und Tat zur Seite standen, in erster Linie den Herren Bürgermeister Dr. Koernicke in Kreuznach, früherem Beigeordneten der Stadt Oberhausen, städt. Vermessungsinspektor Dr. phil. et rer. pol. Strehlow, Stadtsekretär Lohoff, Bergwerksdirektor Liebrich, sowie Oberingenieur Weidler von der Gutehoffnungshütte in Oberhausen. Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Fuchs, der mir die Anregung zu dieser Arbeit gab und mich bei ihrer Abfassung bereitwilligst unterstütze.

Literatur und Quellen.

1874—1899. Die Stadt Oberhausen im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens, Oberhausen (Rhld.) 1899; zitiert als „Die Stadt Oberhausen 1874—1899".

1862—1912. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Gemeinde Oberhausen, von Matthias Eich, Rektor, Oberhausen 1912; zitiert als Eich, „Festschrift".

Kirchenbau und Pfarrerhebung der St. Katharinengemeinde zu Oberhausen (Rhld.), Oberhausen 1903; zitiert als „St. Katharinengemeinde".

Schücking, Levin. Schilderungen und Geschichten von Minden bis Köln, 1856.

Bericht anlässlich des 50jährigen Bestehens der „Concordia", Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Oberhausen (Rheinl.), Düsseldorf 1900; zitiert als „Concordia 1850 bis 1900".

Die Schachtanlage 4/5 der Concordia, Bergbau-Aktien-Gesellschaft zu Oberhausen (Rhld.), 1910.

Die Gutehoffnungshütte Oberhausen (Rhld.). Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810—1910, Düsseldorf 1910; zitiert als „Die Gutehoffnungshütte 1810 bis 1910".

Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Oberhausen (Rhld.), von Matthias Eich, Oberhausen 1910.

Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim (Ruhr) und Oberhausen zu Essen, 1913. Teil I und II, Essen 1914.

Denkschrift des Essener Handwerks an den Oberbürgermeister der Stadt Essen, verfasst von H. Kükelhaus, Essen 1910.

Denkschrift über die Entwicklung der Städtischen Sparkasse Oberhausen, verfasst anlässlich der Errichtung des neuen Sparkassengebäudes von P. Boigs, Oberhausen 1913.

Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen für den Zeitraum von 1906—1914 (im Manuskript) und 1896—1906; ferner die Verwaltungsberichte (z. T. mit Haushalts-

plänen) von 1862/65, 1867, 1870/71, 1871/72, 1876/77, 1882/83, 1883—1906.

Haushaltspläne der Stadt Oberhausen für das Rechnungsjahr 1913.

Berichte über die Verwaltung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Strassenbahn der Stadt Oberhausen (Rhld.) für die Geschäftsjahre 1911—13.

General-Anzeiger für Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Bottrop und Umgegend, Nr. 255 vom 31. Oktober 1913; zitiert als „General-Anzeiger für Oberhausen etc.".

Adressbücher der Stadt Oberhausen (Rhld.) für die Jahre 1908 und 1913.

Mündliche und schriftliche Umfragen.

Inhalts-Uebersicht.

Seite

Einleitung: Die Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung Oberhausens 1

Erster Abschnitt: Die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zur Gründung der meinde (1862) 3

a) Die Zeit der rein ländlichen Verhältnisse 3

b) Die Zeit des Ueberganges von der Landwirtschaft zur Industrie 6

Zweiter Abschnitt: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von der Gründung der Gemeinde bis zur Gegenwart (1913) . 14

I. Die allgemeine Entwicklung 14

a) Ausdehnung und Ausbau des Stadtgebietes 15

1. Ausdehnung des Stadtgebietes 15

2. Ausbau des Stadtgebietes 17

a) Wegeverhältnisse 17

b) Bebauungsverhältnisse 19

b) Bewegung und Gliederung der Bevölkerung 21

1. Bevölkerungsbewegung 21

2. Bevölkerungsgliederung 25

II. Industrie und Gewerbe 27

a) Die Grossindustrie 27

1. Die Eisenindustrie 29

a) Die Gutehoffnungshütte 30

b) Die übrigen eisenindustriellen Grossbetriebe 37

2. Der Bergbau 40

a) Die Zeche Concordia 43

b) Die Zeche Oberhausen 47

c) Die Zechen Alstaden und Roland . . 48

3. Die chemische, Zink- und Glasindustrie 49

a) Die chemische Industrie 50

b) Die Zinkindustrie 51

c) Die Glasindustrie 52

4. Die städtischen Betriebe 52

Seite

b) Das Mittelgewerbe 56
1. Metallverarbeitungsindustrie 57
2. Baugewerbe und verwandte Gewerbe . 58
3. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 59
4. Sonstige Gewerbe 59
c) Das Kleingewerbe 60
1. Entwicklung des Kleingewerbes 61
2. Kleingewerbe und Grossgewerbe . . . 63
3. Staatliche und gemeindliche Förderung 64
4. Lage des Kleingewerbes 66
III. Handel und Verkehr 67
a) Verkehrswege 69
1. Strassen 69
2. Wasserwege 70
3. Schienenwege 71
b) Verkehrsinstitute 72
1. Eisenbahn 72
2. Post und Telegraphie 74
3. Strassenbahn 75
c) Handelsinstitute 76
1. Banken 76
2. Sparkassen 77
IV. Landwirtschaft 79
a) Nutzungsfläche 80
b) Besitzverteilung 80
c) Betriebsverhältnisse 82
V. Die sozialen Verhältnisse 85
a) Einkommensverhältnisse 86
b) Einkommensfürsorge 90
1. Massregeln zur Sicherung des Einkommens 91
a) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 91
b) Einrichtungen zum Schutz gegen Erwerbsunfähigkeit 91
2. Massregeln zur Erhöhung des Realeinkommens 95
a) Wohnungsfürsorge 95
b) Bildungsfürsorge und Gesundheitspflege 103

Seite

VI. Gemeindewirtschaft und Gemeindepolitik . . 104
a) Gemeindehaushalt 106
1. Ausgaben 106
a) Unterrichtswesen 106
b) Armen- und Gesundheitswesen . . . 107
b) Bauwesen 108
c) Allgemeine und Polizeiverwaltung . 109
e) Sonstige Ausgaben 109
2. Einnahmen 109
a) Abgaben 110
a_1) Steuern 110
a_2) Gebühren und Beiträge 114
b) Erwerbseinkünfte 115
c) Sonstige Einnahmen 116
b) Gemeindepolitik 117
1. Wirtschaftspolitik 118
2. Wohlfahrtspolitik 122
a) Armenpflege 122
b) Gesundheitspflege 123
c) Arbeiterfürsorge 124
Zusammenfassung und Schluss 126

Einleitung.

Die Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung Oberhausens.

Die Gemeinde Oberhausen wurde auf Grund der preussischen Kabinettsordre vom 18. November 1861 aus einer Anzahl Bauernschaften am 1. Februar 1862 als Landbürgermeisterei Oberhausen gebildet. Sie hat ihren Namen erhalten von der Eisenbahnstation Oberhausen, die, im Jahre 1846 eröffnet, ihrerseits nach dem an der Emscher gelegenen Schlosse Oberhausen des Grafen Westerholt benannt war. Im Jahre 1874 wurde die Gemeinde zur Stadt erhoben. Am 1. April 1901 schied Oberhausen aus dem Landkreise Mülheim (Ruhr) aus und bildet seitdem einen eigenen Stadtkreis.

Während demnach die politische Geschichte Oberhausens nur wenig mehr als ein halbes Jahrhundert umfasst, liegen die Anfänge seiner Wirtschaftsgeschichte weit früher, sie lassen sich bis in das neunte Jahrhundert n. Chr. verfolgen. Wer also der wirtschaftlichen Entwicklung nachgehen will, darf nicht nur jene Zeit in den Kreis seiner Betrachtung ziehen, für die der Name Oberhausen Geltung hat; er muss über den Beginn der politischen Geschichte hinausgehen.

Gleichwohl spielt das Jahr 1862 auch in der Wirtschaftsgeschichte eine grosse Rolle; denn in jenem Jahre wurde durch den Zusammenschluss der bisher getrennten Gebiete für die immer intensiver werdende wirtschaftliche Entwicklung erst die einheitliche territoriale Grundlage geschaffen. Insoweit kommt dem Verwaltungsakte, der ein politisches Gebilde schuf, auch eine wirtschaftliche Bedeutung zu, und zwar, wie die Entwicklung zeigt, eine geradezu entscheidende. Durch die Bildung eines festgefügten Wirtschaftsgebietes wurden die vorhandenen Kräfte, bisher räumlich getrennt, vereint; sie erstarkten und vervielfältigten sich. Als ein wichtiges förderndes Moment darf die Ende der 1840er Jahre erfolgte Erschliessung des Gebietes durch die Eisenbahn nicht ausser Acht gelassen werden, gab sie doch erst den Anstoss zur Gründung der Gemeinde. Damit wurde allerdings der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung der Folgezeit wohl eingeleitet, die Vorbedingungen dazu geschaffen, der eigentliche Beginn fällt aber erst in die Zeit nach der Gründung der Gemeinde.

Die Zeit vor dieser grossen Epoche, die dagegen mehr als die wirtschaftliche Vorgeschichte erscheint, zerfällt in zwei Perioden, in die der rein ländlichen Verhältnisse und die des Ueberganges der Landwirtschaft zur Industrie. Die erstere reicht bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts hinaus und zeigt uns Jahrhunderte hindurch das Bild ruhiger bäuerlicher Verhältnisse. Mit den ersten industriellen Anfängen beginnt die Periode des Ueberganges von der Landwirtschaft zur Industrie, in der letztere zunächst um ihre Existenz kämpfen muss und erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts langsam erstarkt. Am Ende dieser zweiten Periode ist der Kampf zwischen der Landwirtschaft und Industrie tatsächlich schon zu Gunsten der Industrie entschieden.

Diese beiden Perioden, zur Vorgeschichte zusammengefasst, bilden den ersten grossen Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung, der etwa bis zur Gründung der Gemeinde reicht. Er führt uns schon aus der Herrschaft der Landwirtschaft hinüber in den Geltungsbereich der Industrie, in deren Ansätzen auf die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse hingedeutet wird. Mit der Gründung der Gemeinde beginnt dann der zweite und letzte Abschnitt, die Epoche des Aufschwungs. Ihr Verlauf steht völlig unter dem Einfluss einer mächtig emporstrebenden Industrie, die ihrerseits zu einem ungeahnten Aufblühen aller Zweige des Wirtschaftslebens geführt hat.

Erster Abschnitt:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zur Gründung der Gemeinde (1862).

a) Die Zeit der rein ländlichen Verhältnisse.

Die Zeit der rein ländlichen Verhältnisse, die bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts reicht, steht unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Gebundenheit.

Nach einer uns erhaltenen Urkunde[1]) vom Jahre 947 waren Lirich und Lippern, die beiden ältesten Teile Oberhausens, gegen 850 an das Stift Essen gekommen, d. h. gleich nach der Gründung des Klosters und der Errichtung der ersten Kirche durch den Bischof Altfriedus von Hildesheim auf seinem Edelhofe Essen. Von diesem Zeitpunkte an gehörten die genannten Ortschaften ununterbrochen zum Stifte Essen und kamen mit diesem im Jahre 1802 bei der Säkularisation in preussischen Besitz, in welchem sie mit Ausnahme der Zeit vom Tilsiter bis zum Wiener Frieden (1807—1815) verblieben sind.

Ausser der Landeshoheit übte die Fürstäbtissin des Stiftes Essen auch die Lehnshoheit über die meisten Höfe und Kotten in Lirich und Lippern aus. Durchweg waren es „Behandigungsgüter", die gewöhnlich auf Lebenszeit an die der Lehnshoheit des Stiftes Essen unterstehenden Bauern ausgegeben wurden. Wenn sie auch rechtlich nicht erblich waren, so erfolgte doch tatsächlich eine neue Beleihung selten ausserhalb der Familie. Eine Erneuerung der Behandigung war mit gewissen Lasten verbunden, die sich nach Churmunds Recht bestimmten; so musste beim Tode des Bauern das beste Pferd, beim Tode der Frau die beste Kuh gegeben werden, damit die Erneuerung der Behandigung gesichert wurde. Daneben waren Hand- und Spanndienste[2]) zu leisten, mit Pflug und Gespann zum Bestellen der Aecker oder mit der Sense bei der Ernte, und weiterhin Abgaben zu entrichten, entsprechend der Grösse des Bauerngutes in verschieden grossen Mengen von Naturalien, Vieh, Korn, Butter, Eiern, auch in Flachs, Wachs usw. Ferner bestand die Verpflichtung für die Instandhaltung des Oberhofes in Essen, dem die zinspflichtigen Höfe untergeordnet waren, zu sorgen und selbst bei etwaigen Neubauten und Erweiterungen ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Im einzelnen finden sich diese Dienste und Abgaben im sogenannten Kettenbuche vezeichnet, das uns

[1]) „St. Katharinengemeinde" S. 7 ff.
[2]) Eich, „Festschrift" S. 10.

auch Näheres über den Stand der Landwirtschaft im 15. Jahrhundert mitteilt. Eich[3]) fasst dieses kurz zusammen: „Danach wurde wenig Weizen gebaut. Das eigentliche Brotkorn war der Roggen. Gerste baute man hauptsächlich zur Bierbrauerei an. An weniger ergiebigen Stellen wurde in Zwischenräumen von mehreren Jahren nur Hafer gepflanzt. Die andere Zeit blieb das Land dreisch, d. h. unbestellt, liegen und wurde als Viehweide benutzt. Wenn auch der Getreidebau nur geringe Erträge gab, so war doch die Körnerfrucht hoch im Preise. Als Schlachtvieh dienten namentlich Schweine und Schafe. Die Eichenwaldungen boten im Herbste für die Schweineherden eine geschätzte Eichelmast. Die Heiden waren ein guter Aufenthalt für Bienenschwärme und Schafe.. Dass nicht mehr Rinderzucht getrieben wurde, erklärt sich daraus, dass für das Vieh ganz geringe Preise gezahlt wurden."

Diese Schlussfolgerung ist nicht richtig. Es ist vielmehr die geringe Pflege der Rinderzucht aus den schwierigen Ernährungsverhältnissen des Rindviehs zu verstehen, das besonders im Winter unter dem minderwertigen Futter, Stroh, weniger Heu, zu leiden hatte. Das herrschende Betriebssystem war die alte Dreifelderwirtschaft, deren Grundbedingungen auf ein Minimum reduziert waren. Es fehlten die zur Ernährung des Viehes unentbehrlichen grossen Weideflächen, der Anbau von Futtergewächsen war noch nicht eingeführt. Ueberdies hemmten weite Wald- und Heidestrecken die Ausdehnung des Ackerbaus, der bei der geringwertigen Bodenbeschaffenheit und dem extensiven Betrieb nur wenig Ertrag lieferte. Fruchtbarer Boden fand sich eigentlich nur an den Ufern der Emscher. Hier stossen wir deshalb auch auf die ältesten Ansiedelungen.

Die Bauernhäuser um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren einstöckig und hatten Fachwerkwände und Strohdächer. Die Höfe zeigten weder die innere Einheitlichkeit des sächsischen Gutes in Bezug auf die Lage der einzelnen Teile zueinander noch auch die äussere Geschlossenheit der fränkischen Siedelung, wie wir sie auf der linken Rheinseite antreffen. Dies lag daran, dass hier, an der Grenze der Franken und Sachsen, die Sitten und Gebräuche beider Stämme ineinander übergingen. Mit der Zeit gewann allerdings das sächsische Element die Oberhand.

Bei den von Natur aus ungünstigen Bedingungen konnten die Verhältnisse, in denen die Bevölkerung sich bewegte, nur bescheiden sein. Die Lebenshaltung war einfach, ihr Bedarf wurde nach Möglichkeit in der

[3]) ebda.

eigenen Wirtschaft gedeckt, seltener durch Kauf. Die gewerblichen Frauenarbeiten: Brotbacken, Spinnen, Weben, lagen noch im Bereich der weiblichen Beschäftigung, und wie der Hofschulze in Immermanns „Münchhausen", so war auch hier der Bauer sein eigener Schmied, Schreiner, Zimmermann. Die Arbeiten, welche in der Hauswirtschaft nicht ausgeführt werden konnten, wurden vom Lohnwerker erledigt, der ohne eigenes Betriebskapital, nur im Besitze einfacher Werkzeuge, „deshalb seine Kunst immer an fremdem Rohstoff betätigte, den ihm der Erzeuger dieses Rohstoffes lieferte, der zugleich Konsument der fertigen Produkte war."[4]) Und zwar arbeitete der Lohnwerker gewöhnlich einmal im Jahre im Hause des Kunden gegen Tagelohn, bei freier Kost und nötigenfalls auch Wohnung.

Selten wurden, wie oben gesagt, die Bedürfnisse der Bauern auf dem Wege des Kaufes gedeckt; immerhin konnte aber die Befriedigung auch der Kulturbedürfnisse bei der geringen Entfernung vom handel- und gewerbetreibenden Duisburg ziemlich schnell erfolgen, zumal über die Lipper Heide von Ruhrort nach Essen eine Strasse, früher auch Römerstrasse genannt, führte. Die Bezeichnung Lipperheidenbaum, nach der heute noch ein Teil Oberhausens benannt ist, erinnert daran, dass hier beim Uebergang der Waren aus der bergischen Unterherrschaft Broich in Essener Gebiet ein, allerdings geringfügiger, Zoll erhoben wurde.

Diese günstige Lage hat jedoch die Verkehrsentwicklung, wie überhaupt den Verlauf der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zu fördern vermocht. Bei der mangelhaften Betriebsweise und der beschränkten Entwicklungsmöglichkeit der Landwirtschaft war eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern nicht zu erhoffen. Die Folge davon war ein äusserst langsames Wachsen der Zahl der Einwohner und Wohnstätten. Die Anzahl der Gehöfte und Kotten, die im Schätzungsregister für die Regaliensteuer im Jahre 1534 mit 26 angegeben wurde, stieg auf 38 am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Entsprechend langsam wuchs im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl, die um das Jahr 1800 in Lippern und Lirich kaum 200 betrug. Was der Kartäuser Werner Rolevinck in seinem um 1480 erschienenen Werk „Vom Lobe des alten Sachsens" über unsere Gegend sagt: „Das gesamte Land gehört Ackerbauern und hat weder ergiebige Zölle noch schiffbare Flüsse, noch vielbesuchte Messen oder ähnliche Erwerbsquellen, aus denen das Land Gewinn ziehen könnte," gilt auch noch drei Jahrhunderte später.

---

[4]) Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, S. 165.

b) Die Zeit des Ueberganges von der Landwirtschaft zur Industrie.

Die rein ländlichen Verhältnisse hielten sich bis in das 19. Jahrhundert hinein. Allerdings entstanden die ersten industriellen Anlagen schon früher, zuerst in den benachbarten Ortschaften Osterfeld und Sterkrade, danach die Eisenhütte Neu-Essen in Lirich. Sie alle waren aber zunächst sehr unbedeutend und führten ein zu unsicheres Dasein, als dass sie von irgend welcher Bedeutung gewesen wären. Die Beziehungen der Industrie zur einheimischen Bevölkerung waren infolgedessen recht locker. Zwar fanden einige Bauern bei dem dürftigen Ertrage ihrer Ackerwirtschaft lohnende Nebenbeschäftigung in dem Heranfahren von Eisenerz und Holzkohle, doch zeigten sie sich auch darin noch recht ungefügig. Es erregte Anstoss bei den Bauern, dass auswärtiges Arbeitspersonal herangezogen wurde, und wie sie sich über solche Beschäftigung erhaben glaubten, so hielten sie es auch unter ihrer Würde, mit den fremden Hüttenleuten zu verkehren oder sie sogar in Kost und Obdach zu nehmen. Die Landwirtschaft wurde demnach von industriellen Einflüssen so gut wie verschont und blieb es auch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein.

Der Einwirkung einer anderen Tatsache vermochte sie sich jedoch auf die Dauer nicht zu entziehen, nämlich den technischen Fortschritten in ihrer Betriebsweise. Solange nämlich die Bauern von der Grundherrschaft abhängig waren, ging ihr Bestreben lediglich dahin, neben dem Bedarf der eigenen Wirtschaft nach Möglichkeit auch den Verpflichtungen gegenüber ihrem Grundherrn zu genügen. Grössere Erträge aus ihrer Ackerwirtschaft durch intensivere Arbeit herauszuholen, dazu fehlte ihnen, den wirtschaftlich Abhängigen, das Interesse. Dass sie ohnehin ihren Verpflichtungen gegenüber dem Grundherrn schon unvollkommen nachkamen, geht aus der mitunter recht beträchtlichen Schuldenlast hervor, die ihnen durch Stundung der Abgaben zu Zeiten erwuchs.

Die Ablösung der Reallasten und Aufhebung der Dienste zu Beginn des 19. Jahrhunderts gaben dem Bauern Freiheit und Eigentum. Mit der Selbständigkeit kam nun auch das Selbstinteresse, das Streben nach rationellerer Bewirtschaftung ihres Besitzes. Wenn trotzdem der Uebergang von der alten Dreifelderwirtschaft zur neuen intensiven Betriebsweise, der Fruchtwechselwirtschaft, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sich langsamer vollzog, als man hätte erwarten sollen, so lag das einmal an dem Misstrauen des Bauern gegenüber der neuen, unbekannten Kulturmethode, aber

auch wieder an den ungünstigen Bodenverhältnissen, die eine Ausbreitung der Landwirtschaft so sehr erschwerten. In dieser letzteren Tatsache sehen wir auch den Grund dafür, dass bei der Fruchtwechselwirtschaft die Ergebnisse der Viehzucht, vor allem der Rinderzucht, noch nicht befriedigend waren, und „Schwanzvieh" durchaus nicht zu den Seltenheiten gehörte.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts machte demnach der Ackerbau nur langsame Fortschritte. Zu dieser Zeit waren von den 1300 ha des späteren Gemeindegebietes etwa 400 ha, also nicht einmal ein Drittel, landwirtschaftlich genutzt; „nur der am Emscherflüsschen gelegene Streifen war kultiviert und bewohnt, weil hier durch die Alluvion dieses Flüsschens sich schöne Wiesen und ertragfähiger Boden, zu gutem Holz- und Ackerbau geeignet, gebildet hatten. Der Rest der beiden Ortschaften Lippern und Lirich, genannt Lippern-Liricher Gemeinheit, war als Heideboden ganz unkultiviert geblieben und brachte mt Ausnahme eines kleinen zu Nadelholzpflanzungen benutzten Teiles gar keinen Ertrag".[5]) In den 1840er Jahren war man an einigen Stellen dazu übergegangen, den Heideboden mit Nadelholz zu bepflanzen, das kläglich voranwuchs und mässigen Ertrag lieferte.

Trotz der geringen räumlichen Fortschritte der Landwirtschaft hatten die bäuerlichen Verhältnisse eine merkliche Besserung erfahren. Mit dem Uebergang des letzten Bauernhofes aus dem grundherrlichen Besitz in das Eigentum des Bauern zu Anfang der 1850er Jahre war die Abhängigkeit der Grundherren allenthalben beseitigt. Dadurch war das Selbstbewusstsein gestärkt, die Arbeitsfreude geweckt worden. Am meisten trug aber die Fruchtwechselwirtschaft, die nun allgemein durchgeführt war, zur Hebung der bäuerlichen Verhältnisse bei. Die aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Gebäude haben durchweg massive Umfassungsmauern und vereinzelt schon Ziegelbedeckung. Für das Wachsen des Wohlstandes spricht gleichfalls die Tatsache der verbesserten Lebenshaltung. Seinen Bedarf sucht der Bauer nach Möglichkeit auch jetzt noch in eigener Wirtschaft zu decken; nur zu Arbeiten, die er selbst nicht ausführen kann, nimmt er Handwerker, die als Lohnwerker von Hof zu Hof ziehen.

Zu einem ausgebildeten Handwerkerstande als zu einer eigenen Gruppe der Bevölkerung ist es bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gekommen. Wir haben hier noch ausgeprägtes Landhandwerk mit Kundenproduktion vor uns, das sich erst allmählich zu dem städtischen Handwerk umgestaltet hat.

---

[5]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1871/72, S. 4

Es gab in der Hauptsache nur zwei Klassen der Bevölkerung, eine bäuerliche und eine gewerbliche, zwischen denen noch immer eine ziemlich scharfe Scheidung bestand. Noch zu Beginn des Jahrhunderts in der Minderheit, hatte die letztere Klasse infolge des Erstarkens und Umsichgreifens der Industrie und auch infolge der Anlage des Bahnhofes (1846) an Zahl ausserordentlich zugenommen, sodass ihr hauptsächlich das gewaltige Emporschnellen der Bevölkerungsziffer zuzuschreiben ist. Die Einwohnerzahl stieg von rund 200 zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf mehr als 5500 bis zur Gründung der Gemeinde. Das beweist offensichtlich ein Uebergewicht der Industrie. Tatsächlich ist denn auch schon vor der Gründung der Gemeinde der Uebergang von der Landwirtschaft zur Industrie erfolgt.

Die Anfänge der Industrie liegen, wie schon erwähnt, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der im Jahre 1757 im nahen Osterfeld errichteten Antonyhütte folgte im Jahre 1782 die Gutehoffnungshütte im benachbarten Sterkrade und 1790 die Eisenhütte Neu-Essen in Lirich. Diese drei Eisenhütten verdankten ihre Entstehung der eifersüchtigen Politik der drei bei Sterkrade zusammenstossenden Landesfürstentümer Cleve (preussisch), Recklinghausen (kölnisch) und Essen, die mit peinlicher Genauigkeit auf die Erhaltung ihrer politischen wie auch wirtschaftlichen Selbständigkeit bedacht waren. Wirtschaftliche Rücksichten mögen allenfalls bei der Gründung der Antonyhütte massgebend gewesen sein. Da die vorhandenen Rohstoffe, Eisenerz und Kokskohle, für eine, höchstens aber zwei Hütten ausreichten, so konnte die junge Industrie erst dann lebensfähig werden, wenn wenigstens eine der drei Hütten stillgelegt wurde, oder aber alle drei sich zu einer wirtschaftlichen Einheit verschmolzen. In der Tat hat erst die Vereinigung der drei Hütten zu einer einzigen, der Gutehoffnungshütte, im Jahre 1810, die Grundbedingung für die Leistungsfähigkeit des heutigen Riesenunternehmens geschaffen.

Ueber den Betrieb der Hütten bis zu diesem Zeitpunkt sagt Dr. Woltmann in der Vorgeschichte der „Gutehoffnungshütte“[6]): „Alle drei Hütten gingen auf Gusswaren. Die Herstellung von Stabeisen auf Antonyhütte hat weder einen erheblichen Umfang angenommen noch längere Zeit gedauert. Hinsichtlich der Versorgung mit Rohstoffen, der Technik der Verarbeitung, der Erzeugung und des Absatzes, wiesen die drei Hütten grundsätzlich gleiche, oder doch sehr ähnliche Verhältnisse auf. Die Erze — Sumpf- und Rasenerze — wurden in der näch-

[6]) „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910“, S. 10 f.

sten Umgebung der Hütte gegraben. Die Anfuhr des Erzes wurde jedoch nicht von der Hütte, sondern durch Bauern besorgt. Die Holzkohle war der erheblich wertvollere und seltenere Rohstoff. Die Herstellung der Holzkohle erfolgte zu einem wesentlichen Teile im eigenen Betriebe. Die Erzeugnisse waren im Vergleich zu den in Frage kommenden Roheisenmengen sehr mannigfaltig. Als Besonderheit wurde sowohl auf der Antonyhütte, wie auf der Gutehoffnungshütte der Munitionsguss betrieben."

Die Erzeugnisse gingen annähernd zur Hälfte ins Ausland, nach Russland, Dänemark, hauptsächlich aber rheinabwärts nach Holland. Die Vorzüge des Rheines als eines wichtigen Transportweges wurden damals wiederholt hervorgehoben. Inländische Absatzmärkte waren Köln, Osnabrück, die drei Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck, das Münsterland, sowie die engere Heimat, das Bergische und Märkische Land.

In den ersten Jahrzehnten ihres Daseins vermochte sich die Industrie gegenüber all den Schwierigkeiten, vorwiegend technischer und finanzieller Art, nur mit Mühe zu behaupten. Erstarken konnte sie erst, als mit der Beseitigung der Kleinstaaten (1801 und 1803) eine freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte möglich wurde und die bald darauf erfolgte Vereinigung der drei Eisenhütten einen rationellen, konkurrenzlosen Betrieb gestattete.

Mit der Gründung der „Hüttengewerkschaft und Handlung" Jacobi, Haniel und Huyssen, aus der nach mehrfacher Umwandlung die heutige Gutehoffnungshütte hervorgegangen ist, beginnt die Zeit des Aufstiegs der Industrie.

Bis zum Jahre 1850 beherrscht die Gutehoffnungshütte allein das Bild. Es deckt sich diese Zeit ungefähr mit dem 1. Entwicklungsabschnitt[7]) der Hütte, der bis zum Jahre 1855 reicht und eine Umwälzung in der Betriebstechnik erkennen lässt. Aus dem reinen Hochofenwerk mit Giesserei zu Beginn dieses Zeitraumes ist an seinem Ende ein reiner Verarbeitungsbetrieb geworden, der sich auf käuflichem Wege Roheisen beschaffen muss. Der Grund dafür lag in der am Niederrhein begrenzten Herstellungsmöglichkeit von Holzkohlenroheisen, die den Gedanken nahe legte, von der Erzeugung des Roheisens immer mehr zum Ankauf und zur Verarbeitung überzugehen. Durch Angliederung der verschiedensten Betriebe

---

[7]) vgl. hierzu wie auch zur späteren Entwicklung des Unternehmens „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910", Seite 12 ff. Zum Verständnis des Entwicklungsganges der Gutehoffnungshütte musste im folgenden auf diese technischen Umwälzungen näher eingegangen werden.

gewann die Roheisenverarbeitung gegenüber der Selbstgewinnung zusehends an Bedeutung. Der Bedarf an Eisenerz wurde anfangs in nächster Umgebung gedeckt, vom Jahre 1830 an auch in der Lahngegend, woselbst die Hütte bald nachher die Berechtsame erwarb. Damit war sie der Notwendigkeit enthoben, Eisenstein zu kaufen, zumal sie weitere Erzgruben in der Gegend der Wied, der Dill und des Mittelrheins in ihren Besitz brachte. Die Herschaffung des Eisenerzes aus diesen Gebieten erfolgte auf dem Wasserwege bis Ruhrort; von hier aus wurde es mit Pferdefuhren herangebracht.

Dem aus diesen Erzen in dem Hochofen gewonnenen Roheisen musste, damit es zu Schmiedeeisen verarbeitet konnte, der Kohlenstoff bis auf einen kleinen Prozentsatz entzogen werden. Das geschah anfänglich noch auf dem Frischherde, bei dem das Roheisen in entzündete Holzkohle gelegt und durch kräftig angeblasene Luft sein Kohlenstoffgehalt erheblich vermindert wurde. Die Beschaffung der hierzu erforderlichen Holzkohle wurde mit der Zeit immer schwieriger und führte zur Ersetzung durch Steinkohlen und Koks. Technische Mängel, die sich daraus wieder ergaben, wurden durch das sogen. Puddelverfahren beseitigt, das 1836 in Anwendung kam. Bei Verringerung der Herstellungskosten brachte dieses Verfahren gegenüber dem Herdfrischen eine Steigerung der Eisenerzeugung auf mehr als das zehnfache.

Die Einführung des Puddelofens, durch den die Eisenindustrie einen ausserordentlichen Aufschwung erfuhr, führte bei der Gutehoffnungshütte zu umfangreichen Erweiterungen. Nach einem Zeitraum von kaum 10 Jahren waren mehr als 40 Puddelöfen vorhanden; gleichzeitig entstanden weitere Betriebe, darunter ein Schienenwalzwerk. „Die Hütte war mit dem Bau ihres Puddelwerkes und ihrer Walzwerke noch gerade rechtzeitig gekommen, um an der Deckung des durch das Entstehen der Eisenbahnen in ungeahnter Weise emporschnellenden Eisenbedarfs beteiligt zu sein.“[8]) Die zahlreichen Schienenlieferungen, die nicht selten von beträchtlichem Umfang waren, zeugen von der grossen Leistungsfähigkeit des Unternehmens, wie denn überhaupt die Herstellung von Eisenbahnbedarfsartikeln in der Produktion damals den breitesten Raum einnahm. In die erste Hälfte der 1840er Jahre fallen auch die Versuche zum Bau von Lokomotiven, die aber misslangen. Die Hütte hatte nicht nur hier, sondern ganz allgemein unter der starken Konkurrenz der englischen Eisenindustrie zu leiden, die die deutsche auf dem eigenen Markt an Qualität und Quantität übertraf. Wie niedrig die englischen Angebote

[8]) „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910“, S. 18.

waren, geht daraus hervor, dass die Hütte ihnen gegenüber nicht einmal in der Lage zu sein glaubte, für die geplante Köln-Mindener Bahnstrecke, die unmittelbar am Puddelwerk vorbeiführen sollte, Schienen zu liefern.

Ein Schutz der heimischen Arbeit schien hier unbedingt am Platze. Er kam 1844 in Gestalt eines mässigen Schutzzolles auf Roh- und Stabeisen, der zu einer bis in die 1860er Jahre reichenden Besserung der Lage in der niederrheinisch-westfälischen Eisenindustrie führte. Damit war der Druck der ausländischen Konkurrenz wenigstens gemildert. Eine Abschwächung der Wirkungen des inländischen Wettbewerbs zu erzielen, war der Gegenstand weiterer Verhandlungen, die schon im Jahre 1845 Preisvereinbarungen zwischen der Gutehoffnungshütte und mehreren eisenindustriellen Unternehmungen zeitigten. Die daraus später hervorgegangene Schienengemeinschaft mit dem Sitz in Düsseldorf ist insofern von grosser Bedeutung, als sie dem Streben nach wirtschaftlichen Vereinigungen innerhalb der Eisenindustrie zum erstenmal deutlichen Ausdruck verlieh.

Die Anlage eines Hochofenwerkes im Jahre 1855 steht am Anfang eines neuen Entwicklungsabschnittes der Gutehoffnungshütte, der von vornherein durch das Streben gekennzeichnet ist, der Eigenproduktion von Roheisen neben seiner Verarbeitung wieder einen grösseren Platz einzuräumen. Durch die Errichtung von Hochöfen war sie in ihrem Roheisenverbrauch nicht mehr so ausschliesslich an den Markt gebunden, wenn sie auch eine vollständige Unabhängigkeit nicht erreichen konnte. Eine erhöhte Leistungsfähigkeit der Verarbeitungsbetriebe, die eine beträchtliche Erweiterung erfuhren, war die Folge. Ausser dem Munitions- und Röhrenguss, der auch jetzt noch betrieben wurde, war es die Erzeugung von Eisenbahnbedarfsmaterial, mit der sich die Hütte befasste. Den hauptsächlichsten Produktionszweig bildete die Herstellung von Schienen und Stabeisen.

Der Absatz der Erzeugnisse erfolgte bis zu den 1860er Jahren im Inland, der ausländische Markt kam bis dahin kaum in Betracht. Allerdings hatten sich die Absatzverhältnisse im Laufe der Zeit insofern verschoben, als sie sich durch die erwähnte zollpolitische Massnahme und die von der Eisenbahn geschaffenen erleichterten Verkehrsbedingungen erheblich günstiger gestaltet hatten. Diese vergrösserte Absatzfähigkeit hat die wirtschaftliche Grundlage der Gutehoffnungshütte wesentlich gefestigt.

Aus dem Streben nach grösserer Selbständigkeit in der Beschaffung der Rohstoffe ging die Frage der Steinkohlenversorgung hervor, die eine für die spätere Entwicklung des Unternehmens äusserst glückliche Lösung

erfuhr. Die Verwendbarkeit der hiesigen Kohle zur Herstellung von Koks führte zu dem Plan der bergbaulichen Erschliessung der Kohlenlager in der Umgebung Oberhausens. Die Förderung auf den beiden Schächten der Zeche Oberhausen begann im Jahre 1857; sie vermochte aber zunächst nur einen kleinen Teil des Kohlenbedarfs zu decken.

In den vorhergehenden Jahren hatte die Gutehoffnungshütte die erforderliche Kohle zum Teil aus nächster Nähe bekommen und zwar von der Zeche Concordia, die im Jahre 1850 angelegt worden war. Den Aufschluss des Grubenfeldes begann die Bergbaugesellschaft Concordia mit dem Abteufen eines Schachtes, unweit des Bahnhofes, dem bald ein zweiter Schacht folgte.

Inzwischen hatten weitere industrielle Betriebe Fuss gefasst, darunter zwei Zinkwalzwerke der beiden Firmen Grillo und Vieille Montagne.

Wir finden also schon bei der Gründung der Gemeinde jene drei Gewerbezweige vor: Eisenindustrie, Bergbau und Zinkindustrie, die an der Entwicklung und dem wirtschaftlichen Aufschwung Oberhausens hervorragenden Anteil gehabt haben. Dass sie aber so bald und so kräftig Wurzel schlugen, ist der frühzeitigen Erschliessung des späteren Gemeindegebietes durch die Eisenbahn zu verdanken.

Bei den bisherigen ungünstigen Verkehrsbedingungen konnte das Wirtschaftsleben nur langsam sich entfalten. Im Personen- und Nachrichtenverkehr war allerdings seit Beginn des Jahrhunderts ein Fortschritt zu verzeichnen. Von der Bergischen Regierung war im Jahre 1809 eine Postexpedition mit Posthalterei eingerichtet worden, die nach dem Sturz der französischen Herrschaft von der Preussischen Regierung in ein Postwärteramt umgewandelt wurde. Es war in einem, dem Grafen von Westerholt gehörigen Hause unweit des Schlosses Oberhausen untergebracht und bestand bis zum Jahre 1850. Kurz vorher war eine Postexpedition auf dem Oberhausener Bahnhof der Köln-Mindener Bahn eingerichtet worden.

Die Strecke Deutz—Hamm mit der Station Oberhausen wurde im Jahre 1846 eröffnet; eine weitere Eisenbahnstrecke, die der Bergisch-Märkischen Bahn, konnte bereits ein Jahr später in Betrieb genommen werden. Die rasch aufeinanderfolgenden Eisenbahnlinien schufen einen Platz von vorzüglicher Verkehrslage, sodass eine Reihe von industriellen Betrieben sich ansiedelte. Das auf diese Weise gebildete Wirtschaftszentrum erhielt dann im Jahre 1862 die notwendige einheitliche Grundlage.

Dadurch aber wurde die Eisenbahn mittelbar zur Gründerin Oberhausens.

In der kurzen Zeit ihres Vorhandenseins hatten die bisher schon lebhaft sich entwickelnden Verhältnisse eine völlige Veränderung erfahren. Die Zahl der Wohnhäuser, die zu Beginn des Jahrhunderts etwa 40 betragen hatte, nahm in den ersten Jahrzehnten schon stetig zu, erfuhr aber nach der Eröffnung der Eisenbahn und der nun einsetzenden starken Kolonisation eine so grosse Steigerung, dass sie bei der Gründung der Gemeinde 600 überstieg. Im gleichen Zeitraum erfuhr die Bevölkerungszahl gleichfalls eine ungewöhnliche Zunahme, von rund 200 auf über 5000, auch hier die stärkste in der Zeit nach der Eröffnung der Eisenbahn (mehr als 3000 Personen).

Diese günstigen Verkehrsverhältnisse haben dauernd auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage eingewirkt. Haben sie diese in der Folgezeit auch nicht geleitet, so stärkten se doch die Stellung der Industrie, des Hauptfaktors im Wirtschaftsleben Oberhausens, und trugen dadurch nicht wenig zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt bei.

Zweiter Abschnitt:

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von der Gründung der Gemeinde bis zur Gegenwart (1913).

Mit der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes im Jahre 1862 und der schon vorher erfolgten Umgestaltung des Verkehrswesens waren die beiden Hauptbedingungen für eine allseitige und grosszügige Entwicklung des Wirtschaftslebens gegeben. Sie kamen in erster Linie der Industrie zugute, die bei den nun erschlossenen oder doch erweiterten Produktions- und Absatzmöglichkeiten zu ungeahnter Ausdehnung gelangte, dadurch aber auch in verstärktem Masse der Allgemeinheit dienten. Die Zeit von der Gründung der Gemeinde bis zur Gegenwart ist vollkommen beherrscht von der Industrie, deren hervorstechendstes Entwicklungsmerkmal in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die beständige Wellenbewegung mit ihrem Wechsel von Perioden des Aufschwungs und Niedergangs, auch ihren Verlauf kennzeichnet. So umfassend und mächtig ist während dieser Zeit der Einfluss der Industrie gewesen, dass ihre Lage als die wirtschaftliche Lage schlechthin bezeichnet werden kann. Steht die Industrie im Zeichen der Hochkonjunktur, so gewahren wir allenthalben ungestümes Voranschreiten, stockt sie, so tritt ein allgemeiner Stilstand ein. Ein schlechter Geschäftsgang in der Industrie führt auf allen Gebieten zum Niedergang. Die Industrie bestimmt die jeweilige wirtschaftliche Lage.

Wollen wir also von dem zweiten Abschnitt der Gesamtentwicklung ein richtiges Bild gewinnen, so müssen wir ihn von der überragenden Stellung der Industrie aus betrachten.

I. Die allgemeine Entwicklung.

Hierunter fassen wir zusammen die Entwicklung des Territoriums, sowohl nach aussen, durch räumliche Gebietserweiterung, als auch nach innen durch Ausbau, und das Wachstum der Bevölkerung, deren Bewegung und Gliederung. In ihr spiegeln sich die Ergebnisse der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung deutlich wieder.

a) Ausdehnung und Ausbau des Stadtgebietes.

1. Ausdehnung des Stadtgebietes.

Das Gebiet der Stadt Oberhausen setzte sich Ende 1913 zusammen aus den im Jahre 1862 vereinigten Gebietsteilen — heute unzutreffend auch als Altstadt bezeichnet —, dem geringfügigen Zuwachs in den folgenden Jahrzehnten und den eingemeindeten Bezirken.

Ausser den beiden Ortschaften Lirich und Lippern waren es Teile von fünf benachbarten Gemeinden, die zur Bildung der Landbürgermeisterei Oberhausen beitrugen. Ihre Anteile an der Gesamtfläche waren:

die Ortschaften Lirich und Lippern	820 ha
von der Gemeinde Dümpten	118 „
„ „ „ Styrum	98 „
„ „ „ Alstaden	102 „
von den Gemeinden Meiderich und Buschhausen	163 „
1862: Flächeninhalt von	1 301 ha

Von der Gesamtfläche, die sich in einer Breite von 2,6 km von NO. nach SW. auf 5,5 km Länge erstreckte, waren etwa 420 ha landwirtschaftlich genutzt, industriellen Zwecken diente noch wenig Gelände. Der übrige Teil bot einem Zeitgenossen[9]) das Bild „ödester Sandgegend, die kaum dürftigen Fichtenaufschlag nährt, einer wahren Urheide". Mit der Gründung der Gemeinde setzt eine fortschreitende Nutzbarmachung des Bodens ein, gleichzeitig greift auch die Industrie immer mehr um sich und nimmt weite Landstrecken in Besitz. Im Jahre 1872 schreibt der damalige Bürgermeister Schwartz[10]): „Zu dem riesigen Vorwärtsschreiten der Industrie hierorts gesellten sich die Fortschritte im Bau von Privathäusern und kann man wahrnehmen, dass allein jährlich 5 Hektare zu Bauplätzen und Etablissements benutzt, und ausserdem mit dem Zunehmen der Industrie und hierdurch durch das Steigen und Wachsen der Bevölkerung jedes Jahr 10 bis 15 Hektare Heide urbar gemacht werden." Bis zu diesem Jahre ist bereits die Hälfte der mit Wohnhäusern und gewerblichen Anlagen bestandenen Fläche aus Heide und Holzung hervorgegangen. Der ungenutzte Boden umfasst jetzt 450 ha, hat also gegen 1862 um die Hälfte abgenommen; 1896 beträgt er nur noch 235 ha. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Ende der 1890er Jahre und der dadurch veranlassten grösseren Bautätigkeit wird der unbenutzte Grund und Boden noch stärker als bisher herangezogen.

[9]) Levin Schücking in seinen „Schilderungen und Geschichten von Minden bis Köln, 1856."

[10]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1871/72, S. 5.

Die weitere Entwicklung des Gemeinwesens erfordert eine räumliche Ausdehnung, zumal seit 1862 das Stadtgebiet nur um 8 ha gewachsen ist. Weitere Momente, in erster Linie die Besiedelungsfrage, die seit Gründung der Gemeinde noch der Lösung harrte, rücken die Notwendigkeit der Gebietserweiterung immer näher.

Die im Jahre 1902 begonnenen Verhandlungen über eine Eingemeindung von Unterstyrum, dem nördlichen Teile der benachbarten Gemeinde Styrum, scheiterten indessen an den finanziellen Nachteilen, die sich aus dem Missverhältnis der Steuerkraft zu den Armen-, Schul- und Wegelasten dieses Bezirkes für Oberhausen ergeben hätten. Die bald darauf erfolgte Eingemeindung von ganz Styrum nach Mülheim wird in dem Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen von 1896—1906, S. 1, als unglückliche Grenzregulierung bezeichnet, die mit den wirtschaftlichen Beziehungen nicht im Einklang stände und deshalb in absehbarer Zeit Verschiebungen in Anpassung an die natürlichen Verhältnisse zur Folge haben müssten.

Letztere drängen denn auch bald zu einer neuen Grenzveränderung im Jahre 1910, die das bisherige Stadtgebiet durch die Eingemeindung von Alstaden, Unter-Styrum und einem Teile von Dümpten um mehr als 600 ha vergrössert und Oberhausen einen breiten Zugang zur Ruhr verschafft. Kurz vorher ging mit der Einverleibung eines Teiles der Gemeinde Buschhausen auch eine Gebietserweiterung nach Norden bis an und über den Rhein-Herne-Kanal vor sich. Ende 1910 umfasste das Stadtgebiet Oberhausens[21]) 2071,31 ha, der grösste Durchmesser betrug 6,8 km, der kleinste 3,6 km. Es wurde jetzt begrenzt durch die Gemeinden Sterkrade und Osterfeld im Norden, Borbeck im Osten, Mülheim (Ruhr) im Süden und Duisburg-Meiderich und Hamborn im Westen.

Von kommunaler Seite wurden die Grenzregulierungen im Süden der Stadt als den Besiedelungsverhältnissen entsprechend angesehen, während diejenigen im Norden die Erfüllung einer notwendigen Entwicklungsbedingung bedeuteten. Sie waren noch mehr als das. Die Eingemeindungen gaben der Entwicklung Oberhausens eine breitere Grundlage und boten dadurch einen Vorteil, dem gegenüber auch die finanziellen Opfer kaum ins Gewicht fallen konnten. Eine freiere Entfaltung des Wirtschaftslebens, eine engere Verbindung mit den aufstrebenden Städten der Nachbarschaft war jetzt möglich und wird erst in Zukunft ungehindert vor sich gehen

[21]) vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1906 bis 1914, I.

können, wenn die Aufteilung der noch selbständigen Landgemeinden durchgeführt ist.

Ausser dieser Möglichkeit einer grosszügigeren Wirtschaftspolitik knüpfen sich an eine Eingemeindung noch andere Erwartungen, die wir auch bei den Gebietserweiterungen Oberhausens und der benachbarten Städte teilweise erfüllt sehen, in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage, an der die wachsenden Kommunen naturgemäss ein grosses Interesse haben. Auf der anderen Seite erhoffen die wirtschaftlich schwachen Landgemeinden durch Verschmelzung mit einem stärkeren Wirtschaftskörper eine einheitliche Regelung des Verkehrswesens, der Wasser- und Lichtversorgung, des Hoch- und Tiefbauwesens usw.

Eine Vereinigung der durch die Eingemeindungen immer mehr sich zusammenschliessenden Industriestädte zu einer Riesenstadt erstrebt ein in den letzten Jahren mehrfach aufgetauchter Plan. Besser und leichter durchführbar wäre allerdings wohl die Schaffung eines Zweckverbandes, der unter Berücksichtigung kommunaler Eigenart eine nachdrücklichere Verfolgung der gemeinsamen Interessen gestattete.

---

2. Ausbau des Stadtgebietes.

Die Frage der Gebietserweiterung steht mit dem Stand des inneren Ausbaues einer Stadt in enger Beziehung, oft ergibt sie sich erst aus ihm. Wenn Oberhausen bis zu Anfang unseres Jahrhunderts andauernd neue Menschenmassen aufnehmen konnte, während unterdessen das Wirtschaftsleben durch Erstarkung der alten und Entwicklung neuer Zweige wirtschaftliche Tätigkeit auf immer grösserem Raume sich abspielte, so lag dies daran, dass es bei seiner Gründung über ein verhältnismässig ausgedehntes Gebiet verfügte; sicherlich lag es aber auch an der frühzeitigen Aufstellung eines Bebauungsplanes, der trotz seiner Schattenseiten, die sich an ihm im Laufe der Jahre gezeigt haben, den grossen Vorzug gehabt hat, dass er durch Festlegung eines regelmässigen Strassennetzes planloser Bebauung vorbeugte.

a) Wegeverhältnisse.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes, die im Anschluss an die im Spätsommer 1867 begonnene Aufteilung der Lippern-Liricher Heide erfolgte, hatte man das Strassennetz über die ganze Fläche ausgebreitet. Die in den verschiedenen Bezirken gleichzeitig stark einsetzende Bebauung und wachsende Verkehrsentwicklung führten zu einem beschleunigten Ausbau des Strassennetzes, sodass schon im Jahre 1874 88,75 km Wege vorhanden

waren, ausschliesslich der 12,63 km langen Provinzialstrassen, die aus technischen und baupolizeilichen Gründen im Jahre 1896 in Verwaltung und Unterhaltung der Stadt Oberhausen übernommen wurden. Bis zum Jahre 1910 erfuhr das Strassennetz nur geringe Erweiterung, um dann durch die Eingemeindungen beträchtlich an Ausdehnung zu gewinnen.

Bei der Gründung der Gemeinde war der Zustand der Wege ungewöhnlich primitiv. In der richtigen Erkenntnis, dass gute Wege ein Lebensbedürfnis des Gemeinwesens bedeuten, wurde deshalb von Anfang an auf die Besserung derWegeverhältnisse Wert gelegt; doch waren die zur Verfügung stehenden Mittel noch im Jahre 1874 recht bescheiden. Wachsende Bebauung und steigender Verkehr veranlassten aber bald die Anlegung weiterer Strassen und die sorgfältigere Unterhaltung der ausgebauten. Als Material wurden vorwiegend Hochofenschlacke und Asche verwendet, späterhin auch Kies; eine Chaussierung der Strassen unter Verwendung von Kleinschlag fand nur vereinzelt statt. Für den immer stärker werdenden Verkehr zeigten sich die Hauptverkehrsstrassen aber nicht als widerstandsfähig genug, sodass hier zur Pflasterung übergegangen wurde, trotzdem grosse finanzielle Bedenken dagegen sprachen. Sie erstreckte sich zunächst nur auf die im Stadtzentrum liegenden verkehrsreichsten Strassen. In den äusseren Bezirken, vor allem den eingemeindeten, findet sich die Pflasterung heute erst vereinzelt.

Die Pflicht, die Strassen zu unterhalten, hat die Stadt; ausgenommen sind die in neuerer Zeit mehrfach erbauten Unternehmerstrassen, deren Herstellung und Unterhaltung auf Kosten einzelner Unternehmer erfolgt. Das Verhältnis zwischen letzteren und der Stadt regelt ein besonderer Vertrag, durch den eine Anpassung an die gegebenen Strassen- und Bebauungsverhältnisse gewährleistet ist.

Nach Ortsvorschrift liegt die Reinigung der Strassen den Anliegern ob, ebenso auch die der Bürgersteige, deren Anlegung von Seiten der Privaten zu erfolgen hat. Dagegen geschieht die Reinigung der Hauptverkehrsstrassen und deren Besprengung durch die Stadt. Die Abfuhr von Asche und Gemüll wird gleichfalls durch die Stadt, und zwar auf Kosten der Hauseigentümer, besorgt.

Schon in der ersten Zeit der Gemeinde begann man mit der Bepflanzung der Strassen, die seitdem weitgehende Pflege erfahren hat, sodass Oberhausen unter den Städten des Ruhrkohlenbezirks im Jahre 1913 die grösste Zahl der mit Baumpflanzungen versehenen Strassen aufweisen konnte. An dieser Stelle sei noch be-

merkt, dass die städtischen Park- und Schmuckanlagen einen Flächenraum von mehr als 36 ha bedecken.

Die Strassenkanalisation umfasste, obwohl bereits zu Anfang der 1880er Jahre begonnen, bis in die jüngste Zeit nur einen kleinen Teil des Stadtbezirkes. Die an den nichtkanalisierten Strassen liegenden Häuser waren auf die Entwässerung durch Senkbrunnen angewiesen; dies führte einen Zustand herbei, dessen Beseitigung mit zunehmender Bebauungsdichtigkeit immer dringlicher wurde. Abhilfe sollte durch ein Projekt geschaffen werden, das eine Entwässerung des Stadtgebietes in die zu regulierende Emscher, den jetzigen Schmutzwasserkanal, vorsah. Wenn jetzt auch die Kanalisation infolge vielerlei Schwierigkeiten noch nicht vollständig durchgeführt ist, so sind die bezeichneten Misstände doch wenigstens im dichtesten Viertel beseitigt.

b) **Bebauungsverhältnisse.**

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes erfolgte, wie schon angedeutet, im Anschluss an die 1867 begonnene Aufteilung der Lippern-Liricher Gemeinheitsheide. Das war insofern von Einfluss auf die Gestaltung des Strassennetzes, als man versuchte, einerseits dem damals anerkannten Grundsatz, dass die Strasen in gerader Richtung verlaufen und rechtwinkelige Baugrundstücke bilden sollten, gerecht zu werden, andererseits den Wünschen der Heideberechtigten durch Anlegung möglichst vieler Zugangswege nachzukommen und so zwar ein gradliniges, aber vielfach zu enges Strassennetz schuf. Bei der Parzellierung von Grund und Boden hatte man nämlich hauptsächlich für Wege Sorge getragen, um die üblen Erfahrungen, die bei den in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgten Teilungen im benachbarten Dümpten und Meiderich gemacht worden waren, zu vermeiden und war so in den entgegengestzten Fehler verfallen. Durch die kurze Entfernung einiger Strassen voneinander bildeten sich Baublöcke von so geringer Tiefe, dass sie nur von einer der beiden Strassen aus bebaut werden konnten.

Bei der Durchführung des Bauplanes war eine Scheidung des gesamten Flächenraumes in ein Stadtgebiet und eine Feldmark ins Auge gefasst; doch ist es zu einer solchen Einteilung nicht gekommen.

Ein planmässiger Ausbau des Strassennetzes schien von vornherein so gut wie ausgeschlossen, weil die junge Gemeinde zunächst kein Zentrum besass, von dem aus die Bebauung mit fortschreitender Entwicklung hätte erfolgen können und zudem Baufreiheit für alle Strassen und Wege bestand. Hinzu kamen Anfang der 1870er

Jahre Bodensenkungen, die das junge Gemeinwesen in seinem Kern erschütterten. Die öffentliche Bautätigkeit, welche eben begonnen hatte, stockte und die kräftig sich entwickelnde Privatbautätigkeit war gleichfalls gelähmt, da auf die völlig entwerteten und unverkäuflich gewordenen Bauplätze Hypotheken nicht zu erlangen waren. Diese „Kalamitäten der durch den Bergbau in verschiedenen Situationen des städtischen Gebietes hervorgerufenen Bodensenkungen und der daraus resultierenden Inundationen und Beschädigungen mit ihrem verderblichen Einfluss auf den Kredit der Stadt und deren Bewohner“[12]) hemmten über ein Jahrzehnt die bauliche Entwicklung und verschoben das Zentrum der Stadt von der Nähe des Bahnhofes und der Gutehoffnungshütte nach einem südwestlicher gelegenen Bezirk, dem heutigen Geschäfts- und Verkehrsviertel.

In der Folgezeit ist der Ausbau des Stadtgebietes, dessen natürliche Lage und Gestaltung einer allseitigen Bebauung günstig ist, ohne Störung vor sich gegangen, abgesehen von vorübergehenden Bodensenkungen Ende der 1880er Jahre, und hat allmählich zum Zusammenschluss einzelner Baubezirke geführt. Stellenweise ist die Bebauung allerdings noch wenig zusammenhängend, besonders in den eingemeindeten Bezirken, durch die erhebliches Neuland nicht gewonnen wurde. Wenn wir aber die Entwicklung des Ausbaues der Gemeinde, die ja wie das gesamte wirtschaftliche Leben von der Industrie beherrscht war, von Stufe zu Stufe verfolgen, so entsteht vor unseren Augen eines der merkwürdigsten neudeutschen Städtebilder, das gerade in der Eigenart des Ausbaues die Merkmale des jungen Industrieortes unvermischt zum Ausdruck bringt: lange, gerade Strassenzüge und lückenhafte Bebauung selbst inmitten der Stadt.

Diese zerstreute Bebauung hat ihre guten und schlechten Seiten. Neben dem Mangel an innerer Geschlossenheit des Stadtbildes einen grossen Nachteil für die Gemeinde: ungewöhnlich hohe Gemeindeausgaben für Wegebau, Beleuchtung usw. gegenüber der von vielen Strassen repräsentierten geringen Steuerkraft. Andererseits aber den grossen Vorteil, dass ein ungesundes Zusammendrängen der Wohngebäude vermieden wird. Darin liegt eine Hauptursache für die günstigen Wohnungsverhältnisse.

An dem Grundsatz der Baufreiheit, dem diese zerstreute Bebauung hauptsächlich zuzuschreiben ist, hat man bis heute festgehalten. Doch hat ein Ortsstatut, gestützt auf das Gesetz vom 2. Juli 1875 betr. die Anlegung

---

[12]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1876/77, S. 5.

und Veränderung von Strassen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, die Baufreiheit insoweit eingeschränkt, als es der Gemeinde die Möglichkeit gab, die Gesamtwegebaukosten zu Lasten derjenigen Einwohner zu verringern, die von der Freiheit des Häuserbauens an allen Strassen Gebrauch machen wollten. Dem ziellosen Bauen an unausgebauten Strassen hoffte man dadurch wirksam begegnen zu können. Durch eine weitere Verordnung wurde für einige Strassen die offene, sogen. landhausartige Bebauung mit Anlegung von Vorgärten, Bauwich, Verbot des dritten Stockwerks, vorgeschrieben und dadurch wesentlich zur Verschönerung des betreffenden Bezirkes beigetragen.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handhabung der Baupolizei, die sich aus den Eingemeindungen ergeben hatte, führte zu einer allgemeinen Baupolizeiverordnung vom 1. April 1913, welche die Stadt in Baugebiete und Bauklassen einteilt.

Die Entwicklung der Bautätigkeit steht naturgemäss ganz unter dem Einfluss der jeweiligen wirtschaftlichen Lage. Die Zahl der bewohnten Häuser, die bei der Gründung der Gemeinde im Jahre 1862 über 600 beträgt, steigt trotz der wirtschaftlichen Stockungen Ende der 1860er und 1870er Jahre und der oben erwähnten Schwierigkeiten infolge Bodensenkung bis zum Jahre 1880 auf mehr als das doppelte. Die nächstfolgenden 20 Jahre weisen eine gewaltige Zunahme der Bauten auf, besonders während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur von 1895 bis 1900 und der darauffolgenden sechs Jahre. Danach flaut die Bautätigkeit ab und wird erst nach den Eingemeindungen im Jahre 1910 wieder lebhafter, vor allem in den eingemeindeten südlichen Gebietsteilen. Im Jahre 1913 setzt in der privaten Bautätigkeit ein starker Rückgang ein, verursacht durch die erhöhten Schwierigkeiten in der Beschaffung von Baugeldern infolge Geldknappheit.

Ende 1913 betrug die Zahl der bewohnten Gebäude über 6000, hatte sich also in 50 Jahren mehr als verzehnfacht.

b) Bewegung und Gliederung der Bevölkerung.

1. Bevölkerungsbewegung.

Die Gemeinde Oberhausen zählte bei ihrer Gründung 5590 Einwohner. Durch die Ausdehnung der vorhandenen und die Ansiedelung neuer industrieller Unternehmungen wurden grosse Mengen von Arbeitskräften herangezogen, sodass sich diese Zahl in knapp zehn Jahren verdoppelte.

Wie sehr die Bevölkerungsbewegung in der Folgezeit von dem Entwicklungsgang der Industrie abhängig gewesen ist, stürmisch in den Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs, ruhig in den Zeiten des Niedergangs, wird folgende Gegenüberstellung[13]) dartun:

Es betrug im Jahre	die Einwohnerzahl Oberhausens	die Arbeiterzahl der Gutehoffnungshütte
1875	15 476	6 498
1880	16 680	6 900
1885	20 377	7 751
1890	25 249	9 294
1895	30 156	11 166
1900	42 148	13 834
1905	52 096	19 383

Die Bevölkerungsbewegung blieb bis zum Jahre 1875 trotz zeitweiliger Lähmung der industriellen Betriebsamkeit ausserordentlich lebhaft; gegen 1862 nahm die Einwohnerzahl um 280 % zu. Infolge des inzwischen begonnenen allgemeinen Niedergangs stockte die Bewegung und ging erst anfangs der 1880er Jahre wieder merklich voran, nunmehr in ruhigen Bahnen, bis zum Jahre 1895. Mit dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Ende der 1890er Jahre erfuhr die Einwohnerzahl eine bedeutende Steigerung, die mit vorübergehender Abschwächung bis zum Beginn des Jahres 1910 angehalten hat. Zu diesem Zeitpunkte betrug sie 62 000, nach den in diesem Jahre erfolgten Eingemeindungen 89 900. Ende 1913 hatte Oberhausen rund 98 000 Einwohner, also mehr als das 17fache des Anfangsbestandes, und stand damit dicht an der Grenze der Grossstädte.

Die Ursachen dieses reissenden Wachstums liegen einmal in dem Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle, weiterhin und zwar hauptsächlich, in der grossen Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen, an denen in Zeiten der Hochkonjunktur fast zwei Fünftel der Bevölkerung beteiligt waren. Diese Wanderungen sind

---

[13]) Die Zahlen sind entnommen den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen für die betreffenden Jahre und der Festschrift „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910" S. 59/60 u. Tafel XX.

In den angegebenen Zahlen sind auch die in den auswärtigen Betrieben der Gutehoffnungshütte Beschäftigten enthalten. Doch wird dadurch das Verhältnis zwischen der Einwohner- und Arbeiterzahl wenig beeinträchtigt.

fast ausschliesslich Binnenwanderungen, wie denn auch die enorme Bevölkerungszunahme der Städte des Ruhrkohlenbezirks gerade auf die binnenländischen Zuwanderungen zurückzuführen ist. Ein beträchtlicher Teil der alljährlich Zugewanderten bleibt, vermehrt die Zahl der ständigen Arbeitskräfte und mit den Angehörigen die der Einwohner. Dadurch aber erwachsen den Gemeinden neue Aufgaben, deren Lösung ebenso sehr im Interesse der Einheimischen als der Zugewanderten liegt, weil durch letztere nicht selten die Gesamtheit der kulturellen, politischen und sozialen Verhältnisse umgestaltet wird. Neben diesen Binnenwanderern erlangen die Saisonwanderer, obwohl sie nur einen geringen Bruchteil der Arbeitskräfte ausmachen, in den letzten Jahren steigende Bedeutung, da sie immer zahlreicher auf dem heimischen Arbeitsmarkt erscheinen, die Gefahr des Ueberangebots näher rücken und lohndrückend wirken können.

Der Beweggrund für diese Wanderungen ist in der Anziehungskraft zu suchen, die den Orten mit besseren und sichereren Arbeitsbedingungen innewohnt. Wie sehr Oberhausen den Erwartungen der Zuwandernden entsprechen konnte, zeigt der jährliche Wanderungsgewinn, der z. B. im Jahre 1896 ungefähr 10 % der Ortsbevölkerung erreichte, aber auch aus anderen Erscheinungen, die mit den Existenzbedingungen in engster Beziehung stehen: der Heiratsfrequenz und Geburtenziffer. Die Zahlen der Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle und der Geburtenüberschuss waren für den Zeitraum von 1862 bis 1913 absolut und relativ (auf je 1000 Einwohner[14]):

Im Jahre	Eheschließungen		Geburten		Sterbefälle		Geburtenüberschuß	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1862	55	9,84	341	61,00	158	28,25	183	32,75
1870	122	11,55	721	68,26	319	30,20	402	38,06
1874	161	10,79	920	61,67	539	36,13	381	25,24
1879	110	6,81	815	50,49	410	25,40	405	25,09
1884	151	8,09	905	48,51	424	22,73	481	25,78
1889	192	8,24	1069	45,88	511	21,93	558	23,95
1894	250	8,48	1357	46,02	709	24,05	648	21,97
1899	450	11,31	1890	47,50	999	25,11	891	22,39
1904	496	10,03	2526	51,06	1145	23,15	1381	27,91
1909	561	9,29	2809	46,51	1124	18,61	1685	27,90
1913	799	8,19	3810	39,07	1398	14,34	2412	24,73

[14]) Die Aufstellung stützt sich auf die absoluten Zahlen in den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen von 1862—1914.

Auch hier wieder der Parallelismus zwischen der Bevölkerungsbewegung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Eheschliessungs- und Geburtenziffern schnellen empor in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, sie fallen mit sinkender Konjunktur. Ein Vergleich mit anderen Statistiken spricht zugunsten Oberhausens in bezug auf Heiratsfrequenz und Geburtenziffer. So betrug beispielsweise die Zahl[15]) der Eheschliessungen im Deutschen Reiche, auf 100 Einwohner bezogen, in den Jahren 1874: 9,5, 1894: 7,9 und 1913 7,7; die Zahl der Geburten in den gleichen Jahren 41,8, 37,1 und 28,3.

Eine andere Erscheinung, welche sich aus obiger Aufstellung nicht ersehen lässt, der Prozentsatz der unehelichen Geburten, spricht ebenfalls für Oberhausen. Er betrug in den Jahren 1891 bis 1900 bei 100 Geburten 2,81 Prozent gegen 9,06 Prozent im Deutschen Reiche; im Jahre 1913 war dieses Verhältnis 2,9 gegen 9,7. Die Sterbefolge ergibt für Oberhausen dagegen ein weniger erfreuliches Bild und lässt überdies den allmählichen Rückgang von Jahrfünft zu Jahrfünft vermissen, wie er vom letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts an allgemein zu bemerken ist. Hier machen sich die Folgen der Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr geltend. Sie hat zwar im ganzen abgenommen — von 19,59 Prozent im Jahre 1896 auf 14,03 Prozent der Geburten im Jahre 1913 — weist aber von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen auf; in dem genannten Zeitraum bewegte sie sich zwischen 12,83 Prozent und 23,92 Prozent.

Der sprunghafte Verlauf der Sterblichkeitslinie hat weiterhin, wenn auch nur zum geringen Teil, ihren Grund in der Zahl der jährlichen Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang, welche bei der erhöhten Lebensgefahr in den gewerblichen Betrieben verhältnismässig gross ist und von Jahr zu Jahr schwankt. Dennoch ist die Differenz aus Geburten und Sterbefällen, der Geburtenüberschuss, in Oberhausen erheblich höher als im Reiche; der Reichsdurchschnitt stellte sich 1894 auf 13,6 und 1913 auf 12,4. Dieser hohe Geburtenüberschuss, ein Ergebnis der vorerwähnten günstigen Erscheinungen, die selbst wieder in ursächlichem Zusammenhang mit den gesamten Lebensbedingungen unserer Stadt stehen, fällt gegen den überaus grossen Wanderungsgewinn nur leicht ins Gewicht. Letzterem ist deshalb hauptsächlich die starke Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit zuzuschreiben. Bei ungefähr gleichbleibendem Stadtgebiet bis zum Jahre 1910 änderte sich diese folgendermassen: 1862 421,98, 1880: 1282,08, 1900: 3058,10, 1910: 4751,03 Personen auf 1 qkm; nach den Eingemeindungen betrug sie 4339,12,

[15]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1915.

erfuhr demnach einen unbedeutenden Rückgang, der aber bei dem raschen Anwachsen der Bevölkerung schon Ende 1913 ausgeglichen war. Das ist umso bedenklicher, als die Bevölkerungsdichtigkeit Oberhausens Ende 1910 ungefähr siebenmal so gross war wie die des Regierungsbezirkes Düsseldorf (624), des dichtestbevölkerten in Preussen. Sie war zwar geringer als in einigen Nachbarstädten (Essen 7621,65); wenn man jedoch bedenkt, dass von der Gesamtfläche Oberhausens über ein Drittel industriellen und Verkehrszwecken dient und dadurch der Bebauung mit Wohnhäusern entzogen ist, so stellen sich obige Zahlen weit höher als die zum Vergleich herangezogenen — vielleicht mit der alleinigen Ausnahme Essens — und es ergibt sich für Oberhausen eine ausserordentlich grosse Bevölkerungsdichtigkeit. Diese Tatsache muss notwendig zu einer Frage führen, die eine befriedigende Lösung bisher nicht gefunden hat, nämlich zur Landfrage, zur Beschaffung ausgedehnten Geländes, damit die Möglichkeit gegeben wird, die Bevölkerungsdichtigkeit zu vermindern oder wenigstens ihre weitere Zunahme zu vereiteln. Und die einzige Lösung kann hier nur sein: Gebietserweiterung durch Eingemeindung.

2. Bevölkerungsgliederung.

Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 waren 17 247 Haushaltungen vorhanden, davon 525 Einzel- und 45 Anstaltshaushaltungen. Auf eine Haushaltung kamen 5,212 Personen gegen 5,362 im Jahre 1905. Dieser Unterschied gegen 1905 ist wohl nicht auf die Eingemeindungen zurückzuführen, da die entsprechende Zahl für 1907, die sich auf 5,299 stellte, schon einen Rückgang zeigt. Die naheliegende Vermutung, dass ein stärkerer Wegzug von ledigen Personen, vor allem Arbeitern, die gewöhnlich als Kostgänger zu irgend einer Haushaltung gehören, stattgefunden hätte, trifft für den betreffenden Zeitraum nicht zu; eine Zunahme der Eheschliessungen, welche durch Vermehrung der Zahl der Haushaltungen die durchschnittliche Mitgliederzahl einer Haushaltung drückt, ist ebenfalls nicht eingetreten. Es ist vielmehr wahrscheinlich, dass das Sinken der Geburtenziffer mit ihrer Verminderung der Kinderzahl den fraglichen Rückgang verursacht hat.

Eine Bevölkerungsgliederung nach Geschlecht ergibt für Oberhausen naturgemäss ein Ueberwiegen der männlichen Einwohner. Doch ist der Prozentsatz der weiblichen Personen, der im Jahre 1864 nur 43,13 betrug, im Laufe der Zeit gestiegen, auf 46,55 im Jahre 1880 und 46,87 im Herbst 1913 Es handelt sich hier um eine allgemein

bekannte Erscheinung, die ihren Grund in dem stärkeren Eindringen der Frau in das Erwerbsleben hat.

In dem Zahlenverhältnis der Konfessionen, das sich bis zum Jahre 1910 nur wenig änderte, trat durch die Eingemeindungen eine geringe Verschiebung zugunsten der Protestanten ein. Ende 1913 war der Anteil der einzelnen Konfessionen an der Gesamtbevölkerung: 63 Prozent Katholiken, 35,5 Prozent Protestanten, 0,5 Prozent Israeliten und 1 Prozent Andersgläubige.

Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist ein anderer Vorgang, die Zuwanderung der Deutschpolen. Im Jahre 1883 war die Zeche Concordia mit Erfolg dazu übergegangen, zur Förderung des Grubenbetriebes Arbeiter aus den schlesischen und polnischen Bezirken heranzuziehen, und es wurde schon damals Klage darüber geführt[16]), dass „durch diesen unliebsamen Zuwachs, durch diese geschäftsmässige polnische Invasion die öffentliche Ordnung und Sicherheit nichts weniger als gefördert" worden wären. Die Zahl der Deutschpolen stieg von 668 im Jahre 1890 auf 8641 im Jahre 1910 oder von 2,65 Prozent auf 9,61 Prozent der Bevölkerung. In der benachbarten Landgemeinde Essen, besonders aber in der Gemeinde Hamborn, hat gleichfalls eine starke Polonisierung eingesetzt. Hamborn hatte 1910 unter seiner Bevölkerung über 17 Prozent Polen. Die Bedeutung der Polenfrage liegt jedoch mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Zahl der Reichsausländer ist ebenfalls erheblich gestiegen, von 71 im Jahre 1880 auf 691 im Jahre 1895 und 922 im Jahre 1899. Sie schwankt mit der wirtschaftlichen Konjunktur, selbst mit der Lage eines einzelnen Induzweiges, weil die Ausländer gerade die Saisonarbeiter stellen, die alljährlich auf bestimmte Zeit hierherkommen. Es handelt sich hauptsächlich um Oesterreicher, Italiener, Holländer, Belgier, die, wie schon hervorgehoben, für die einheimischen Arbeitskräfte zu einer bedrohlichen Konkurrenz werden können. Das liegt weniger an ihrer Zahl, als dem Beruf, in welchem sie tätig sind und den sie zuweilen monopolartig beherrschen, so die Italiener das Terrazzogewerbe und die Gesteinsarbeiten unter Tage, die Belgier das Bleilötergewerbe. In einzelnen Berufsarten kann ihre Anwesenheit recht fühlbar werden, lästig für den konkurrierenden Arbeiter, willkommen dem Unternehmer, der oft auf sie allein angewiesen ist, z. B. bei Strassen- und Kanalbauten. Sie verschwinden aber in der grossen Masse der Arbeiter.

Die Berufszählung im Jahre 1895[17]) ergab bei einer

---

[16]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1882/83, S. 23.
[17]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1895/96 S. 23.

Bevölkerung von 30 154 Einwohnern 5877 Berg- und Hüttenarbeiter, 720 Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, 1536 Handwerker und Gehülfen und 1881 Geschäftsleute, Privatbeamten usw. Mit ihren Angehörigen machte die erste Berufsabteilung etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkeaus. Eine wesentliche Verschiebung zugunsten einer der vier Berufsabteilungen ist in der Folgezeit nicht eingetreten,[18]) so dass, obiges Verhältnis auf die Gegenwart übertragen, die Arbeiterbevölkerung mit Angehörigen augenblicklich etwa 60 000 Köpfe zählen würde, eine Zahl, die nicht zu niedrig gegriffen ist, wenn man, um mit dem Bürgermeister Schwartz zu sprechen, den „reichen Kindersegen unseres Proletariats" berücksichtigt.

II. Industrie und Gewerbe.

Die Geschichte der gewerblichen Entwicklung in den letzten 50 Jahren ist geradezu eine Geschichte der Grossindustrie, genauer, der Eisenindustrie und des Bergbaues. Damit soll freilich nicht gesagt sein, dass das Mittel- und auch das Kleingewerbe ohne jede Bedeutung geblieben seien, ihre heutige Stellung im Wirtschaftsleben Oberhausens spricht deutlich genug gegen eine solche Annahme, aber gegenüber der Grossindustrie erscheinen sie doch als die kleineren, unwichtigen Faktoren. Eisen und Kohlen beherrschten die gesamte wirtschaftliche Entwicklung und hatten auch auf die Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse massgebenden Einfluss. Die enge Anlehnung des Mittel- und Kleingewerbes an Eisenindustrie und Bergbau führte zu einem Abhängigkeitsverhältnis, technischer und wirtschaftlicher Art, aus dem beide Teile Nutzen gezogen haben, die Grossindustrie naturgemäss weniger. Die Sicherheit ihrer Existenz liegt in der Stellung, die sie selber im Laufe der Zeit erworben hat, trotz wiederholter und mitunter heftiger Erschütterungen, hervorgerufen durch allgemeine wirtschaftliche Depressionen.

a) Die Grossindustrie.

Zu Beginn der 1860er Jahre befand sich die hiesige Industrie in ziemlich gedrückter Lage; nur langsam hatte sie sich von der scharfen Wirtschaftskrisis des Jahres 1857 erholt. Erst im Jahre 1864 trat eine sichtliche Besserung ein, es vermehrte sich nicht nur die Zahl der gewerblichen Betriebe durch Ansiedelung neuer Unternehmungen, auch die vorhandenen Anlagen, vor allem die

[18]) Die letzte Berufszählung, welche im Jahre 1907 stattfand, gibt kein Bild von der Berufsgliederung der Bevölkerung des durch die nachfolgenden Eingemeindungen erweiterten Stadtgebietes.

der Gutehoffnungshütte und der Concordia, erfuhren beträchtliche Erweiterungen. Dieser Fortschritt in der industriellen Betriebsamkeit hielt bis über die Mitte der 1860er Jahre an, dann trafen ihn die Nachwehen des Krieges von 1870/71, die vorübergehend den Unternehmungsgeist zu unterdrücken schienen; es machte sich eine neue Krisis geltend, die wiederum zuerst die Eisenindustrie erfasste, aber auch den Bergbau nicht unberührt liess. Trotzdem hatte auch jetzt die Industrie an Ausdehnung gewonnen und war vielseitiger geworden. Zu den vorhandenen drei Gewerbszweigen, Eisenindustrie, Bergbau, Zinkindustrie, kamen die Porzellanfabrikation und eine Buchdruckerei, die schon damals als eine der grössten in der Rheinprovinz galt.

Die kriegerischen Erfolge der Jahre 1870/71 führten zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, der die hiesige Industrie in eine Lage versetzte, wie sie günstiger vorher nicht gewesen war. Er war aber nur von kurzer Dauer; der Höhepunkt wurde bereits im Jahre 1873 erreicht. Der im folgenden Jahre einsetzende Konjunkturumschlag, begleitet von heftigem Preissturz, eröffnete die Zeit industriellen Rückgangs, der bis Ende der 1870er Jahre anhielt. Dem kurzdauernden, beispiellosen Aufschwung der Industrie folgte ein langwieriger, noch nicht erlebter Niedergang, der zwar schon mit dem Beginn der 1880er Jahre durch eine Aufwärtsbewegung abgelöst wurde, in seinen Folgen aber noch ein Jahrzehnt später nicht überwunden war. An Grossbetrieben waren inzwischen entstanden eine Kesselschmiede und eine Glasfabrik, während von den vorhandenen Unternehmungen einige, darunter eine eisenindustrielle, trotz der schlechten Geschäftslage erhebliche Vergrösserungen vorgenommen hatten. Vom Jahre 1887 an zeigte die industrielle Entwicklung ein kraftvolles Wachsen, das aber nur bis zum Jahre 1890 andauerte. Unter dem Druck der sinkenden Marktlage machte sich vom Jahre 1891 an eine Abflauung bemerkbar, welche in eine mehrjährige verschärfte Krisis auslief. Dass sich dieser Rückgang in ruhigen Bahnen vollzog ist dem Einfluss der wirtschaftlichen Verbände in der Eisenindustrie und im Bergbau zu verdanken.

Wiederum hatte die Ueberproduktion, die nur durch den zügellosen Wettbewerb ermöglicht worden war, eine Krisis heraufbeschworen. Das gab zu denken. Wollte man dieser Gefahr künftig ausweichen, so konnte man dieses lediglich auf dem Wege gemeinsamer Vereinbarung. Während innerhalb des Bergbaues schon im Jahre 1893 durch das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat eine Vereinigung zustande kam, führten die Bestrebungen in der Eisenindustrie aber erst ein Jahr-

zehnt später zum Erfolg. Aus einem 1903 gebildeten Halbzeugverband ging im Jahre 1904 der Stahlwerksverband hervor, der allerdings nur einen Teil der Walzwerkserzeugnisse, nämlich Rohstahl, Halbzeug, Eisenbahnoberbaumaterial und Formeisen, zu syndizieren vermochte; bei seiner Erneuerung im Jahre 1912 erhielt er eine veränderte Basis. Die Gutehoffnungshütte, die für Oberhausen allein in Frage kam, trat dem Stahlwerksverbande bei wie auch dem vor einigen Jahren gegründeten Allgemeinen Deutschen Roheisenverband mit dem Sitz in Essen, der die gesamte deutsche Roheisenerzeugung umfasst.

Auf den Fortgang der industriellen Entwicklung haben die Syndikatsbildungen ausgleichend gewirkt.

Das Jahr 1895 leitet die Periode des gewaltigen industriellen Aufschwungs ein, die, abgesehen von kurzen, allerdings heftigen Rückschlägen, bis zum Jahre 1913 angehalten hat. Es ist die Zeit des mächtigen Aufblühens des Wirtschaftslebens, das in allen vorhandenen Industriezweigen ungeahnte Ergebnisse zeitigte; ihr Entwicklungsgang wird das im folgenden bestätigen. Hervorzuheben ist hierbei aber die Tatsache, dass der kolossale Aufschwung der hiesigen Industrie in diesem Zeitraum weniger auf die Ansiedelung weiterer gewerblicher Unternehmungen zurückzuführen ist, wenngleich eine Zunahme vor allem der Mittel- und Kleinbetriebe erfolgte, als vielmehr auf das Erstarken der vorhandenen industriellen Betriebe, die durch umfangreiche Neuanlagen erheblich an Ausdehnung gewannen.

1. Die Eisenindustrie.

Ende des Jahres 1913 hatten unter den eisenindustriellen Betrieben Oberhausens neun den Umfang von Grossbetrieben, d. h. jeder von ihnen beschäftigte mehr als 50 Arbeiter und Angestellte. Zwei Betriebe zählten über 1000 Personen, die Gutehoffnungshütte und die dem Alter nach ziemlich an letzter Stelle stehenden Deutschen Babcock- und Wilcox-Dampfkesselwerke, A.-G. Eine strenge Scheidung dieser Betriebe nach technischen Gesichtspunkten lässt sich nicht durchführen, wie schon die Gutehoffnungshütte, in welcher Roheisenerzeugung und -Verarbeitung nebeneinander hergehen, erkennen lässt. Aber auch für die übrigen ist eine Einteilung nach diesen Gesichtspunkten schwer zu geben; während die einen sich mit der Stahl- und Eisengiesserei beschäftigen, befassen sich die anderen mehr mit der Verarbeitung von fertigen Gusswaren. Allerdings nimmt die Gutehoffnungshütte insofern eine Sonderstellung ein, als sie das einzige roheisenerzeugende Unternehmen ist. Darin beruht auch zum Teil ihre überragende Bedeutung.

a) Die Gutehoffnungshütte.

Der zweite Entwicklungsabschnitt der Gutehoffnungshütte, dessen Beginn in die Mitte der 1850er Jahre anzusetzen ist, wird, wie wir bereits sahen, von Anfang an durch das Streben gekennzeichnet, Roheisenerzeugung und Roheisenverarbeitung gleichmässig zu fördern. Während bis dahin überwiegend fremdes Roheisen verarbeitet worden war, sollte jetzt die Roheisenerzeugung mehr berücksichtigt werden und sich dem Bedarf der Verarbeitungsbetriebe anpassen. Dieses Bestreben führte zur Anlage augedehnter Hochofenwerke, die, in den folgenden Jahrzehnten erweitert, nicht nur bald den eigenen Bedarf deckten, sondern darüber hinaus dauernd einen Roheisenverkauf ermöglichten, der oft recht bedeutend war. Mit der Errichtung der Hochöfen, deren Zahl im Jahre 1872 auf zehn gestiegen war, war eine Vermehrung der Puddelöfen, in denen die Umwandlung von Roheisen und Schmiedeeisen vor sich ging, eingetreten und infolgedessen auch eine Vergrösserung der Verarbeitungsbetriebe durch Schaffung des Walzwerks Neu-Oberhausen. Diese allgemeinen Betriebserweiterungen hoben die Leistungsfähigkeit der Gutehoffnungshütte ausserordentlich und bedingten eine erhebliche Steigerung der Produktionsziffern, vor allem in der Hochkonjunktur der Jahre 1871—1873.

Die im Jahre 1873 einsetzende grosse Krisis traf am härtesten den Puddelbetrieb, dem im Bessemerprozess ein überlegener Gegner erwachsen war. Durch die grosse Zeitersparnis in der Herstellung schmiedbaren Eisens sicherte das Bessemer-Verfahren die Deckung des mit der Zeit immer mehr anschnellenden Bedarfs der Eisenbahn- und Schiffahrtsbetriebe. Dieses neue Verfahren kam 1872 bei der Gutehoffnungshütte in Anwendung. Bis zum Jahre 1882 zeigte die Erzeugung von Bessemer-Rohstahl eine stark steigende Tendenz, von da ab begann ein ebenso starker Rückgang, verursacht durch die Einführung des Thomasverfahrens; einige Jahre früher war auch zur Erzeugung von Siemens-Martinstahl übergegangen worden. Durch diese beiden Verfahren wurden der Puddel- und Bessemerprözess zurückgedrängt; seit dem Jahre 1902/03 erfolgt die Massenerzeugung von schmiedbarem Eisen in den Thomasbirnen und den Siemens-Martinöfen.

Auf die Gestaltung der Betriebsverhältnisse wie überhaupt auf den Entwicklungsgang der Gutehoffnungshütte sind diese einzelnen Verfahren von einschneidendem Einfluss gewesen. Durch den Uebergang zum technisch vollkommeneren Bessemerprozess ergab sich für die Hütte in der Erzversorgung ein Abhängigkeitsverhältnis vom

Auslande, da die eigenen Gruben im Nassauischen, im Siegerlande und im Kreise Wetzlar nur phosphorreiche Erze lieferten. Dieser zweifellos grosse Nachteil, der die wirtschaftliche Selbständigkeit stark beeinträchtigte, wurde durch die Einführung des Thomasverfahrens beseitigt. Die Hütte war nun in der Lage, aus ihren phosphorreichen Erzen das Roheisen herzustellen und es durch den Thomasprozess in schmiedbares Eisen umzuwandeln. Bis zum Jahre 1898/99 lag der Schwerpunkt der Roheisenverarbeitung in der Erzeugung von Thomasstahl, die seit dem Jahre 1882 auf mehr als das fünfzehnfache stieg. Von da ab bewegte sie sich in ruhigeren Bahnen, während die Herstellung von Siemens-Martinstahl daneben immer grössere Bedeutung erlangt hat.

Unter der Einwirkung dieser technischen Umwälzungen erfuhr die Gutehoffnungshütte im Laufe der letzten Jahrzehnte grosse räumliche Veränderungen, welche die Grundlage für die beispiellose Entwicklung des Unternehmens schufen. Die Darstellung dieser Entwicklung ist ungemein anziehend und fesselnd, es würde aber zu weit führen, sie im einzelnen zu betrachten; wir müssen uns mit der Feststellung ihrer gegenwärtigen Ergebnisse begnügen. Um diese aber in ihrer Bedeutung richtiger erfassen zu können, wollen wir die wirtschaftliche Entwicklung der Gutehoffnungshütte in den Hauptzügen verfolgen.[19]) Sie verlief vom Beginn der 1860er Jahre an ziemlich günstig und erreichte ihren Höhepunkt in dem Zeitraum von 1871—1873. Es war eine kurze, glänzende Zeit, die sich die gesamte deutsche Eisenindustrie erfreute, die aber nur zu bald in eine langwierige, verschärfte Krisis umschlug. Zweifellos überschätzte man die Kraft der Eisenindustrie, wenn man sie anfangs der 1870er Jahre stark genug glaubte, ohne Schutzzoll den Wettbewerb mit dem Auslande weiter aufnehmen zu können. Mit Hinweis auf den anhaltenden Aufschwung der deutschen Eisenindustrie erreichten die Freihändler, die schon Ende der 1860er Jahre eine Erniedrigung der Eisenzölle durchgesetzt hatten, durch Gesetz vom 7. Juli 1873 die Aufhebung des Zolles für Roheisen mit Wirkung vom 1. Oktober gleichen Jahres. Die Gutehoffnungshütte war gegen diese vollständige Aufhebung gewesen, „insbesondere zu Zeiten der Baisse werde das Eisen fabrizierende Ausland mit seinen Produkten die deutschen Märkte überschwemmen, während Deutschland die ausländischen nicht Eisen fabrizierenden Märkte nur nach Ueberwindung von Zollschranken erreichen könne.“[20]) Fast gleichzeitig mit der Beseitigung des Roheisenzolles

[19]) vgl. „Gutehoffnungshütte“, 1810—1910 S. 30.
[20]) ebda.

setzte der wirtschaftliche Rückschlag ein, der sich für die Hütte insofern schlimmer gestaltete, als er hier ein zwar technisch gut entwickeltes, aber überkapitalisiertes Unternehmen traf. Bei der im Jahre 1872 erfolgten Umwandlung der Gutehoffnungshütte aus einer offenen Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft war durch Ueberwertung der Anlagen das Aktienkapital derart erhöht worden, dass kaum bei Ausnützung aller vorhandenen Kräfte und unter Reduzierung der Selbstkosten auf das Mindestmass eine entsprechende Rente zu erzielen war. Angesichts solcher Umstände war die Hütte einer auch nur einigermassen ungünstigen Konjunktur nicht gewachsen. Wieviel mehr musste sie also unter einer verschärften, langwierigen Krisis leiden, die nun einsetzte und zu einem starken Preissturz der Hüttenerzeugnisse führte. Es fielen[21]) von 1873/74 bis 1877/78 die Preise für die Tonne Stahlschienen von rund 303 Mk. auf 147 Mk., die Tonne Stab- und Formeisen von 280 Mk. auf 143 Mk., die Tonne Eisenblech von 326 Mk. auf 203 Mk.; die Erzpreise sanken so tief, dass die Selbstförderung gegenüber dem Ankauf zurücktrat und im ganzen um ein Drittel abnahm. Im gleichen Zeitraum fiel der Warenumschlag von rund 21 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark; dem Reingewinn von annähernd 1,8 Millionen Mark des Jahres 1872/73 stand im Jahre 1877/78 ein Verlust von ungefähr 900 000 Mk. gegenüber. Angesichts einer solchen Notlage, welche die Hütte mit der ganzen einheimischen Eisenindustrie durchmachte, war eine Aenderung der Zollpolitik unerlässlich, wenn nicht eine Ueberschwemmung des inländischen Marktes mit Erzeugnissen der ausländischen Eisenindustrie, die den Vorteil niedrigerer Produktionskosten hatte, eintreten sollte. Auch von seiten der Gutehoffnungshütte wurde die Forderung auf Wiedereinführung der Eisenzölle erhoben, weil sie erst eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen würde. Dass diese Erwartungen gerechtfertigt waren, zeigt die spätere Entwicklung. Allerdings dürfen hierbei neben der Zolltarifreform des Jahres 1879 andere fördernde Momente nicht übersehen werden: Neuregelung der Erzeugung und des Absatzes, Ausbau des Verkehrsnetzes, Erleichterung der gesetzlichen Vorschriften, vor allem aber, was die Gutehoffnungshütte im besonderen betrifft, finanzielle Gesundung durch diesbezügliche tatkräftige Massnahmen. Die Ende der 1870er Jahre durchgeführte Neuordnung der finanziellen Verhältnisse hat in der Tat erst die feste Grundlage des heutigen Unternehmens geschaffen.

Von dieser schwersten Krisis hat sich die Eisenindu-

[21]) ebda.

strie nur mühsam erholt. Für die Gutehoffnungshütte beginnt mit den 1880er Jahren eine Zeit allmählichen Aufstiegs, der etwa ein Jahrzehnt währte. Am Ende dieses Zeitraums hatte die Erzeugung fast aller Hüttenbetriebe diejenige in der Hochkonjunktur von 1871 bis 1873 nicht nur eingeholt, sondern sogar um ein vielfaches übertroffen. Die erste Hälfte der 1890er Jahre gestaltete sich für die Gutehoffnungshütte wieder ungünstiger. Durch fortgesetzen Preisrückgang, der schliesslich zum Sinken der Verkaufspreise unter die Selbstkosten führte, hatte sich die Lage immer mehr verschärft. Der Grund lag in dem auf dem Weltmarkte lastenden Druck, der seinerseits den ausländischen Wettbewerb veranlasste, der deutschen Eisenindustrie auf ihrem heimischen Markte arg zuzusetzen. Die Gutehoffnungshütte überwand diese Krisis jedoch leichter. Vom Jahre 1894 an machten sich Anzeichen der Besserung in der Lage der Eisenindustrie bemerkbar. Die Verhältnisse blieben zwar bis zum Schluss dieses Jahres noch besserungsbedürftig, wurden aber zusehends günstiger. Hierzu trug wesentlich das Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages bei, der bestimmten deutschen Industrieerzeugnissen die Einfuhr nach Russland ermöglichte und dadurch zur Befruchtung unseres Erwerbslebens beitrug, die der Gesamtheit unseres Volkes zugute kam. Die Preise für Roheisen und Erzeugnisse des Walzwerkes erfuhren eine bedeutende Steigerung. Die Nachfrage war überaus rege; die Gutehoffnungshütte erhielt namentlich von den Eisenbahnverwaltungen umfangreiche Bestellungen. Die gehobene Geschäftslage hatte ihren Grund in der stark vermehrten Nachfrage des Inlandes, die so stürmisch war, dass man ihr nicht nachkommen konnte; sogar die Ausfuhr musste darunter leiden. Es stieg in dem Zeitraum von 1894/95 bis 1899/00 die Roheisenerzeugung von 277 000 t auf 398 000 t, die Gesamtproduktion der Walzwerke von 190 000 t auf 309 000 t, der Warenumschlag erhöhte sich von rund 30 Millionen Mark auf annähernd 56 Millionen Mark. Aus diesen Zahlen spricht deutlich die ausserordentlich gehobene Leistungsfähigkeit des Unternehmens, die in dem kurzen Zeitraum zu ungeahnten Ergebnissen führte. Aber gerade die Anspannung aller Kräfte bis zum äussersten wurde die Ursache des allgemeinen Niedergangs, der im Jahre 1900 auf fast allen Gebieten einsetzte und am meisten die Eisenindustrie traf, welche ihn durch ihre kolossale Ueberproduktion hauptsächlich herbeigeführt hatte.

So heftig auch dieser Rückschlag und die nächstfolgenden der Jahre 1904/05 und 1908/09 waren, sie hielten nicht lange an und wurden stets von einem umso stärkeren Aufschwung abgelöst. Die Krisis des Jahres 1900/01

konnte bereits zu Beginn des folgenden Jahres als überwunden gelten. Grössere Lieferungsaufträge des Auslandes und die Festigung des inländischen Marktes leiteten eine neue Aufwärtsbewegung ein, die ihren Höhepunkt 1904 erreichte. Nach vorübergehendem Rückgang finden wir die Eisenindustrie schon im Jahre 1906 wieder im Zeichen der Hochkonjunktur, der ebenso bald eine zwar kurze, aber tiefe Depression folgt, in der die Verkaufspreise zum Teil sogar unter die Selbstkosten sinken. Ende des folgenden Jahres geht die Entwicklung wieder aufwärts und erreicht Mitte 1913 ihren höchsten Stand. In der Hütte zeitigte dieser allseitige Aufschwung glänzende Ergebnisse, welche diejenigen der Hochkonjunktur Ende der 1890er Jahre um ein bedeutendes übertrafen. Allein der Warenumsatz war von rund 46 Millionen Mark im Jahre 1897/98 auf rund 139 Millionen Mark im Jahre 1912/13 gestiegen, also auf mehr als das Dreifache.

Diese Zahlen lassen auch ein Anschwellen der Produktionsziffern der einzelnen Betriebe vermuten. Sie in den einzelnen Stadien der jüngsten Entwicklungsperiode des Unternehmens zu erfassen und zu vergleichen, müssen wir uns des Raumes wegen versagen. Wir wollen vielmehr die Endergebnisse dieser rapiden Entwicklung betrachten, um dadurch ein Bild von den mannigfaltigen Anlagen des heutigen Unternehmens zu gewinnen.

Die Anlagen der Gutehoffnungshütte[22]) erstrecken sich über die Gemeinden Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Borbeck, Hiesfeld, Walsum und Gelsenkirchen; doch liegt der grösste Teil auf Oberhausener Gebiet. Er umfasst die Eisenhütte mit zwei Abteilungen, deren Hochöfen im Laufe der Zeit durchgreifende Aenderungen erfahren haben, das Stahl- und Walzwerk Neu-Oberhausen und das Walzwerk Oberhausen, das zu den ältesten Teilen des Werkes gehört. Die Anlagen in Sterkrade umfassen u. a. eine Maschinen- und eine Brückenbauwerkstätte. Erstere beschäftigt sich mit dem Bau aller im Bergwerks- und Hüttenbetrieb vorkommenden Maschinen und Einrichtungen, insbesondere von Fördermaschinen, Wasserhaltungen, Walzwerkeinrichtungen, Gebläsemaschinen, Betriebsdampfmaschinen. Die Brückenbauabteilung wurde gegründet, als die Gutehoffnungshütte im Jahre 1863 die Lieferung der Weserbrücke bei Corvey übernahm. Aus ihr sind bedeutende Brücken im Inland und Ausland hervorgegangen: mehrere Rheinbrücken, darunter die bei Bonn und Düsseldorf, Brücken über die Elbe bei Hamburg und Dresden, über die Weichsel bei Thorn, über den Kaiser-Wilhelm-Kanal usw. Ausser mit

[22]) „Die Werke der Gutehoffnungshütte" im General-Anzeiger für Oberhausen etc., S. 49/50.

dem Bau von Brücken befasst sich diese Abteilung mit der Herstellung von Eisenkonstruktionen aller Art für Fabrikgebäude, Schachtgerüste etc.

Zur Deckung des Kohlen- und Erzbedarfes verfügt die Hütte über grössere Kohlen- und Erzfelder. Die älteste Zechenanlage ist die Zeche Oberhausen mit zwei Schächten, aus denen 1857 die ersten Kohlen gefördert wurden. Es kamen später hinzu Zechen Osterfeld, Sterkrade, Vondern und Hugo und in der Nähe von Recklinghausen Zeche Ludwig. Gegenwärtig hat die Gutehoffnungshütte 6 Steinkohlenbergwerke mit 14 Schächten. Ueber die auf Oberhausener Gebiet liegenden Zechenanlagen wird weiter unten gesprochen werden. Eisensteinfelder liegen in Lothringen und Luxemburg sowie im Nassauischen, im Siegerland und im Kreise Wetzlar. Ausser den Kohlen- und Eisensteingruben sind im Besitz der Hütte noch Kalksteinfelder bei Schwelm, in Angertal und bei Dornap und ein in der Nähe von Elberfeld gelegener Dolomitbruch.

An Nebenanlagen hat die Gutehoffnungshütte elektrische Kraftwerke, in denen durch Verwendung von Hoch- und Koksofengasen sowie durch Frisch- und Abdampfturbinen die elektrische Energie für sämtliche Betriebe gewonnen wird, drei Wasserwerke, von denen zwei Reinwasser fördern, während das dritte nur der Gewinnung von Gebrauchswasser dient, ferner ein eigenes Gaswerk, die Steinfabrik Hammer Neu-Essen zur Erzeugung feuerfester Steine, wie sie in den verschiedenen Hüttenbetrieben notwendig sind, drei Ringofenziegeleien, die Tonschiefersteine herstellen, und eine Anlage am Walsumer Hafen, welche die dort vorhandene Lehmablagerung zur Fabrikation von Feldbrandsteinen ausbeutet. Die Leistungsfähigkeit dieser vier Ziegeleien lässt sich an ihrer Jahresproduktion ermessen, die annähernd 20 Millionen Steine beträgt.

Zu den Nebenanlagen sind auch der Rheinhafen zu Walsum und die Hüttenbahnen zu zählen, die durch die Verbindung der Kohlengruben und der Hüttenwerke untereinander und mit dem Rheine für den Versand der Kohlen und Hüttenerzeugnisse und den Bezug der Erze von grosser Bedeutung sind als Minderer der Produktionskosten. Ausserdem ist die Gutehoffnungshütte an einer Rheinreederei beteiligt. Endlich werden zu den Nebenanlagen noch die Arbeiter- und Beamtenhäuser gerechnet, obwohl sie ja in technischer Hinsicht nicht dazu gehören. Die Hütte baute für ihre Arbeiter und Beamten bis zum Jahre 1913 einschliesslich im ganzen 872 Häuser mit 2780 Wohnungen. Damit berühren wir aber schon das Gebiet der Arbeiterfürsorge, auf das erst später einzugehen ist.

Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Hüttenbetriebe wird durch einige Angaben[23]) im folgenden beleuchtet. Der Verbrauch an Rohstoffen wird zum grössten Teil durch eigene Förderung gedeckt. Der Gesamtverbrauch an Eisenerz und eisenhaltiger Schlacke betrug im Geschäftsjahr 1912/13 über 1 800 000 t, davon lieferten die eigenen Gruben 520 000 t Eisenerz; der Rest wurde hinzugekauft, hauptsächlich aus Spanien, Schweden, Belgien, Frankreich, Südrussland und aus dem Siegerlande. Der Koks wird aus selbstgewonnenen Kohlen hergestellt, und zwar befinden sich die Koksöfen auf den Zechen. Im Jahre 1912/13 stellte sich der Koksverbrauch auf 957 000 t. Der Kalksteinverbrauch im gleichen Jahre belief sich auf 132 000 t, davon wurden in den eigenen Steinbrüchen rund 100 000 t gefördert; der Rest wurde durch Ankauf gedeckt.

Die Roheisenerzeugung betrug im Geschäftsjahr 1912/13 etwa 790 000 t gegen 5000 t im Jahre 1855. Es werden gegenwärtig erzeugt Thomas-Roheisen, Giessereieisen, Hämatit, Stahleisen, Ferromangan, Ferrosilizium und Spiegeleisen. Die Gichtgase, welche beim Hochofenprozess durch Einwirkung der Luft auf den Koks entstehen, dienen sowohl zur Erwärmung des Gebläsewindes in den Winderhitzern, als auch besonders zur Erzeugung elektrischer Energie und zur Heizung von Dampfkesseln. Die Eisenhütte I hat 9, die Eisenhütte II nur 2 Hochöfen. Im Jahre 1912 wurden hier mehr als 1900 Arbeiter und Beamte beschäftigt.

Das Stahl- und Walzwerk Neu-Oberhausen besteht aus einem Thomaswerk, zwei Martinstahlwerken und acht Walzwerken für Blöcke, Formeisen, Eisenbahnoberbaumaterial und Draht sowie einer Radsatzfabrik, welche Tender- und Wagenradsätze herstellt. Hervorzuheben ist die Elektrostahlanlage im Martinstahlwerk I, deren tägliche Erzeugung 75 t beträgt. Die Gesamtproduktion auf Neu-Oberhausen stellte sich auf 770 000 t im Geschäftsjahr 1912/13, die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter und Beamten war ungefähr 2800.

Das Walzwerk Oberhausen stellt in der Hauptsache Stabeisen, Grob- und Mittelbleche her, ferner Träger in kleinen Profilen. Seine Produktion im Jahre 1912/13 betrug 287 000 t; beschäftigt wurden hier in diesem Jahre 1800 Arbeiter und Beamte.

Die Abteilung Gelsenkirchen hat zwei Drahtwalzwerke, Drahtziehereien und weitere ähnliche Anlagen. Die Gesamtproduktion an Draht- und Drahtwaren im Jahre 1912/13 belief sich auf 58 000 t, die Zahl der im gleichen Jahre hier beschäftigten Arbeiter und Beamten betrug etwa 1150.

---

[23]) ebda.

Die Sterkrader Abteilung, die von weit grösserer Bedeutung ist, kann an dieser Stelle nur kurz berührt werden. Sie umfasst eine Stahlformgiesserei, Eisengiesserei, Brückenbauwerkstätte, Montagehalle, mechanische Werkstätte, Dreherei, Hammer-, Ketten-, Kesselschmiede und ein Presswerk. Auf der Abteilung Sterkrade wurden im Jahre 1912/13 im ganzen 3663 Arbeiter und Beamte beschäftigt.

Die Gesamtzahl der von der Gutehoffnungshütte im Geschäftsjahre 1912/13 beschäftigten Arbeiter und Beamten betrug 27 700, gegen 13 300 im Jahre 1897/98; sie hatte sich demnach in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt.

Diese Zahlen enthalten allerdings auch die in den auswärtigen Betrieben tätigen Arbeiter und Beamten; aber wenn man auch ihre Zahl in Abrechnung bringt, bleibt die Gutehoffnungshütte unter allen eisenindustriellen Unternehmungen Oberhausens das weitaus grösste. Sie beschäftigte im Geschäftsjahr 1912/13 in ihren hiesigen Werken, ausschliesslich der Zeche Oberhausen, rund 6000 Arbeiter und Beamte, also mehr Personen als alle eisenindustriellen Gross-, Mittel- und Kleinbetriebe zusammengenommen. In diesem Zahlenverhältnis offenbart sich rein äusserlich die führende Stellung der Gutehoffnungshütte in der Industrie Oberhausens, mehr noch in der Eisenindustrie. Erscheint sie uns so als der bedeutendste Faktor in unserem Erwerbs- und Wirtschaftsleben, so dürfen wir die anderen, weniger wichtigen in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse doch nicht unterschätzen. Hier haben vor allem in neuerer Zeit andere eisenindustrielle Grossbetriebe wachsenden Einfluss gewonnen, und zwar vorwiegend solche, die nicht aus der Zeit vor oder unmittelbar nach der Gründung der Gemeinde stammen, sondern erst viel später entstanden sind.

b) **Die übrigen eisenindustriellen Grossbetriebe**[24]).

Die drei grössten unter ihnen, die Deutschen Babcock- und Wilcox-Dampfkesselwerke, die Aktiengesellschaft Phoenix für Herd- und Ofenindustrie und die Firma Wecks & Co., sind in der Zeit von 1898 bis 1913 gegründet worden. Von den übrigen vier bestand die Firma Sellerbeck, Maschinenfabrik und Eisengiesserei, schon vor dem Jahre 1862. Die Entwicklung aller dieser Unternehmungen ist in ähnlicher Weise, wenn auch in kleinerem Massstabe, vor sich gegangen wie die der Gutehoffnungshütte; sie stand völlig unter dem Einfluss der jeweiligen Lage in der Eisenindustrie. Darin unterscheiden sich aber die

[24]) vgl. Eich, Festschrift, S. 96 ff.

meisten unter ihnen von der Hütte, dass sie von einer wirtschaftlichen Krisis nicht selten ungleich härter mitgenommen wurden als diese, sodass sie nur verhältnismässig langsam gewachsen sind, einige überhaupt eingingen.

Die im Jahre 1898 gegründeten Deutschen Babcock- und Wilcox-Dampfkesselwerke, A.-G., sind aus der früheren Kesselfabrik von C. Schäfer hervorgegangen und erst durch wiederholte umfangreiche Erweiterung zu ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gelangt. Die Herstellung von Wasserrohrkesselanlagen, die ursprünglich ausschliesslich betrieben wurde und zu einem Umschwung auf dem Gebiete des Dampfkesselbaues in Deutschland führte, sodass heute in der Dampftechnik der Wasserrohrkessel vorherrscht, bildet noch jetzt den Hauptfabrikationszweig dieser Werke; daneben fabrizieren sie mechanische Kettenrostfeuerungen für Wasserrohrkessel jeden Systems, ferner Hochdruckrohrleitungen, künstliche Zuganlagen, Economiser, Profileisenringe, Graugusswaren. Die ausserordentliche Steigerung der Produktionsziffern in den verschiedenen Fabrikationszweigen hob den Umsatz ganz bedeutend; im Jahre 1913 betrug er etwa 10 Millionen Mark. Zur Erleichterung des Absatzes, insbesondere nach dem Osten hin, wurde im Jahre 1910 in Gleiwitz in Oberschlesien eine Neugründung vorgenommen, woselbst seit dieser Zeit die für Ostdeutschland bestimmten Erzeugnisse hergestellt werden. Im Jahre 1913 beschäftigten die Babcock und Wilcox-Werke in Oberhausen über 1100 Arbeiter und Beamte gegen rund 200 im Jahre 1899. Im gleichen Zeitraum war das Aktienkapital von 2 000 000 Mark auf 3 500 000 Mark gestiegen.

Die Herd- und Ofenindustrie ist durch ein einziges grosses Unternehmen, die Aktiengesellschaft „Phoenix", vertreten. Die grössere ihrer beiden Betriebsabteilungen befasst sich mit der Herstellung von Haushaltungsherden, während die andere ausschliesslich Grosskochanlagen für privaten und staatlichen Bedarf anfertigt; in dieser Beziehung gehört die „Phoenix" zu den ansehnlichsten Unternehmungen ihres Faches in Deutschland. Die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter belief sich auf etwa 450 im Jahre 1913. Die Abteilung Herdfabrik stellt die Fortsetzung einer gleichen Betriebsabteilung der Aktiengesellschaft Terlinden dar, welche im Jahre 1899 insgesamt über 2000 Arbeiter beschäftigte und über mehrere Fabriken sowie Warenniederlagen im Inlande und Auslande verfügte. Sie geriet bald nachher in Konkurs. Die „Phoenix" unterhält gleichfalls Agenturen im Inlande und Auslande. Die Ausfuhr der Fabrikate ist ziemlich bedeutend.

Mit der Herstellung von Bedarfsteilen für den Hütten-, Bergbau- und Eisenbahnbetrieb befassen sich mehrere Unternehmungen:

Die Oberhausener Stahl- und Eisengiesserei fertigt Gussteile aus Siemens-Martinstahl bis zu einem Stückgewicht von 3000 kg für sämtliche Industriezweige an und bearbeitet sie in eigenen Werkstätten. Als Spezialität werden Zahnräder aus Stahl- und Eisenguss in jeder Form und Grösse verfertigt. Bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion hob sich die Zahl der Arbeiter von 25 im Jahre 1899 auf 95 im Jahre 1913.

Für einen im wesentlichen beschränkten Abnehmerkreis, den Bergbau- und Hüttenbetrieb in Rheinland und Westfalen, arbeitet die Maschinenfabrik und Eisengiesserei Sellerbeck, die in der Hauptsache Förderwagen, und zwar etwa 1500 in jedem Jahre, sowie Stahlräder und Radsätze herstellt.

Aus der im März 1909 stillgelegten Porzellanfabrik ging die Firma Wecks & Co., ein Spezialwerk für Profileisenringe, hervor, welche im Jahre 1913 schon gegen 100 Arbeiter beschäftigte.

Die Firma Köpper, Eisenbahnhochbau- und Brückenbauanstalt, hat in den elf Jahren ihres Bestehens in Oberhausen ebenfalls eine beträchtliche Ausdehnung erfahren. Von der Bau- und Kunstschlosserei ist sie allmählich zum Eisenhochbau übergegangen, sodass Eisenbahnbrücken, Fabrikbauten, Zechen- und Hüttenanlagen ausgeführt wurden, hauptsächlich in der näheren Umgebung. Gleichzeitig wird ein grosses Lager in Trägern und Stabeisen gehalten. Es wurden zeitweise 100 und mehr Arbeiter beschäftigt.

Eine Sonderstellung unter den eisenindustriellen Grossbetrieben nehmen ein die Eisen- und Schrotthandlung Tigler G. m. b. H., die ebenfalls aus kleinen Anfängen sich entwickelt hat und 1913 in ihren hiesigen Anlagen 75 Arbeiter beschäftigte, sowie die Fabrik für Zentralheizungen und Installation von G. Pascher, die sich in vier Abteilungen mit der Anfertigung von Zentralheizungen, gesundheitstechnischen Anlagen, Licht- und Kraftanlagen und Kanalisationsanlagen befasst.

In diesen acht eisenindustriellen Grossbetrieben wurden im Jahre 1913 mehr als 2000 Arbeiter und Beamte beschäftigt. Ist demnach ihre Stellung innerhalb der Eisenindustrie, auch neben derjenigen der Gutehoffnungshütte, keineswegs zu verachten, so darf ihre Bedeutung für das Erwerbs- und Wirtschaftsleben Oberhausens umso weniger unterschätzt werden, als sie durch ihre rasche Entwicklung auch für die Zukunft eine günstige Ausgestaltung erhoffen lassen.

2. Der Bergbau.

In innigsten Wechselbeziehungen mit der Eisenindustrie steht der Steinkohlenbergbau, der nächst der Eisenindustrie an dem wirtschaftlichen Aufschwung Oberhausens den hervorragendsten Anteil gehabt hat. Er wird im Stadtgebiet gegenwärtig auf sechs in Förderung stehenden Schachtanlagen ausgeübt: drei Schächten der Bergbau-A.-G. Concordia, je einem Schacht der Gutehoffnungshütte (Zeche Oberhausen), der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne (Zeche Alstaden) und der Harpener Bergbau-A.-G. zu Dortmund (Zeche Roland).

Die bergbauliche Aufschliessung der Kohlenlager in der Umgebung von Oberhausen begann die Zeche Concordia, die im Jahre 1850 abgeteuft wurde. Es folgten der Reihe nach die Zechen Oberhausen, Alstaden, Roland, und zwar so rasch aufeinander, dass im Jahre 1856 alle vier Zechen im Betrieb waren. Ihre Entstehung fällt in eine für die Eisenindustrie günstige Zeitlage, aus der auch der Bergbau Nutzen zog.[25]) Das Anwachsen des Kohlenbedarfs innerhalb der Eisenindustrie liess eine Vermehrung der Kohlenförderung bei erhöhten Verkaufspreisen zu. Aber schon im Jahre 1857 machten sich Anzeichen einer Ueberproduktion geltend. Sie waren die Vorboten eines Niederganges, der durch die Krisis in der Eisenindustrie verursacht worden war und wie diese bis zum Jahre 1863 andauerte. Ist er auch in der jährlichen Förderung dieses Zeitraumes nur schwach zu erkennen, so zeigen die Verkaufspreise doch eine dauernd absteigende Bewegung. Vom Jahre 1858 bis zum Jahre 1863 fiel der Durchschnittspreis für die Tonne Kohlen im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 9 Mk. 40 Pfg. auf 5 Mark.

Nach vorübergehendem Aufschwung, an dem auch der Bergbau beteiligt war, setzte im Jahre 1866 ein neuer Rückgang ein, der bis zum Jahre 1870 anhielt. Immerhin vermochten die hiesigen Zechen ihre Förderung zu steigern, wenn auch nur unbedeutend. Es ist dies weniger auf die allmähliche Ausdehnung des Absatzgebietes zurückzuführen, als vielmehr auf die Neuregelung der Berggesetzgebung, die mit dem Erlass des allgemeinen Berggesetzes für die preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 ihren Abschluss fand. Durch Ermässigung der auf dem Bergbau ruhenden Abgaben und Steuern sowie durch Aufgabe des sogenannten Direktionsprinzips, nach welchem die Leitung aller Betriebe der Bergbehörde unterstand, war die Unternehmungslust der Grubenbe-

---

[25]) vgl. hier wie auch im folgenden „Concordia 1850—1900" S. 6 ff.

sitzer gestiegen und der selbständigen Betätigung freier Spielraum geschaffen.

Die Kohlenförderung erfuhr auch vom Jahre 1870 an nur eine geringe Steigerung; gleichwohl hob sich die Lage innerhalb des Bergbaues bis zum Jahre 1873 ganz gewaltig. Die Verkaufspreise erreichten einen Stand, wie er bis heute nicht eingeholt worden ist. Der stürmischen Nachfrage konnte die Förderung nicht genügen; es musste notwendig zu einer Einschränkung der Ausfuhr und einer engeren Begrenzung des Absatzgebietes geschritten werden. Inzwischen hatte der Kohlenmangel infolge eines Arbeiterausstandes eine grössere Verschärfung erfahren und es schien eine weitere Erhöhung der Preise in Aussicht.

Doch schon Ende des Jahres 1873 hatte in mehreren Gewerbszweigen eine Abwärtsbewegung eingesetzt, die sich auf den Bergbau übertrug. Im folgenden Jahre sank die Förderung im Ruhrbezirk ganz erheblich. „Mit ihm begann die traurige Zeit für unseren Bergbau, welcher fast ohne Unterbrechung bis zum Ende der achtziger Jahre andauernd die meisten Werke zwang, mit Zubussen und Unterbilanzen zu arbeiten. Kennzeichnend für diesen Zeitraum ist eine fast ständige Zunahme der Förderung bei Preisen, die durch den ungezügelten Wettbewerb der Zechen untereinander nur zu häufig unter die Gestehungskosten herabgedrückt wurden.“[26])

Versuche von seiten der Zeche, dem fortlaufenden Rückgang Einhalt zu tun durch Preisvereinbarungen und Einschränkung der Förderung, hatten, obwohl sie mehrmals unternommen wurden, nur geringen Erfolg; ebensowenig die Bemühungen, Absatzgebiet und Ausfuhr bei gleichzeitiger Herabdrückung aller Selbstkosten auszudehnen, um dadurch die Ergiebigkeit des Bergbaues zu heben. Die Wiedereinführung der Eisenzölle im Jahre 1879 kam mittelbar auch dem Bergbau zugute, brachte aber doch nicht die erhoffte Besserung. Diese kam erst im Jahre 1887 und hielt ungefähr bis zum Jahre 1890 an. Von dem Bergarbeiterausstand des Jahres 1889 waren die hiesigen Zechen glücklicherweise fast unberührt geblieben und sahen dadurch ihre Lage wesentlich verbessert. Die Kohlen- und Kokspreise stiegen immer höher, entsprechend der vermehrten Nachfrage, die besonders im Frühjahr 1890 äusserst rege war, weil sich die Konsumenten durch Ansammlung von Kohlenvorräten gegen das befürchtete Wiederausbrechen eines Streiks rechtzeitig vorsehen wollten. Während die Kohlenförderung auch weiterhin zunahm, ging die Nachfrage bald zurück, infolgedessen fielen auch die Verkaufspreise, die einen

[26]) „Concordia 1850—1900“, S. 9.

Tiefstand erreichten, wo sich Selbstkosten und Verkaufspreise nur bei den leistungsfähigsten Zechen deckten, während die unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitenden nur mit Verlust den Betrieb aufrecht erhielten.

Unter dem Druck des wachsenden Preisrückganges fanden sich die Zechen zusammen und gründeten nach langwierigen Verhandlungen am 16. Februar 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, eine Verkaufsgemeinschaft in Verbindung mit einer Preiskonvention. Das Kohlensyndikat war, wie das bei Unternehmerverbänden meistens der Fall ist, aus der Not geboren; die Notlage, in der die Zechen sich in der ersten Hälfte der 1890er Jahre befanden, hatte zu seiner Bildung geführt. „Wenn dieses Syndikat aber auch erst allmählich zur vollen Wirksamkeit gelangen konnte, so beginnt doch schon bald nach seiner Gründung ein Zeitabschnitt, in dem wir uns einer stetigen aufsteigenden Entwicklung unserer Industrie erfreuen. Zwar haben hierzu auch mancherlei andere Umstände beigetragen, aber sicherlich ist der Einfluss dieser mächtigen Vereinigung als ein wesentlicher Faktor für den Aufschwung nicht nur des nächstbeteiligten, sondern auch der übrigen Industriezweige und unseres gesamten Wirtschaftslebens zu betrachten."[27])

An dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der mit dem Jahre 1895 einsetzte, war auch der Bergbau in hervorragendem Masse beteiligt. Die Zeit bis 1900 steht unter dem Zeichen allgemeiner Betriebsausdehnung und zunehmender Förderung. Unter dem mässigenden Einfluss des Syndikates stiegen die Verkaufspreise wohl langsam, aber stetig, sodass die Ertragsfähigkeit der Zechen trotz vermehrter Selbstkosten sich bedeutend hob. Im Laufe des Jahres 1900 stellte sich auf fast allen Gebieten des Grossgewerbes ein Rückgang ein,[28]) der zwar die Eisenindustrie am härtesten traf, den Bergbau aber auch nicht verschonte. Er war nur von kurzer Dauer; schon im Anfang des Jahres 1902 begann eine Aufwärtsbewegung, die in eine anhaltende Hochkonjunktur überging. Der kurze, allerdings heftige Rückschlag, den der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau durch den allgemeinen Bergarbeiterstreik des Jahres 1905 erlitten hatte, war bald überwunden. Die beiden nächsten Jahre waren, wie für die Eisenindustrie, so auch für den Bergbau überaus günstig. Nach vorübergehender Unterbrechung, in der das Kohlensyndikat sich sogar zur Festsetzung von erheblichen Förderungseinschränkungen

[27]) „Concordia 1850—1900", S. 11.

[28]) vgl. auch die Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen von 1896—1914.

veranlasst sah, erfuhr die Aufwärtsbewegung eine bis in das Jahr 1913 reichende Fortsetzung. Gegen Ende des Jahres 1912 und vor allem zu Beginn des Jahres 1913 konnten die Zechen der Nachfrage kaum genügen. Von dem missglückten Ausstand der Ruhrkohlenarbeiter im März 1912 verhältnismässig wenig berührt, hatten die Zechen aus dem englischen Bergarbeiterstreik desto grösseren Nutzen gezogen, da ja durch ihn der Kohlenmangel noch fühlbarer geworden war. Der Bedarf an Brennstoffen war so gross, dass die Kohlenförderung vom Syndikat freigegeben wurde, und die Koksvorräte erheblich vermindert werden konnten. Mitte 1913 war der Höhepunkt ereicht. Mit Beginn des 2. Halbjahres setzte, von der Eisenindustrie ausgehend, eine rückgängige Bewegung ein, die sich zunächst im Koksabsatz, dann aber auch auf dem Kohlen- und Brikettmarkt bemerkbar machte. Die Beschäftigung der Zechen betrug Ende 1913 rund 89 Prozent der Beteiligungsziffer gegen ungefähr 108 Prozent zu Beginn dieses Jahres. Für Koks und Kokskohlen, wie auch für alle übrigen Kohlensorten wurden vom Syndikat Preisherabsetzungen beschlossen. Es ist hauptsächlich dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem die hiesigen Zechen angeschlossen sind, zu verdanken, dass der Rückgang innerhalb des Bergbaues sich nicht stark und plötzlich, sondern allmählich vollzogen hat.

a) Die Zeche Concordia.

Nordwestlich des Bahnhofes Oberhausen begann die Bergbaugesellschaft Concordia[29]) im Herbst 1850 mit dem Abteufen des Schachtes I; die ersten Kohlen wurden im Jahre 1853 gefördert. Ein zweiter Schacht wurde im Jahre 1856 in Angriff genommen und konnte einige Zeit später die ersten Kohlen liefern. Inzwischen wurde die Koksofenanlage auf Schacht I bis auf 60 Oefen gebracht und die erste vollständige Kohlenwäsche dem Betrieb übergeben. Schacht II erhielt im Jahre 1866 eine Kohlensieberei, Kohlenwäsche und eine eigene Kokerei.

In den 1870er Jahren wurden die Tagesanlagen beider Schächte mehrfach ausgebaut. Durchgreifende Veränderungen brachte jedoch erst das folgende Jahrzehnt. Die Kohlenwäsche auf Schacht I wurde durch eine neue, grössere ersetzt, die Koksöfenanlage auf beiden Schächten wesentlich erweitert. Bis zum Jahre 1888 war Schacht I bis auf eine Tiefe von über 400 m gebracht und die vierte Tiefbausohle ausgesetzt worden. Im Jahre 1895 kam Schacht III in Betrieb; gleichzeitig erfuhren die Tagesanlagen der beiden anderen Schächte, hauptsächlich

---

[29]) vgl. „Concordia 1850—1900“ S. 29 ff.

des Schachtes II, bedeutende Vergrösserungen. Die Koksofenanlage wurde um eine Batterie von 60 neuen Oefen erweitert und eine Einrichtung zur Gewinnung von Teer und schwefelsaurem Ammoniak geschaffen; ferner wurden eine neue Kohlenwäsche und ein Koksbrechwerk mit Sieberei errichtet. Zur Verwertung des aus der Grube geförderten Schiefertones legte die Zeche im Jahre 1893 eine Ringofenziegelei an.

Zu umfangreichen Betriebserweiterungen ist es dann bis zum Jahre 1900 nicht gekommen. Erst nach diesem Zeitpunkt erfuhren die Zechenanlagen durch den Bau der Schächte IV und V und weitere durchgreifende Veränderungen ihre völlige Umgestaltung und Ausgestaltung zu dem heutigen Unternehmen.

Die „Concordia" hat gegenwärtig 6 Schächte, von denen der älteste, Schacht I, zur Zeit nicht mehr der Kohlenförderung dient; ein neuer Schacht VI, der im Westfelde abgeteuft worden ist, soll vorläufig zur Wetterführung Verwendung finden. Schacht III, der bisher zu diesem Zweck benutzt wurde, ist jetzt für die Kohlenförderung eingerichtet worden. Die Schachtanlagen I und II/III, die aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts stammen, zeigen, abgesehen von der neuen Förderanlage III, keine bemerkenswerte Ausgestaltung der Tagesanlagen. Von besonderem Interesse dagegen sind die Schachtanlagen IV und V, welche nach 1900 entstanden sind. Sie sollen daher etwas eingehender besprochen werden.[86])

Die Schachtanlagen IV und V dienen dem Abbau des Nordfeldes der Concordia. Im Jahre 1900 wurde mit ihrem Bau begonnen, drei Jahre später konnte die Kohlenförderung betrieben werden. Letztere erfolgt gegenwärtig von der dritten (220 m) und der vierten (312 m) Sohle. Die Tagesanlagen der Doppelschächte IV u. V liegen geschlossen und unmittelbar am Rhein—Herne-Kanal. An die beiden Schächte, von denen der Schacht V zur Wetterführung als ausziehender Schacht benutzt wird, schliessen sich die Verlade- und Siebereihallen an. Sie sind durch zwei gedeckte Brücken mit je einer Kettenbahn verbunden und bieten dadurch die Möglichkeit, die Förderung beider Schächte nach Wunsch in die eine oder andere Wäsche überzuführen. Die Kohlenwäschen, in denen durch auf- und niederbewegtes bezw. fliessendes Wasser die leichtere Kohle vom Gestein geschieden wird, liefern Waschprodukte von grösster Reinheit. Bei den Nusskohlen bewegt sich der Aschengehalt zwischen 4

[86]) Ich folge hier im wesentlichen der Festschrift „Die Schachtanlage 4/5 der Concordia Bergbau-Ak.-Ges. zu Oberhausen, Rhld., 1910".

und 6 Prozent, bei den Kokskohlen wird er so niedrig gehalten, dass erstklassiger Koks dauernd gewährleistet bleibt. Mittels elektrisch betriebener Transportmittel gelangen die Kokskohlen zu den Kokereien. Vervollständigt werden die Wäscheanlagen durch Einrichtungen zum Zertrümmern von Stückkohlen und Nüssen, zur Eisenbahnverladung eigener und zum Zusatz fremder Feinkohle. Alle Kohlensorten werden in dem unter den Verladehallen, den Siebereien und Wäschen liegenden Zechenbahnhof zum Versand fertiggestellt. Vom Zechenbahnhof wie auch vom Kokereibahnhof aus werden die Erzeugnisse entweder zum Staatsbahnhof Oberhausen-West oder zu dem am Rhein—Herne-Kanal gelegenen Kanalbahnhof gebracht. Letzterem können auch die Erzeugnisse der Schachtanlagen I und II/III zugeführt werden.

Von den Nebenanlagen sind zu nennen die Waschkauenanlage, mit der ein Lager für Grubenmaterialien verbunden ist, mehrere Reparaturwerkstätten mit Montagehalle, ein eigenes Wasserwerk, der Ringofen auf Schacht II, welcher den aus der Grube geförderten Schiefer jährlich zu etwa 5 Millionen Steinen verarbeitet, und die Kokereien auf den Schachtanlagen II/III und IV/V. Mit letzteren in Verbindung stehen Anlagen zur Gewinnung von Teer, Ammoniak, Benzol und anderen Abkömmlingen der Kohlendestillation. Sie reichen über den Eigenbedarf der Zeche hinaus und gehen zum Teil zwecks Verarbeitung und Reinigung weiter. Die Kokereien bilden innerhalb der Zechenanlagen einen geschlossenen Betrieb, der mit wachsender Ausdehnung immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Mit der äusseren Entwicklung der Zeche Concordia hat die innere Umgestaltung der Betriebe, durch Vervollkommnung der Technik, Schritt gehalten. Daraus erklärt sich die beträchtliche Zunahme der Leistungsfähigkeit, welche wieder eine erhebliche Steigerung der Erzeugungsziffern möglich gemacht hat. Von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage musste es natürlich abhängen, ob diese Steigerung eintreten konnte oder im Gegenteil ein Rückgang sich zeigte, wie das am schärfsten in der schweren Krisis Ende der 1870er Jahre in Erscheinung trat. Für die Concordia wurde sie aus dem Grunde noch gefährlicher, als für die übrigen Zechen, weil gerade in dieser Zeit die Ausgaben für Bergschäden in erschreckender Weise stiegen und die finanziellen Kräfte zu erschöpfen drohten. Durchgreifende Massnahmen, wie sie von der Gutehoffnungshütte getroffen wurden, waren auch hier nötig. Von den drei Wegen, die zur Gesundung des Unternehmens führen konnten, Erhöhung des Aktienkapitals, Aufnahme einer neuen Anleihe oder Umwand-

lung der Aktiengesellschaft in eine Gewerkschaft, kam nur der letzte in Frage. Er wurde im Jahre 1877 beschritten, und bis zum Jahre 1889 die Gewerkschaftsform beibehalten. Alsdann wurde die ursprüngliche Unternehmungsform wieder angenommen. Die Entwicklung der Concordia und der anderen hiesigen Zechen hat sich im übrigen der jeweiligen Lage im Bergbau angepasst.

Die Zeche Concordia hatte im Jahre 1913 bei einer Belegschaft von rund 5600 Mann eine Kohlenförderung von über 1 500 00 t zu verzeichnen; das ist ungefähr das zwanzigfache der Förderung des Jahres 1860 und das neunfache derjenigen von 1880, während die Belegschaft im letztgenannten Jahre kaum ein Fünftel der heutigen ausmachte. Seit 1900 hat sich die Kokserzeugung mehr als verdoppelt; sie erreichte im Jahre 1913 ungefähr 400 000 t. Ueber die Beteiligungsziffern der Zeche Concordia im Syndikat geben nachstehende Angaben aus dem Jahresbericht 1913 der Concordia Aufschluss. Ihre Beteiligung am Kohlenabsatz im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat betrug im Jahre 1913 rund 1 500 000 t, diejenige am Koksabsatz bis zum 1. 4. genannten Jahres 387 000 t. Letztere wurde bis zum 1. Januar 1914 auf 487 000 t erhöht und eine weitere Erhöhung von 100 000 t für das folgende Jahr in Aussicht gestellt. Ueber die Schwierigkeiten im Koksabsatz heisst es in diesem Bericht S. 3: „Die Errichtung und Ausdehnung der Verkokungsanstalten hat einen Umfang angenommen, der zu den schwersten Bedenken Veranlassung gibt. Selbst solche Zechen, deren Kohlen einen marktfähigen Koks nicht geben, haben von dem ihnen nach dem Syndikat zustehenden Recht, wonach für jede selbständige Schachtanlage eine Koksbeteiligung beansprucht werden kann, Gebrauch gemacht und sind zur Erbauung von Kokereien übergegangen, um die Vorteile sich zu eigen zu machen, die in der Gaserzeugung und in der Gewinnung der Nebenprodukte liegen. Dadurch wird für die Fettkohlenzechen der Koksabsatz sehr erschwert und sie werden gezwungen, um einen einigermassen normalen Kokereibetrieb aufrecht zu erhalten, auch ihrerseits höhere Beteiligungen zu erstreben. Die für diesen Zweck zu errichtenden Neuanlagen verursachen nicht unerhebliche unwirtschaftliche Ausgaben. Auch die gemischten Werke haben die Koksöfen stark vermehrt, um den Koks für den eigenen Bedarf möglichst selbst herzustellen, anstatt, wie früher, einen Teil von den Fettkohlenzechen zu kaufen. Die Folge dieser Massnahmen ist eine kaum noch zu ertragende Einschränkung der Koksherstellung der reinen Zechen."

Bei einem Aktienkapital von 10,25 Millionen Mark wurde im Jahre 1913 eine Dividende von 23 Proz. erzielt.

b) Die Zeche Oberhausen.

Unter den Steinkohlengruben der Gutehoffnungshütte ist die Zeche Oberhausen[81]) die älteste und einzige auf Oberhausener Gebiet. Sie hat drei Schächte, von denen die beiden ersten schon 1857 in Betrieb genommen waren; die regelmässige Förderung begann im folgenden Jahre. Wiederholte Umänderungen und Erweiterungen, besonders die umfassenden Umbauten des Jahres 1910, haben die Zeche Oberhausen zu einem modernen, den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Betrieb gemacht. Die Tagesanlagen weisen eine ähnliche Ausgestaltung auf, wie die oben bei der Concordia beschriebenen. Bei den Nebenanlagen der Zeche Oberhausen vermissen wir eine eigene Kokerei. Die hier gewonnene Kokskohle wird vielmehr auf Zeche Vondern, die ebenfalls der Gutehoffnungshütte gehört, verarbeitet. Dagegen hat Zeche Oberhausen eine Brikettfabrik, in welcher die Magerfeinkohle verwertet wird.

Die Zeche Oberhausen stellt an sich einen recht bedeutenden Betrieb dar; sowohl was Ausdehnung als auch was Leistungsfähigkeit betrifft, kommt sie der Zeche Concordia am nächsten. In ihrer Bedeutung für die Gutehoffnungshütte als Kohlenlieferantin wird sie jedoch von der Zeche Osterfeld übertroffen, die seit langem die wichtigste Förderstelle der Hütte ist. Die Entwicklung der Hüttenzechen, und im besonderen der Zeche Oberhausen, ist abhängig gewesen von der Entwicklung der gesamten Eisenerzeugungs- und Verarbeitungsanlagen der Gutehoffnungshütte und umgekehrt, so dass sich erübrigt, noch näher auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Zeche Oberhausen einzugehen. Die Tatsache aber darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Steinkohlenbergbau in der Geschichte der Gutehoffnungshütte eine doppelte Rolle gespielt hat, eine günstige, als er die Hütte in der Steinkohlenversorgung unabhängig machte, eine verhängnisvolle in der grossen Krisis der 1870er Jahre, unter der die gemischten Werke weit mehr zu leiden hatten als die reinen Hüttenwerke, da die letzteren bei dem allgemeinen Preissturz die Kohlen zu einem Preise auf dem freien Markt kaufen konnten, der unter dem Selbstkostensatze der Kohlen für die Bergwerke lag. Die Gutehoffnungshütte litt sehr darunter, und wenn sie auch „aus der Krisis der 70er Jahre im alten Umfang als gemischtes Werk hervorging, so haben die damals gemachten Erfahrungen doch, so lange auf dem Kohlenmarkte der freie Wettbewerb herrschte, die Anlage neuer Bergwerke verhindert. Erst die Wirkungen

[81]) vgl. „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910“ S. 72.

des 1893 gegründeten Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, dem die Gutehoffnungshütte angehörte, gaben Veranlassung, neues Kapital auf die Vergrösserung des Kohlenbergbaus zu verwenden.[32]) Durch die nach dieser Zeit erfolgten Neugründungen von Zechen von seiten der Gutehoffnungshütte wurde Oberhausener Gebiet nicht berührt.

Die Zeche Oberhausen beschäftigte im Jahre 1912/13 rund 2400 Arbeiter und Beamte Im gleichen Jahre betrug die Kohlenförderung 650 980 t, die Brikettfabrikation 310 000 t. Die Kohlenförderung hat in den letzten beiden Jahrzehnten nur eine verhältnismässig geringe Steigerung aufzuweisen, seitdem die Zeche Osterfeld die Hauptförderstätte der Gutehoffnungshütte geworden ist.

c) Die Zechen Alstaden und Roland.[33])

Bis zum Jahre 1910 gab es in Oberhausen nur zwei Zechen, nämlich die Zechen Concordia und Oberhausen. Durch die in diesem Jahre erfolgten Eingemeindungen kamen weitere hinzu, und zwar die Zechen Alstaden, in dem Gebietsteile Alstaden, und Roland, in dem Gebietsteile Dümpten. Dem Alter nach sind sie den beiden vorgenannten beinahe gleich, da sie im Laufe der 1850er Jahre entstanden sind. In ihrer Bedeutung treten sie jedoch hinter ihnen zurück.

Die Zeche Alstaden ist nach mehrfachem Besitzwechsel im Jahre 1904 in das Eigentum der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne übergegangen. Von den beiden Schächten wurde Schacht I im Jahre 1856 in Betrieb genommen; die Kohlenförderung auf Schacht II begann im Jahre 1880. In der Hauptsache werden Magerkohlen und Esskohlen gewonnen. Eine Anlage zur Brikettbereitung ist seit 1904 im Betrieb und lieferte im Jahre 1913 rund 48 000 t Briketts. Die Förderung im gleichen Jahre erreichte fast 315 000 t Kohlen gegen 106 000 t im Jahre 1871. Die Belegschaft ist in diesem Zeitraum von 589 Mann auf 1006 Mann gestiegen.

Die Zeche Roland, welche seit dem Jahre 1904 im Besitz der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Dortmund ist, hat ebenfalls zwei Schächte, von denen auch nur einer zur Kohlenförderung benutzt wird, während der andere lediglich als Wetterschacht dient. Die Schachtanlage, die im Jahre 1852 angelegt wurde, ist im Laufe der Zeit mehrfach umgebaut und vergrössert worden, so vor allem im Jahre 1904, so dass sie jetzt den Anforderungen der Neuzeit vollkommen entspricht. Sie

---

[32]) „Die Gutehoffnungshütte 1810—1910" S. 37.
[33]) vgl. Eich, Festschrift, S. 91 ff.

besitzt gleichfalls eine Anlage zur Brikettbereitung. Bei einer Belegschaft von durchschnittlich 850 Mann im Jahre 1913 stellte sich die Kohlenförderung auf etwa 800 t arbeitstäglich.

Die Gesamtförderung der Oberhausener Zechen belief sich im Jahre 1912 auf rund 2 600 00 t Steinkohlen, die Koksproduktion auf 300 000 t. Die entsprechenden Zahlen für 1902 waren 1 990 000 t Steinkohlen und 170 000 t Koks. Es stieg also in diesem Zeitraum die Kohlenförderung um 30,6 Proz., die Kokserzeugung um 92,6 Prozent.

Zu dem Bergrevier Oberhausen, das einen Teil des Oberbergamtsbezirks Dortmund bildet, gehören ausser den drei erstgenannten Zechen Concordia, Oberhausen und Alstaden noch die in nächster Nähe von Oberhausen liegenden Zechen Vondern, Osterfeld, Sterkrade, Hugo, Lohberg und Jacobi. Innerhalb dieses Bergreviers Oberhausen stiegen in dem Zeitraum von 1906—1913 die Belegschaftsziffer[24]) von 16 146 auf 20 862 Mann, die Steinkohlenförderung von 4 387 000 t auf 5 421 000 t. Hier wie dort also eine Steigerung von rund 25 Prozent in dem kurzen Zeitraum von sieben Jahren, ein ganz ansehnliches Ergebnis. — Von der Steinkohlenförderung des Deutschen Reiches im Jahre 1913 (rd. 190 Millionen t) entfielen 2,83 Prozent auf das Bergrevier Oberhausen.

3. Die chemische, Zink- und Glasindustrie.

Alle diese Industriezweige haben das eine gemeinsam, dass sie sich mit der Herstellung oder Verarbeitung chemischer Erzeugnisse befassen. Die chemische Industrie hat schon früher Eingang gefunden als in den Nebenproduktionsanlagen der Zechen, und zwar anfangs der 1850er Jahre durch die Gründung einer chemischen Fabrik Rhenania. Fast um dieselbe Zeit fasste die Zinkindustrie Fuss, 1853 die Aktiengesellschaft des Altenbergs (Vieille Montagne) für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, im darauf folgenden Jahre die jetzige Aktiengesellschaft für Zinkindustrie, vormals W. Grillo. Entsprechend dem Verlauf der wirtschaftlichen Lage nahmen diese Betriebe zunächst rasch, dann aber, unter dem Druck der Wirtschaftskrisis des Jahres 1857, nur langsam an Ausdehnung zu. Die vorübergehende Hebung der wirtschaftlichen Lage führte auch hier zu merklicher Besserung, Produktion und Absatz stiegen; gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der vorhandenen Industriezweige um einen neuen, die Porzellanfabrikation.

[24]) Die Zahlen sind entnommen den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen 1906—1914, XIII$_8$.

Die Krisis der sechziger Jahre wurde verhältnismässig leicht überwunden. Weit ungünstiger dagegen gestalteten sich die Verhältnisse durch den allgemeinen Niedergang, der dem allseitigen Aufblühen des Wirtschaftslebens in der ersten Hälfte der 1870er Jahre gefolgt war. So schwer er aber auch auf Eisenindustrie und Bergbau lastete und ihren Fortschritt hemmte, hier vermochte er Neugründungen nicht zu unterdrücken. Im Jahre 1875 entstand eine Seifenfabrik mit Destillation, ein Jahr später wurde eine Glashütte in Betrieb genommen. Immerhin blieb auch die Lage dieser Gewerbszweige solange besserungsbedürftig, wie Eisenindustrie und Bergbau darniederlagen. Die kurze Aufwärtsbewegung Ende der 1880er Jahre liess dann ein neues und letztes Unternehmen entstehen, eine Fabrik für Isoliermittel, Gummiprodukte usw.

In der Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, der im Jahre 1895 einsetzte, und, von kurzen, heftigen Rückschlägen unterbrochen, bis zum Jahre 1913 fortgedauert hat, haben alle diese Betriebe eine äusserst günstige Entwicklung genommen und durch wiederholte räumliche Erweiterungen und technische Verbesserungen ihre Leistungsfähigkeit um ein bedeutendes gesteigert. Neue Unternehmungen sind in diesem Zeitraum nicht entstanden, vielmehr ist ein Betrieb, die Porzellanfabrik, im Jahre 1909 stillgelegt worden und dadurch die Porzellanfabrikation aus der Reihe der vorhandenen Industriezweige ausgeschieden.

a) Die chemische Industrie.

Ausser durch die chemischen Anlagen der Zechen ist die chemische Industrie noch durch einige Grossbetriebe von ziemlicher Bedeutung vertreten.

Die chemische Fabrik Rhenania, A.-G., in Aachen, errichtete in Oberhausen anfangs der 1850er Jahre ein Zweigwerk zu dem Zwecke, aus den bis dahin noch unbenutzten schweflig-sauren Gasen bei der Zinkblenderöstung der Vieille Montagne Schwefelsäure darzustellen. Mit der Ausdehnung der Zinkhütte wurden die Bleikammeranlagen bis zu einer Leistung von über 20 000 t Schwefelsäure jährlich vergrössert. Im Jahre 1907 wurden weitere Kammersysteme gebaut für die Erzeugung von Schwefelsäure aus Schwefelkies mit einer Leistungsfähigkeit von ca. 30 000 t jährlich. Die Zahl der Arbeiter und Beamten, welche im Jahre 1860 etwa 20 betragen hatte, stieg auf 60 im Jahre 1913.

Mit der Herstellung von chemisch-technischen Produkten befassen sich die Seifenfabrik und Destillation von Krebber und die Isoliermittelfabrik von Kempchen.

Die Seifensiederei von Krebber wurde 1876 gegründet; sechs Jahre später wurde eine Anlage zur Destillation und weiteren Verarbeitung von Steinkohlenteer sowie zur Herstellung von Dachpappe angeschlossen. Die Leistungsfähigkeit der Dachpappenfabrik ist bis auf 4 Millionen qm Dachpappe jährlich gebracht worden, gleichzeitig haben die Teerdestillate eine immer weitergehende Verarbeitung erfahren. Der Betrieb umfasst gegenwärtig folgende Abteilungen: eine Abteilung Seifen, die vor einigen Jahren durch Aufnahme einer Anlage zur Gewinnung von Glyzerin vergrössert worden ist, eine Abteilung Teerprodukte, eine Abteilung chemisch-technischer Artikel, in der die Teerdestillate in Verbindung mit anderen Chemikalien zu Carbolineum, asphaltähnlichen Produkten usw. bearbeitet werden, sowie eine Bauabteilung, welche Asphaltierungen, Isolierungen usw. vornimmt. Die Erzeugnisse werden in ganz Deutschland, hauptsächlich in Rheinland und Westfalen sowie in den meisten europäischen und in einigen aussereuropäischen Ländern abgesetzt. Die Zahl der Beschäftigten belief sich im Jahre 1894 auf 16, im Jahre 1913 auf rund 130 Personen.

Eine ähnliche Entwicklung zu grösserer Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit in der Fabrikation zeigt die Isoliermittelfabrik von Kempchen. Ursprünglich gegründet zu dem Zweck der Herstellung und des Vertriebes von technischen Bergwerks- und Hüttenbedarfsartikeln, Treibriemen, Isolierungen, technischen Gummi- und Asbestfabrikaten usw., betreibt die Firma auch heute noch in fünf Abteilungen die Fabrikation dieser Artikel, die dort in den verschiedensten Ausführungen hergestellt werden. Sie unterhält Zweiggeschäfte und Läger in Berlin, Hannover, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Dortmund und Rotterdam. Es wurden beschäftigt 250 Arbeiter und Beamte im Jahre 1913 gegen 60 im Jahre 1899.

b) Die Zinkindustrie.

Von den beiden hiesigen Zinkwerken ist die Aktiengesellschaft des Altenbergs (Vieille Montagne) für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb das ältere und grössere. Sie hat ihren Sitz in Angleur (Belgien). Die aus eigenen Gruben in Bensberg, Moresnet, Schweden, England, Afrika usw. bezogene Zinkblende wird in hiesigen Röstöfen geröstet, dann in den der Gesellschaft gehörigen Schmelzöfen im nahen Bergeborbeck zu Rohzink verarbeitet und als solcher im hiesigen Walzwerk zu Zinkblech ausgewalzt. Die Produktion an Zinkblech, die sich im Jahre 1857 auf 700 t belief, stieg auf über 7000 t im Jahre 1890 und auf 15 770 t im Jahre 1913. Anfänglich liess man die Röstgase in die Luft ausströmen, vom Jahre 1885 an gehen sie in die Bleikammern der chemischen

Fabrik Rhenania zur Herstellung von Schwefelsäure über. Die Walzwerkserzeugnisse gelangen zum kleineren Teil ins Ausland. Der überwiegende Teil wird im Inland weiterverarbeitet. Die Arbeiterzahl betrug 364 Ende des Jahres 1913 gegen rund 200 im Jahre 1871 und 26 im Jahre 1858.

Die Aktiengesellschaft für Zinkindustrie, vormals W. Grillo, eröffnete im Jahre 1854 ein Zinkwalzwerk, dem im Jahre 1865 eine Zinkweissfabrik folgte; grössere Anlagen wurden in Hamborn im Jahre 1880 und später errichtet. In den Oberhausener Werken wird Rohzink zu Zinkblech und Zinkweiss verarbeitet. Seit dem Jahre 1912 ist das Walzwerk stillgelegt. Eine eigene Fassfabrik in Oberhausen deckt den Bedarf an Fässern. In den hiesigen Betrieben wurden im Jahre 1913 durchschnittlich nur 70 Personen beschäftigt. Die Produktion an Zinkweiss stieg in den letzten 40 Jahren von rund 1100 t auf ungefähr 4000 t, diejenige an Zinkblech von 3400 t im Jahre 1874 auf 6100 t im Jahre 1911. Seitdem ist die Herstellung von Zinkblech ganz auf das Hamborner Walzwerk übergegangen. Für den Versand der Erzeugnisse kommen alle Länder in Betracht.

c) Die Glasindustrie.

Im Jahre 1876 wurde die Oberhausener Glasfabrik als „Marienhütte Rueben, Funcke & Co." dem Betrieb übergeben. Die Arbeiter- und Beamtenzahl betrug etwa 80. Im Jahre 1899 war sie auf über 250 gestiegen; die Produktion gleichzeitig auf mehr als das sechsfache. Durch mannigfache Vergrösserungen und Verbesserungen der Anlagen im Laufe der Jahre wurde ein modern eingerichteter Grossbetrieb geschaffen. Gegenwärtig befasst sich die Oberhausener Glasfabrik mit der Herstellung von Gegenständen für den Haus- und Wirtschaftsbedarf und für den Industriegebrauch, insbesondere der chemischen Industrien. An Rohstoffen bezieht die Firma Sand, Soda, Kalkspat sowie die zur Veredelung und zur Färbung notwendigen chemischen Produkte. Die Erzeugnisse werden hauptsächlich in Deutschland abgesetzt, in grossen Mengen auch in Holland, England, Frankreich, in Mittel- und Südamerika und in Südafrika. Im Jahre 1913 stellte sich die Zahl der Arbeiter und Beamten auf ungefähr 450.

In den aufgeführten Grossbetrieben der chemischen Industrie, der Zink- und Glasindustrie wurden Ende 1913 rund 1400 Personen beschäftigt.

---

4. Die städtischen Betriebe.

Innerhalb der Grossindustrie nehmen die städtischen Betriebe: Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Eiswerk eine

gewisse Sonderstellung ein. Im Gegensatz zu den privaten Unternehmungen bezeichnet man sie als öffentliche Unternehmungen, bei denen das Erwerbsprinzip zugunsten des Interesses der Allgemeinheit zurücktritt, ohne aber unwirksam zu werden. Rein äusserlich genommen, lassen sich die Kommunalbetriebe weder einem der oben aufgeführten Industriezweige unterordnen, noch können sie zu einer in technischer Beziehung einheitlichen Gruppe zusammengefasst werden. Die übrigen Unternehmungen und Anstalten der Gemeinde, z. B. Strassenbahn, werden an anderer Stelle zu besprechen sein. Hier handelt es sich zunächst um die obigen vier kommunalen Gewerbebetriebe i. e. S.[35])

Zur Einrichtung eigener Gewerbebetriebe ging die Gemeindeverwaltung in den 1890er Jahren über. Die dahingehenden Bestrebungen reichen jedoch weiter zurück, bis in die 1870er Jahre. Der anhaltende wirtschaftliche Niedergang, der auf die Hochkonjunktur der Jahre 1871 bis 1873 gefolgt war, schwächte im höchsten Masse die Steuerkraft der Industrie, welche nach der Lage der Verhältnisse hauptsächlich die Bedürfnisse der jungen, aufblühenden Gemeinde decken musste, „zumal eigene, gewinnabwerfende Anlagen, wie Gasanstalt, Wasserwerk, städtisches Schlachthaus und Badeanstalt, deren andere Industriestädte sich erfreuten, nicht vorhanden waren; vielmehr befanden sich die beiden ersteren in Privathänden, während die beiden letzteren noch der Zukunft vorbehalten blieben." Um nun diese neuen Einnahmequellen erschliessen zu können, wird in dem Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1883/88 dann weiter darauf hingewiesen, dass „die Anlage von eigenen Betrieben im öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtsinteresse ein unbedingtes Bedürfnis wäre und die ganzen gewerblichen und Lebensverhältnisse der Einwohner mit Macht darauf hindrängten. Das finanzpolitische Moment scheint hier aber doch wohl die treibende Kraft gewesen zu sein. Allerdings hat die Rentabilität der städtischen Betriebe, welche sich unter verhältnismässig ungünstigen Bedingungen entwickelten, gerade nach dieser Richtung hin die Erwartungen nicht immer rechtfertigen können.

Von den genannten Betrieben standen Elektrizitäts- und Eiswerk von Anfang an in der Verwaltung der Gemeinde, während die beiden anderen, Gas- und Wasserwerk, zuerst von Privatunternehmern betrieben wurden.

---

[35]) Vgl. im folgenden ausser den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen im besonderen die Berichte über die Verwaltung der städtischen Betriebe, denen die nachstehenden Zahlen entnommen sind.

Im Jahre 1867 wurde der Gemeinde in einem Vertrage, den sie mit der Firma Grillo zu Oberhausen abschloss, das Recht zugestanden, „nach Ablauf eines 30jährigen Zeitraumes die Gasanstalt des Herrn Wilhelm Grillo käuflich zu erwerben, und zwar zu einem Preise, welcher von den Experten, deren zwei von der Gemeinde und zwei von Herrn Wilhelm Grillo oder dessen Rechtsnachfolgern ernannt werden, und welche bei nicht zu erreichender Uebereinstimmung den Obmann selbst zu wählen haben, festgestellt wird." Von diesem Recht machte die Stadt Oberhausen im Jahre 1897 Gebrauch, indem sie das Gaswerk zu dem vereinbarten Kaufpreise von 240 000 Mk. übernahm. Der Betrieb der Gasfabrik in städtischer Verwaltung begann am 1. April des genannten Jahres. Nach Massgabe des eingetretenen Bedürfnisses wurden das Rohrnetz vergrössert und die Fabrikanlagen erweitert. Für diese Zwecke wurden allein in den nächstfolgenden zehn Jahren Anleihen im Gesamtbetrage von über 1 Million Mark aufgenommen. Durch die Erweiterungen und technischen Verbesserungen ist die Leistungsfähigkeit des Unternehmens bedeutend gehoben worden. In dem Zeitraum von 1896 bis 1913 stieg der Gasverbrauch von rund 875 000 cbm auf 3 625 000 cbm, also auf mehr als das vierfache, die Zahl der Gasabnehmer dagegen auf ungefähr das zwanzigfache. Dem der Stadtkasse zugeführten Reingewinn des Jahres 1897 in Höhe von 26 000 Mk. stand im Jahre 1913 ein solcher von 53 000 Mk. gegenüber, d. h. 3 Prozent des Anlagewertes der Gasfabrik gegen 9 Prozent im Jahre 1897. Von diesem Rückgang darf aber nicht auf eine ebenso starke Verminderung der Rentabilität des Unternehmens geschlossen werden, da die in Abzug gebrachten Beträge für Verzinsung und Tilgung der Anleihen erheblich gewachsen sind. Die Ueberschüsse des Gaswerks decken zur Hälfte die Kosten der Strassenbeleuchtung, während die andere Hälfte vom Elektrizitätswerk zu tragen ist. Im Jahre 1908 wurde mit der Firma August Thyssen in Mülheim (Ruhr), um dem wachsenden Gasverbrauch, ohne grosse Erweiterungen vorzunehmen, nachkommen zu können, ein Gaslieferungsvertrag abgeschlossen und von diesem Zeitpunkt an die Mehrabgabe gegenüber der bestehenden Anlage abgenommen.

Bei der Uebernahme des Gaswerks war die Gemeindeverwaltung der Ansicht gewesen, dass eine Notwendigkeit für die Anlage eines Elektrizitätswerkes nicht vorläge. Dass gleichwohl ein Bedürfnis dafür vorhanden war, ergab eine Rundfrage, die bald nachher von der Gemeinde bei der Bürgerschaft angestellt wurde. Daraufhin wurde mit dem Bau eines eigenen Elektrizitätswerkes begonnen, das im Jahre 1901 in Betrieb genommen wer-

den konnte. Zur Erreichung einer genaueren Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse des Elektrizitätswerkes und der städtischen Strassenbahn wurden die beiden Betriebe nach entsprechender Verteilung der Anlagewerte einer getrennten Leitung unterstellt. Die Entwicklung des Elektrizitätswerkes hat sich sehr günstig gestaltet. Die Gesamtstromabgabe, welche im Jahre 1901 rund 183 000 Kwst. betragen hatte, stellte sich auf über 4 345 000 Kwst. im Jahre 1913. Die Zahl der Stromabnehmer stieg von 84 auf 807, der Anschlusswert von 295 Kwst. auf 4428 Kwst. Der Reingewinn des Elektrizitätswerkes in den beiden Geschäftsjahre 1901 und 1913 betrug absolut rund 15 000 Mk. und 172 000 Mk., relativ, d. h. auf die Anlagewerte bezogen, 2,1 Prozent und 7,1 Prozent. Damit ist die steigende Rentabilität des Unternehmens erwiesen.

In Verbindung mit dem Elektrizitätswerk wurde im Jahre 1912 ein städtisches Eiswerk errichtet, dessen Betrieb der Leitung des ersteren untersteht. Nach den bisherigen Betriebsergebnissen darf eine günstige Weiterentwicklung des Eiswerks erwartet werden. Die Eiserzeugung belief sich im Geschäftsjahr 1913 auf 28 000 Zentner; ungefähr 20 000 Ztr. wurden vom städtischen Schlachthof bezogen, so dass im ganzen annähernd 48 000 Zentner Eis abgegeben werden konnten. Der Bruttoüberschuss in den beiden Jahren gestattete eine Verzinsung von 12 Prozent bezw. 11,8 Prozent des Anlagekapitals.

Die Wasserversorgung der Stadt lag bis zum Jahre 1911 fast ganz in den Händen des Oberhausener Wasserwerks, A.-G.; einige Stadtteile wurden durch das Wasserwerk der Gutehoffnungshütte und das städtische Wasserwerk Mülheim (Ruhr) versorgt. Der Einfluss der Gemeindeverwaltung auf die Geschäftsgebahrung des Oberhausener Wasserwerks, dessen Hauptinteressen in der Versorgung der Betriebe ihrer Aktionäre lagen, war gering, da die Stadt nur wenige Aktien besass. Durch die Wasserknappheit der Jahre 1897 und 1904 sah sich dann die Stadt veranlasst, Vorkehrungen zu treffen, welche künftighin die ausreichende Versorgung mit einwandfreiem Wasser gewährleisten sollten. Von der Ausführung eines Projektes, das ein eigenes Wasserwerk mit Wasserentnahme aus dem Rheingebiet vorsah, wurde vorläufig Abstand genommen, da durch Vertrag im Jahre 1911 die Wasserversorgung an die Stadt überging. Die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks, an die gleich durch die Eingemeindungen grosse Anforderungen gestellt wurden, kommt den gegenwärtigen Ansprüchen nach. Die Finanzlage des Unternehmens kann jetzt, nachdem zu ihrer Hebung der Mindestsatz des Wasserpreises von 10 Pfg. auf 15 Pfg. pro cbm. erhöht werden

musste, als günstig bezeichnet werden. Es betrug der Bruttogewinn rund 111 000 Mk. oder 11,35 Prozent des Anlagewertes gegen 23 000 Mk. oder 2,64 Prozent im Jahre 1911. Ein Reingewinn ist seit dem Jahre 1912 zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 1913 überstieg er die Summe von 80 000 Mk.

Die Entwicklung der Gemeindebetriebe, sowohl der gewerblichen als auch der gewerbeähnlichen, ist, wenn man die Bedingungen, unter denen sie sich vollzogen hat, berücksichtigt, als eine sehr erfreuliche zu bezeichnen. Mit der Steigerung der Betriebsergebnisse hat eine solche der finanziellen Ergebnisse allerdings nicht gleichen Schritt gehalten. Im allgemeinen lässt sich aber eine Zunahme der Rentabilität feststellen, die bei der zu erwartenden Festigung der Verhältnisse eine dauernde und günstigere werden wird.

In den aufgeführten Gemeindebetrieben einschliesslich der elektrischen Strassenbahn wurden im Jahre 1913 rund 330 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, davon allein in der Strassenbahn 200 Personen.

Was ihre Grösse angeht, so stehen die Gemeindebetriebe zwischen Grossindustrie und Mittelgewerbe.

b) Das Mittelgewerbe.

Um die ausgedehnten Betriebe der Grossindustrie hat sich, von ihr kräftig gefördert, im Laufe der Jahre eine immer buntere Menge mittlerer Betriebe gruppiert, welche im gewerblichen Leben gegenwärtig einen breiten Raum einnehmen. Von den unter der Grossindustrie aufgeführten Gewerbegruppen ist die Eisenindustrie, und zwar hauptsächlich die Metallbearbeitungsindustrie, im Mittelgewerbe durch eine Anzahl beachtenswerter Betriebe vertreten. Weiterhin sind als die wichtigsten Zweige des Mittelgewerbes zu nennen das Baugewerbe mit seinen verwandten Gewerben, welche besonders verschiedenartig ausgebildet sind, und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel.

Die Gestaltung der gewerblichen, wie allgemein der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 50 Jahren ist, wie schon zu Anfang dieses Kapitels hervorgehoben wurde, völlig unter der Einwirkung einer mächtig aufstrebenden Grossindustrie, d. h. der Eisenindustrie und des Bergbaues, erfolgt. Unter ihrem befruchtenden Einfluss hat das Mittelgewerbe frühzeitig eine fortschreitend günstige und mannigfaltige Entwicklung genommen. Schon in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre wird in einem damaligen Verwaltungsberichte der Stadt darauf hingewiesen, „dass Oberhausen ausser den sehr bedeutenden Etablissements von ungewöhnlicher Ausdehnung eine grosse Anzahl kleinerer Fabriken besitzt". Von

der schweren Krisis der siebziger Jahre und ihre Nachwehen, welche die Grossindustrie so schwer trafen, blieb auch das Mittelgewerbe nicht verschont. Zwar zeigten sich hier schon zu Beginn des nächstfolgenden Jahrzehnts Anzeichen zur Besserung der Lage, aber eine anhaltende Aufwärtsbewegung setzte erst in der Mitte der 1890er Jahre ein. Die nun folgende Periode des Aufschwungs zeitigte in der Grossindustrie ungeahnte Ergebnisse; für das Mittelgewerbe war sie aber nicht weniger günstig. Zahl und Umfang der mittleren Gewerbebetriebe hoben sich ganz bedeutend und hiermit auch ihre Leistungsfähigkeit. Bei der Grossindustrie ist es dagegen weniger die Ansiedelung weiterer Betriebe gewesen, als die Vergrösserung der bestehenden, welche die gewaltige Steigerung der Betriebsergebnisse in den letzten 20 Jahren möglich gemacht hat. Von den im vorhergehenden aufgezählten eisenindustriellen und chemischen Grossbetrieben gehört etwa die Hälfte erst seit dieser Zeit der Grossindustrie an. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Grossindustrie ist demnach erst in neuerer Zeit aus dem Boden des Mittelgewerbes erwachsen.

Die Entwicklung der verschiedenen Zweige des Mittelgewerbes im einzelnen ergibt ein mit der gewerblichen Entwicklung im wesentlichen übereinstimmendes Ergebnis. Für eine Einteilung der Betriebe des Mittelgewerbes in grössere, mehr fabrikmässige (mit 11 bis 50 beschäftigten Personen), und in kleinere, mehr handwerksmässige (mit 6 bis 10 Personen), wie sie hier wünschenswert wäre, geben die stark abweichenden Zählungsergebnisse keine feste Grundlage, noch ermöglichen sie überhaupt eine zahlenmässige Feststellung dieser Betriebe und der in ihnen tätigen Personen. Es sollen daher hier nur die wichtigsten Betriebe der verschiedenen Gewerbe aufgeführt werden.

1. Metallverarbeitungsindustrie.[36])

Die hier aufgeführten Betriebe sind sämtlich im vergangenen Jahrhundert entstanden, zur Hälfte bereits in den 1860er Jahren.

Unter ihnen befassen sich zwei mit der Herstellung von Hütten- und Zechenbedarfsartikeln, nämlich die Metallgiesserei und Dreherei von E. Fischer und die Drahtseilfabrik von H. Kleinholz. Das letztere Unternehmen hat in Anpassung an die neuzeitlichen Anforderungen der Grossindustrie mehrfach eine Ausdehnung seiner Fabrikationszweige vorgenommen. Zu der im Jahre 1864 errichteten Hanfseilerei kamen im Jahre 1873

[36]) vgl. des näheren Eich, Festschrift S. 99 ff.

eine Drahtseilerei und Drahtzieherei, 1894 eine mechanische Drahtweberei und -Flechterei und 1899 eine Drahtverzinkerei. Bei einer Gesamtarbeiterzahl von durchschnittlich 45 Personen beträgt die Produktion gegenwärtig in der Drahtseilerei rund 850 000 kg und in der Hanfseilerei 65 000 kg im Jahre gegen 20 000 kg bezw. 24 000 kg im Jahre 1898.

Die Erzeugnisse der 1861 gegründeten Metallgiesserei und Dreherei von Fitscher sind Armaturen für Dampf-, Wasser- und Berieselungsanlagen (zum Besprengen der Gruben) sowie Gussstücke für Hütten- und Zechenbetrieb. Ferner werden sämtliche Teile für Dampfmaschinen, Elektromotore, Turbinen usw. in Rotguss, Messing und Bronze hergestellt und bearbeitet.

In den 1860er Jahren entstand ausserdem die Wagenfabrik von Kiepe, die sich allmählich zum bedeutendsten Betrieb dieser Art am Platze entwickelt hat.

Die im Jahre 1876 errichtete Dampfkessel- und Reservoirfabrik von Blumberg liefert sämtliche aus Eisenblech und Walzeisen hergestellten Kessel, Behälter, Apparate und Konstruktionen jeder Art und als Besonderheit Kessel zur Schwefelsäurefabrikation, die zum Teil im Auslande Absatz finden.

Für das Baugewerbe arbeiten die Ornamenten- und Metallwarenfabrik von Fecht und die Oberhausener Schloss- und Baubeschlagfabrik von Joh. Kassen. Das erstere Unternehmen, im Jahre 1865 gegründet, ist fast ausschliesslich mit der Anfertigung von Bauornamenten aus Zink, Messing, Kupfer und Blei beschäftigt Ein Hauptfabrikationszweig ist die Metalleindeckung von Monumentalbauten (Kirchen und Profangebäuden) sowie Herstellung von Zinkverzierungen für grössere Bahnhallenbauten.

2. Baugewerbe und verwandte Gewerbe.

Für die Entwicklung des Baugewerbes und seine jetzige Stellung im gewerblichen Leben ist das Tempo des städtischen Wachstums kennzeichnend. Mit dem Aufblühen der Gemeinde, dem reissenden Bevölkerungszuwachs, hervorgerufen durch die zunehmende Entfaltung des Wirtschaftslebens, hat sich die Bautätigkeit fortwährend gesteigert. Nach der Berufs- und Betriebszählung des Jahres 1907 steht das Baugewerbe unter den aufgeführten Gewerbegruppen in bezug auf die Zahl der beschäftigten Personen an dritter Stelle; doch ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei vornehmlich um Kleinbetriebe handelt. Immerhin können wir im Jahre 1913 rund 30 Baugeschäfte und Baumaterialienhandlungen feststellen. Die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehende Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und die

Industrie der Steine und Erden weisen recht ansehnliche Betriebe auf. Ein Sägewerk, mehrere Holzhandlungen, Beton- und Stuckgeschäfte, eine Zementwarenfabrik, Kalkbrennereien, mehrere Dampfziegeleien, darunter zwei Ringofenziegeleien, für deren Entstehen der Lehmboden stellenweise günstig gewesen ist, sprechen für eine lebhafte Bautätigkeit, ebenso die verhältnismässig zahlreichen grösseren Bauschlossereien, Bauklempnereien und Installationsgeschäfte.

3. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel.

Einzelne Zweige dieser weniger stark ausgebildeten Gewerbegruppen waren schon in den 1860er Jahren vorhanden, so die Bierbrauerei, die Branntweinbrennerei und die Mühlenindustrie. Letztere zählt heute drei mittelgrosse Betriebe; grössere Branntweinbrennereien und Hefefabriken gibt es gegenwärtig mehrere, darunter vier Dampfbranntweinbrennereien. Die Flaschenbier- und Mineralwasserfabriken sind fast durchweg Kleinbetriebe. Die Tabakindustrie ist durch einen Mittelbetrieb vertreten, ebenso die Zuckerwarenindustrie. Eine der drei am Orte vorhandenen Brotfabriken hat sich zu einem modernen Grossbetrieb ausgestaltet, der zu den grössten dieser Art im Industriebezirk gehört. Von dem Fleischergewerbe sind ebenfalls einige Betriebe mittleren Umfanges vorhanden.

4. Sonstige Gewerbe.

Von den übrigen, dem Mittelgewerbe angehörenden Zweigen sind zu nennen die Industrie der Seifen und Oele mit mehreren beachtenswerten Betrieben, das Bekleidungsgewerbe, wie es sich hauptsächlich in den Werkstätten der grossen Konfektionshäuser vorfindet, das Reinigungsgewerbe mit den Dampfwaschanstalten und das Polsterergewerbe, das, sonst nur als Handwerk ausgeübt, durch einen Betrieb von mehr als mittlerem Umfang, nämlich die Rheinische Polstermöbelfabrik von C. Hemmers, vertreten ist. Als Kleinbetrieb im Jahre 1901 gegründet, beschäftigte das Unternehmen Ende 1913 etwa 130 Arbeiter und Angestellte. Den Hauptfabrikationszweig bildet die Herstellung von Polstermöbeln für Zimmereinrichtungen, welche im Inlande und Auslande abgesetzt werden. Endlich bleibt zu erwähnen das polygraphische Gewerbe, das bereits in den 1860er Jahren einen Betrieb aufweisen konnte, der zu den grössten der Rheinprovinz zählte, und das heute mit seinen Buchdruckereien, Stein- und Zinkdruckereien eine ansehnliche Stellung im Mittelgewerbe einnimmt.

Die Gliederung des Mittelgewerbes und die verschieden starke Ausbildung seiner einzelnen Zweige lässt die nachstehende Zusammenstellung[37]) der Betriebe mit über zehn Arbeitern und der diesen gleichgestellten Betriebe erkennen. Bei ihnen handelt es sich durchweg um fabrikmässige Betriebe; die handwerksmässigen (mit 5 bis 10 Personen) liessen sich zahlenmässig nicht genau erfassen.

	Betriebe	Arbeiter
Industrie der Steine und Erden	8	688
Metallverarbeitung	29	1248
Industrie der Maschinen, Werkzeuge etc.	19	2423
Chemische Industrie	6	179
Industrie der Leuchtstoffe, Seifen	3	95
Papierindustrie	1	47
Lederindustrie	1	70
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	24	305
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	126	410
Bekleidungsgewerbe	91	367
Reinigungsgewerbe	4	49
Baugewerbe	7	132
Polygraphisches Gewerbe	8	92

Zu beachten ist bei dieser Aufstellung, dass in ihr auch die Zweige der Grossindustrie, abgesehen vom Bergbau und von der Hütten- und Zinkindustrie, mit ihren Betrieben vertreten sind. Immerhin lässt sich bei Berücksichtigung dieses Umstandes ein ziemlich deutliches Bild von der Vielseitigkeit und der Stellung des Mittelgewerbes im gewerblichen Leben gewinnen.

c) Das Kleingewerbe.

Kleingewerbe und Mittelgewerbe lassen sich ebensowenig scharf von einander abgrenzen wie Mittelgewerbe und Grossindustrie, sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Zwischen den beiden Extremen, der Fabrikindustrie und dem Handwerk, wie wir es in dem Kleingewerbe wohl zumeist vor uns haben, steht als verbindendes Glied das Mittelgewerbe; fabrikmässiger Betrieb und handwerkmässiger Betrieb gehen hier ineinander über. Die Entwicklung im Gewerbe zeigt allgemein einen Uebergang vom kleineren zum grösseren Betrieb. Diese Erscheinung lässt sich in ähnlicher Weise wie bei der Grossindustrie und dem Mit-

[37]) Entnommen dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte 1916 S. 390 f.

telgewerbe auch beim Kleingewerbe beobachten. Hier aber bedeutet die Umbildung der bisherigen Betriebsform nicht allein ihre Ausgestaltung, es ändert sich gleichzeitig die Intensität des Kapitals und der Arbeit; die Kundenproduktion des Handwerksbetriebes wird zur dezentralisierten Warenproduktion der Fabrik.

Innerhalb des Handwerks hat jene Tendenz ebenfalls in der Richtung einer stärkeren Ausdehnung der Betriebe gewirkt. Während die Zahl der Meister im Laufe der Jahre relativ stark abgenommen hat, ist im Verhältnis dazu die Zahl der Gehilfen gestiegen, die Handwerksbetriebe sind also durchschnittlich grösser geworden. Ein der Wirklichkeit genau entsprechendes Bild dieser Veränderungen im Handwerk wie überhaupt im Kleingewerbe kann bei der Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der vorhandenen Angaben hier nicht geboten werden.[38]) Es wird daher an dieser Stelle die Entwicklung des Kleingewerbes, d. h. in der Hauptsache des Handwerks, weniger in seinen Zweigen als in seiner Gesamtheit zu verfolgen sein.

1. Entwicklung des Kleingewerbes.

Schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts war von dem heutigen Handwerkerstande als einer eigenen Klasse der gewerbetreibenden Bevölkerung gar wohl die Rede. Doch findet sich neben dem Handwerker noch häufig der Lohnwerker, der, als Kundenarbeiter von Haus zu Haus ziehend, dort das ihm von den Konsumenten gelieferte Rohmaterial gegen Taglohn verarbeitete. Auch jetzt bestand die Stofflieferung noch, obwohl der Rohstoff kaum mehr in der Wirtschaft des Bestellers erzeugt wurde.

Während sich das Lohnwerk vereinzelt bis in die Gegenwart erhalten hat, wenn auch in etwas verengerter Form, d. h. im wesentlichen nur als Reparaturgewerbe, entstand unterdessen das Handwerk in dem Sinne, wie wir es heute gewöhnlich verstehen. Vom Lohnwerker unterscheidet sich der Handwerker dadurch, „dass er im Besitz sämtlicher Produktionsmittel ist, und dass er das fertige Produkt, welches aus dem von ihm gelieferten Rohstoff und der darin verkörperten Arbeit zusammengesetzt ist, um einen bestimmten Preis verkauft, während der Lohnwerker bloss Vergütung für

---

[38]) In den beiden Berufszählungen der Jahre 1882 und 1895 ist Oberhausen, das damals noch zum Kreise Mülheim (Ruhr) gehörte, nicht besonders aufgeführt, während die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 durch die nachfolgenden Eingemeindungen verschoben sind.

seine Arbeit empfängt."[39]) Büchers Ansicht, dass das Handwerk eine spezifisch städtische Erscheinung sei, können wir, wenn wir der wirtschaftlichen Entwicklung Oberhausens in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts nachgehen, zwar nicht beipflichten. In erster Linie wurde allerdings das Aufkommen des Handwerks ermöglicht durch die Gründung der Gemeinde, welche nicht nur eine örtliche Zusammenfassung des Bedarfs herbeiführte, sondern auch für seine spätere anhaltende Steigerung ausserordentlich förderlich gewesen ist. Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung der folgenden Jahre, an dem die Grossindustrie den hervorragendsten Anteil gehabt hat, brachte erst das Kleingewerbe zur Entfaltung. Anfangs sehen wir die dem Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbe angehörenden Handwerke am kräftigsten sich entwickeln. Von den Handwerkern des Jahres 1867 gehört beispielsweise die Hälfte der ersten Gewerbegruppe an. Im Jahre 1877 ist es dagegen kaum noch ein Drittel; immerhin umfassen beide Gruppen noch über zwei Drittel aller selbständigen Handwerker. Unterdessen gewinnt das Baugewerbe mit seinen verwandten Gewerbszweigen immer mehr Boden.

In der Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes, dessen Nachwirkungen die achtziger Jahre hindurch zu verspüren sind, „kommen Geschäft und Handwerk mühsam fort."[40]) Eine Besserung bringt dann die im Jahre 1887 einsetzende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung, die unverkennbar zur Hebung und Festigung des Kleingewerbes beigetragen hat. Die Berufszählung des Jahres 1895 ergab bei etwa 30 000 Einwohnern und 10 000 Berufsangehörigen rund 1500 Handwerker und Handwerksgehilfen, diejenige von 1907 annähernd 2800, d. h. 4,8 Prozent der Bevölkerung. Dieses Verhältnis, auf das Jahr 1913 übertragen, ergäbe bei einer Bevölkerung von 98 000 Einwohnern rund 4700 Handwerker, einschliesslich Gehilfen, eine Zahl, die zwar zu hoch gegriffen ist, die aber den tatsächlichen Verhältnissen wohl näher kommt als das Ergebnis der von der Gemeinde alljährlich veranstalteten Handwerkerzählungen. Allerdings handelt es sich bei ihnen nur um selbständige Handwerker und deren Gehilfen, nicht aber um solche, die in der Grossindustrie als Schlosser, Schreiner usw. tätig sind, oder um Handwerker im Nebenberuf, z. B. Bergleute, die nebenher Flickschuster, Schneider etc.

---

[39]) Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1913, S. 173.

[40]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen von 1888 bis 1893 S. 4. Ich folge hier im wesentlichen den städtischen Verwaltungsberichten, denen auch die hauptsächlichsten Angaben entnommen sind.

sind. Bei Zugrundelegung der Zahl 4700 ergibt sich als Anteil der zum Handwerkerstande gehörigen Personen eine Summe von etwa 13 000, das ist nicht ganz der siebente Teil der Gesamtbevölkerung.[41])

2. Kleingewerbe und Grossgewerbe.

Gleichzeitig mit dieser äusseren Entwicklung hat das Handwerk Umbildungen erfahren, welche den Charakter einzelner Zweige von Grund aus veränderten. Wir haben es hier, da die meisten Handwerke verhältnismässig jung und erst im Anschluss und in Anpassung an das Grossgewerbe entstanden sind, weniger mit einer Bedarfsverschiebung zwischen Handwerk und Grossindustrie zu tun, die den Niedergang eines Handwerks herbeigeführt hat, sondern mehr mit einer Verdrängung einzelner Handwerkszweige und Schmälerung ihres Produktionsgebietes durch die Fabrik. Als Beispiele für den ersten Fall sind hier zu nennen in erster Linie die Schuhmacher, dann die Färber und Hutmacher. Die Schuhmacher, welche verhältnismässig stark abgenommen haben — von 0,25 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1877 auf 0,12 Prozent im Jahre 1913 — sind immer mehr zu einfachen Reparaturhandwerkern geworden, die nur noch vereinzelt auf Stückbestellung arbeiten und zum kleineren Teil in ihrem Ladengeschäft fertige Fabrikware verkaufen. Eine Schmälerung des Produktionsgebietes des Handwerks, für die nach Bücher vier verschiedene Wege in Betracht kommen, ist dagegen bei den meisten Handwerken festzustellen. Sie findet statt beim Uebergang vor allem der Anfangsstadien handwerksmässiger Produktion an die Fabrik; hier werden die Handwerke zu reinen Reparaturgewerben (Bauschlosser, Bauschreiner). Ferner bei der Massenherstellung gewisser lohnender Artikel, die bisher durch das Handwerk angefertigt wurden, auf fabrikmässigem Wege (Brotfabrik). Eine Beeinträchtigung des Handwerks ist durch den fabrikmässigen Betrieb vor allem dort erfolgt, wo verschiedene Handwerke in einer Produktionsanstalt zusammengefasst worden sind, z. B. Schlosser, Schmiede in den Zechenbetrieben und ausser ihnen noch Klempner, Modellschreiner in den Maschinenwerkstätten.

Die Fabrikindustrie hat stets einen grossen Bedarf nach handwerksmässig ausgebildeten Arbeitskräften. So erklärt es sich denn, weshalb in manchen Handwerkszweigen, wie gerade bei Schlossern, Klempnern und Schmieden, die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zur

---

[41]) Zu einem gleichen Ergebnis für die Stadt Essen kommt Kükelhaus in der Denkschrift des Essener Handwerks vom 18. Juni 1910.

Zahl der Gesellen und Meister auffallend gross ist. Während nämlich der Markt für handwerksmässig ausgebildete Arbeiter sich erweiterte, hat das Handwerk in immer grösserem Masse die wichtige Aufgabe der Ausbildung gelernter Arbeiter für die Fabriken mit übernehmen müssen. Und solange die Grossindustrie nicht selbst mehr als bisher Einrichtungen zur Ausbildung der von ihr benötigten gelernten Arbeiter schafft, oder solange nicht staatliche oder kommunale Lehrwerkstätten errichtet werden, wird dem Handwerk diese Aufgabe auch weiterhin zufallen.[42])

Das Ergebnis dieser Umformungen des Handwerks ist also nicht so sehr eine Aufsaugung ganzer Handwerke, als vielmehr einzelner Teile ihrer Produktionsgebiete durch die Fabrik, ein Vorgang, der heute keineswegs abgeschlossen ist.

3. Staatliche und gemeindliche Förderung.

Dieser Tatsache der zunehmenden Verdrängung der Handwerke aus ihren Produktionsgebieten durch die Fabrik und Grossbetriebe überhaupt ist in den beteiligten Kreisen zunächst nicht die erforderliche Beachtung geschenkt worden, vom Handwerk selbst noch später als von der ihm nahestehenden Seite. So wird im städtischen Verwaltungsbericht für 1882/83 darüber geklagt, dass die angestellten Versuche und Agitationen unter dem Handwerkerstande, mit der Neubildung von Innungen nach Massgabe des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881 vorzugehen, erfolglos geblieben sind. Der Handwerker vermag sich für das Innungswesen nicht zu erwärmen, ist unzugänglich für die Belehrung über die Vorteile, welche denselben die Gestzgebung hat zuteil werden lassen. Auch von einem Anschluss an diese Bestrebungen für Neubildung und Errichtung von Innungen seitens der Nachbarstädte verlautet nichts mehr. Da bei dem herrschenden System, so heisst es dann weiter, von einem wirklich tüchtigen und fachgemäss durchgebildeten Handwerkerstande nicht mehr die Rede sein kann, so fehlt für die Heranbildung von Lehrlingen und Gesellen jede Vorbedingung für ihre Vervollkommnung im Gewerbe. Man ersieht dies schon aus der schwachen Beteiligung der Gesellen und Lehrlinge an dem Besuch der Fortbildungsschule; die Meister pflegen sich dafür ebenso wenig zu interessieren. Ein Wandel wird in dieser Frage nur geschaffen werden, wenn der Besuch der Fortbildungsschule durch Ortsstatut obligatorisch gemacht wird.

---

[42]) vgl. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert, 1913, S. 69.

Von den vier Innungen, die sich bis zur Mitte der 1890er Jahre bildeten, nämlich der Bäcker- und Konditor-, der Barbier- und Friseur-, der Fleischer- und der Schneiderinnung, erhielt keine die Vorrechte des § 1000 e der Gewerbeordnung, dass nur Innungsmitglieder Lehrlinge halten dürfen. Es wurden zwar wiederholt Anträge auf Verleihung dieser Vorrechte gestellt, jedoch stets mit der Begründung abgelehnt, dass zu wenig Lehrlinge von Innungsmitgliedern die städtische Fortbildungsschule besuchten.

Durchgreifende Aenderungen auf dem Gebiete des Innungswesens brachte dann die Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897, das sog. Handwerkergesetz, welches neben der freien Innung die Zwangsinnung schuf. Während in mehreren Nachbarstädten die Handwerkerkreise von vornherein der Zwangsinnung gegenüber, die allerdings nicht allein gewisser Vorrechte sich erfreut, sondern auch nicht unerheblichen Beschränkungen sowie einer weit schärferen behördlichen Aufsicht unterliegt, nur eine ablehnende oder abwartende Haltung einnahmen, fand sie bei den hiesigen Handwerkern solchen Anklang, dass sich alsbald drei von den vier Innungen in Zwangsinnungen umwandelten; die Fleischerinnung blieb als freie Innung weiter bestehen. Der korporative Zusammenschluss hat bis zum Jahre 1913 angehalten und nacheinander die hauptsächlichsten Handwerke erfasst. Im Jahre 1913 waren ausser der freien Innung für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe im ganzen elf Innungen vorhanden, darunter nur zwei freie. Im Interesse ihrer Mitglieder haben fünf Innungen Krankenkassen errichtet, die Schneiderinnung eine Einkaufsgenossenschaft, die Fleischerinnung eine Schlachtviehversicherung und eine Häuteverwertungsgenossenschaft gegründet.

In Ausführung des Handwerkergesetzes wurde im Jahre 1900 eine Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf mit dem Sitz in Düsseldorf errichtet. Von den sechs Abteilungen, die in ihrem Bezirk bestehen, umfasst die dritte die Kreise Oberhausen, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Ruhrort und Rees. Die Kosten zur Erfüllung der Aufgaben der Handwerkskammer sind von den Gemeinden des Handwerkskammerbezirks zu tragen, die Gemeinden sind indessen ermächtigt, die Kosten auf die einzelnen im Gemeindebezirk vorhandenen Handwerksbetriebe umzulegen. Die Stadt Oberhausen hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht.

Auf Vorschlag der Handwerkskammer wurden im Jahre 1902 durch die Kgl. Regierung zu Düsseldorf Kommissionen für die Abnahme der Meisterprüfungen gebildet sowie Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens

erlassen und zu ihrer Durchführung Beauftragte von der Handwerkskammer ernannt. Im Jahre 1903 stellte die Handwerkskammer Düsseldorf für eine Anzahl Handwerker Meisterprüfungsordnungen auf, welche die Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe erhielten. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1908 steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur Handwerkern zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben. Den Handwerkern, die bei dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen mindestens fünf Jahre hindurch mit der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in ihrem Gewerbe nach dem bisherigen Recht tätig waren, musste auf Antrag die Anleitungsbefugnis weiter verliehen werden. Da hierdurch viele selbständige Handwerker und Handwerkerinnen veranlasst wurden, die Meisterprüfung abzulegen, liess die Handwerkskammer zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung technische und kaufmännische Kurse im Kammerbezirk abhalten. Um den Handwerksmeistern die Annahme von Lehrlingen zu erleichtern, werden in der städtischen Arbeitsnachweisstelle Verzeichnisse über die zu Ostern aus der Schule zur Entlassung kommenden Knaben, die ein Handwerk erlernen wollen, alljährlich aufgelegt. Die im Jahre 1865 errichtete Handwerkerfortbildungsschule wird seit 1873 von der Gemeinde unterhalten. Der Besuch dieser Schule wurde späterhin pflichtmässig.

4. Lage des Kleingewerbes.

Unter dem Schutz dieser staatlichen und gemeindlichen Massnahmen hat sich das Handwerk und allgemein das Kleingewerbe gehoben. Wie die Verhältnisse vorher gewesen waren, gerade in den trüben Zeiten der 1870er Jahre, ist aus einem etwas arg pessimistisch gefärbten Bericht des damaligen Bürgermeisters zu entnehmen.[43]) „Die Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869, welche unter anderen Beschränkungen auch für eine Reihe von Gewerben die Konzessionspflicht, die Prüfung der Gesellen und Meister des Handwerks aufhob, hat die von ihr erhofften Erwartungen nicht erfüllt, die Gewerbe nicht gehoben, vielmehr namentlich das Handwerk tief geschädigt. Mit dem Wegfall der Prüfungspflicht, des Nachweises der Qualifikation, konnte der geprüfte, gelernte Meister mit der Masse der Pfuscher nicht mehr konkurrieren. Es galt nunmehr noch, durch Billigkeit der Arbeit und des Fabrikats gegen diese Konkurrenz anzukämpfen, was wiederum nur zum Nachteil

[43]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen von 1876/77, S. 42.

der Konsumenten, der Abnehmer, möglich war, und das Resultat dieser Freiheit, wie sie heute in die Erscheinung tritt, ist daher die verderbliche Signatur: „Billig und schlecht." Nur eine völlige Umkehr auch auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung kann uns vor dem unausbleiblichen Verfall des Kleingewerbes schützen."

Ist es auch zur Preisgabe des Grundsatzes der Gewerbefreiheit, an welchem die Reichsgewerbeordnung von 1869 im allgemeinen festhält, nicht gekommen, so war doch eine Einschränkung im Interesse der Erhaltung des Kleingewerbes unbedingt geboten. Die gesetzlichen Massnahmen der 1880er Jahre, vor allem das Handwerkergesetz vom Jahre 1897, sind für die Weiterentwicklung des Handwerks von günstiger Wirkung gewesen. Die durch sie den Handwerkern eröffnete Möglichkeit, sich zur Wahrung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Interessen in Innungen und Genossenschaften zusammenzuschliessen, zeigte den einzig richtigen Weg zur Wiederaufrichtung des Handwerks, nämlich Vereinigung der Kräfte zu einheitlichem, zielbewusstem Wirken und dadurch Vermeidung gegenseitiger Kräftezerreibung, die, wie die oben angeführte Essener Denkschrift für Essen sagt, auch hier so stark geworden war, dass das Handwerk fast völlig die Gewalt über Preisbildung und Qualität und damit über sein Geschick verloren hatte. Seitdem die Innung als das wirksamste Mittel zur Gesundung immer grössere Teile des Handwerks umfasst, hat sich seine Existenzsicherheit zusehends gehoben und damit seine Lebensfähigkeit an der Seite des Gross- und Mittelgewerbes.

III. Handel und Verkehr.

Die gewaltige Entwicklung, die im vergangenen Jahrhundert Industrie und Gewerbe genommen haben, war nur im Anschluss an eine ebenso grosse Umwälzung im Verkehrswesen denkbar. Der Zusammenhang zwischen der technischen und organisatorischen Umbildung im Gewerbewesen und im Verkehrswesen war aber ein so enger, dass es ungemein schwierig, wenn nicht unmöglich ist, festzustellen, was hier Ursache und was Wirkung ist. Das Verhältnis zwischen beiden Erscheinungsreihen wird am richtigsten als das einer Wechselwirkung aufgefasst. Die beispiellosen Fortschritte im Verkehrswesen waren bedingt durch gewerbliche Umwälzungen; diese aber hätten in den ersten Anfängen stecken bleiben müssen, wenn nicht das Verkehrswesen in seine moderne Gestalt übergeführt worden wäre. Die Entwicklung der Wirtschaft schliesst sich dem Zuge der Verkehrsmittel an. Ihre Vervollkommnung steigert die Intensität der

Wirtschaft; sie vergrössert den Markt, fördert also den Handel und bewirkt dadurch eine ökonomisch bessere Verteilung der Produktion.“)

In der Wirtschaftsgeschichte Oberhausens, vor allem in der gewerblichen Entwicklung, hat die Umformung der Verkehrsbedingungen eine grosse, neben den technischen Umwälzungen sicherlich die grösste Rolle gespielt. Die mangelhaften Verkehrsverhältnisse mit ihren ungünstigen Wirkungen liessen bis ungefähr zur Mitte des vorigen Jahrhunderts das Wirtschaftsleben nur allmählich sich entfalten; erst mit der Vervollkommnung der Verkehrsmittel und Verkehrsbeziehungen, mit der Erschliessung des verkehrsarmen Gebietes durch die Eisenbahn war die Voraussetzung für den allseitigen, umfassenden wirtschaftlichen Aufschwung der Folgezeit gegeben. Jede Ausdehnung des Verkehrsnetzes kam zwar in erster Linie der Industrie zugute, die bei verbesserten Absatzmöglichkeiten ihre Produktion erhöhen konnte, durch die Stärkung dieses bedeutendsten Faktors aber weiterhin dem gesamten Wirtschaftsleben. Die Entwicklung des Handels hat sich dann im Rahmen des wachsenden Verkehrs und unter dem Zeichen der zunehmenden Produktion und Konsumtion vollzogen.

Die steigende Bedeutung des Handels- und Verkehrsgewerbes spiegelt sich in den weiter unten angeführten Ergebnissen wieder. Seine Stellung im heutigen Wirtschaftsleben Oberhausens wird aber auch schon dadurch gekennzeichnet, dass es nächst Bergbau und Industrie die meisten Berufsangehörigen aufweist, mehr als die vier übrigen der sechs durch die Reichsstatistik gebildeten Berufsabteilungen.

An der staatlich organisierten Interessenvertretung des Handels und Gewerbes, der Handelskammer, ist Oberhausen seit seiner Gründung beteiligt; in den ersten Jahren jedoch, wie der damalige Bürgermeister zu seinem Bedauern feststellen musste, nur mit einem Teil der ihm zukommenden Rechte, dagegen mit allen Verpflichtungen. Seit dem Jahre 1911 gehört Oberhausen, das vordem mit Mülheim (Ruhr) einen eigenen Handelskammerbezirk gebildet hatte, zum Handelskammerbezirk Essen-Mülheim (Ruhr)-Oberhausen.

Ein seit dem Jahre 1910 bestehender Verkehrsverein bezweckt die Förderung des Verkehrs, des Handels und der Wohlfahrt in der Stadt Oberhausen und der näheren

---

“) vgl. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert, S. 120 ff. und Philippovich, Grundriss der Politischen Oekonomie, 5. Aufl., Bd. II_2 S. 4 ff.

Umgebung sowie die Belebung und Verbreitung der Interessen für die Stadt bei allen Behörden und in sonstigen weitesten Kreisen.

a) Verkehrswege.

1. Strassen.

Für die Vermittlung von Handel und Verkehr kamen bis zur Anlegung der Eisenbahn nur Landwege in Frage; brauchbare Wasserwege gab es nicht, die Emscher war nicht schiffbar, während die Ruhr, welche diese Eigenschaft wohl besass, das Stadtgebiet erst seit dem Jahre 1910 berührt.

Zum Landtransport eigneten sich vornehmlich die vier Provinzialstrassen (Obermeidericher - Düsseldorfer, Mülheim - Münstersche, Meiderich - Steelesche und Osterfelderstrasse), die das heutige Stadtgebiet in einer Länge von zusammen etwa 13 km durchziehen. Bis zum Jahre 1896 standen sie in der Verwaltung der Provinz, der sie, wie die anderen Staatsstrassen, vom Staate überwiesen worden waren; alsdann gingen sie in die Verwaltung und Unterhaltung der Stadt Oberhausen über.

Die Beschaffenheit der Provinzialstrassen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war nicht besonders gut, jedenfalls aber weit besser als die der Holz- und Heidewege, die vom Fuhrwerk kaum befahren werden konnten. Der Ausbau der Strassen und Wege ging zunächst nur langsam voran; auch die Eisenbahn, die den Strassenbau so sehr gefördert hat, vermochte ihn kaum zu beschleunigen, es fehlte die tatkräftige, leistungsfähige Hand zur Ausführung. Zu den ersten Aufgaben des neugegründeten Gemeinwesens gehörte denn auch der Ausbau des Wegenetzes. Er wurde mit solchem Nachdruck betrieben, dass bereits Mitte der 1870er Jahre dem Mangel an Wegen abgeholfen war. Ihr Zustand hatte sich gleichfalls gebessert und hob sich vor allem in den nächsten Jahrzehnten dank der grossen finanziellen Aufwendungen von seiten der Stadt ganz beträchtlich. Heute ist das Strassennetz fast vollständig ausgebaut, und zwar in der Weise, dass sich die Befestigung der Strassendecke nach der Widerstandsfähigkeit, die mit Rücksicht auf den Verkehr geboten ist, richtet.

Der Landweg kommt für die Industrie sowohl bei dem Absatz der Produkte als auch bei der Beschaffung der Rohstoffe kaum noch in Betracht, sie bedient sich des billigen Schienenweges. In den mittleren und kleineren Gewerben, insbesondere den Nahrungsmittelgewerben, hingegen ist der Landweg von weit grösserer Bedeutung. Die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln, vor allem mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, erfolgt

vielfach aus nächster Umgebung; bei den geringen Entfernungen wird naturgemäss der Transport durch die Fuhre bevorzugt. Den Verkehr mit den Nachbarorten, wie überhaupt den Durchgangsverkehr, vermitteln auch jetzt noch zum grossen Teil die von der Stadt übernommenen Provinzialstrassen.

Ausschliesslich dem inneren Verkehr, und zwar dem Marktverkehr, dienen vier freie Plätze, von denen die drei im Weichbild liegenden der Stadt gehören, während der vierte von der Gutehoffnungshütte zu dem genannten Zweck zeitweilig zur Verfügung gestellt worden ist. Es handelt sich bei allen um Lebensmittel- und Gemüsemärkte, die an den Wochentagen abwechselnd auf den verschiedenen Plätzen abgehalten werden. Den stärksten Besuch von Verkäufern und Käufern weist auch jetzt noch der Altmarkt auf, der seit Gründung der Gemeinde in Benutzung ist. Die Erhebung von Marktstandgeld durch die Stadt zur Deckung der Anlage- und Unterhaltungskosten erfolgt seit dem Jahre 1893. Die Einnahmen daraus stiegen allein in den letzten zehn Jahren auf mehr als das Dreifache, lassen demnach auf ein erhebliches Anwachsen des Marktverkehrs schliessen.

2. Wasserwege.

Die Bedeutung des Wasserweges für den Handel und Verkehr ist schon frühzeitig erkannt worden; die Bestrebungen, seine Vorteile zu nützen, hatten aber erst in jüngster Zeit Erfolg. Durch die Eingemeindungen des Jahres 1910 erhielt Oberhausen einen breiten Zugang zur Ruhr und konnte dadurch seiner Industrie die Möglichkeit geben, mehr als bisher die Vorzüge des Wasserweges sich zunutze zu machen. Zu diesem Zweck wurde in dem früheren Alstadener Gebietsteile von der Städtischen Grundstücksverwaltung im Jahre 1912 ein ausgedehntes Gelände unweit der Ruhr erworben, um es an vorhandene, hauptsächlich aber an neuanzusiedelnde industrielle Unternehmungen zu veräussern. Dass die ersteren an der Ruhr noch nicht Fuss gefasst haben, hat seinen Grund in den günstigeren Absatzmöglichkeiten des inzwischen in Angriff genommenen Rhein—Herne-Kanals.[45]) Die Vorgeschichte des Rhein—Herne-Kanals, des letzten Abschnittes des Rhein—Weser-Kanals, der wieder die erste grössere Hälfte des Mittellandkanals darstellt, erstreckt sich über einen Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten und spricht deutlich für den grossen Wert, den die Industrie des niederrheinisch-westfälischen Bezirks gerade diesem Wasserweg von Anfang an beigemessen hat. Die städtische Verwaltung und die Gross-

[45]) Mitte Juli 1914 ist er dem Betrieb übergeben worden.

industrie Oberhausens brachten dem Projekt des Schiffahrtskanals vom Dortmund—Ems-Kanal nach dem Rheine von vornherein grosses Interesse entgegen; gleichzeitig befasste man sich mit dem Gedanken eines Stichkanals vom Rhein bis Oberhausen. Die Ausführung beider Projekte scheiterte schliesslich an der ablehnenden Haltung des Abgeordnetenhauses. Erst im Jahre 1910 konnte mit dem Bau der Oberhausener Strecke des Rhein—Herne-Kanals begonnen werden. Sie bildet nunmehr einen Teil der nördlichen Grenze Oberhausens, die früher von der Emscher gezogen wurde. Die Emscher, schon längst ein „Rinnstein der Industrie", wurde reguliert und verlegt und zum Schmutzwasserkanal umgestaltet. Ueber die Bedeutung und Leistungsfähigkeit des Rhein—Herne-Kanals lassen sich jetzt noch keine Angaben machen. Jedenfalls werden die Vorteile, die er mit dem Binnenschiffahrtsbetrieb gegenüber der Eisenbahn hat, der Industrie in hervorragendem Masse förderlich sein, und da nun durch die Verbilligung der Beförderungskosten der Transport von Waren auf längeren Strecken als auf der Eisenbahn möglich ist, z. B. bei Nahrungsprodukten, werden weite Kreise diese Vorteile wahrnehmen. Von der Oberhausener Grossindustrie hat bis jetzt die Bergbau-Aktiengesellschaft Concordia einen eigenen Kanalhafen. Die Stadt Oberhausen hat sich ebenso wie an der Ruhr auch am Kanal ausgedehntes Gelände gesichert, um hier ebenfalls industrielle Betriebe anzusiedeln. Sie geht dabei von der richtigen Erwägung aus, dass jede Industrie dort Wurzel schlägt, wo sie die günstigsten Produktionsbedingungen findet.

3. Schienenwege.

Die Entwicklung der Eisenbahn zeigt uns das noch viel anschaulicher. Ihre Anziehungskraft machte sich schon gleich in den ersten Jahren ihres Vorhandenseins geltend und zwar so stark, dass bis zum Jahre 1860 von der gegenwärtig vorhandenen Grossindustrie der grösste Teil Fuss gefasst hatte, darunter die vier Zechen. Diese Tendenz zur Eisenbahn ist bis zur Gegenwart wirksam geblieben, wenn auch nicht mehr in so augenfälliger Weise wie in den 1850er Jahren, und hat den Standort eines Unternehmens geradezu bestimmt. Andererseits ist aber die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes unter dem Prinzip möglichst weitgehender Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen vor allem der aufstrebenden Industrie erfolgt. So sehen wir denn die ersten Eisenbahnlinien nicht nur die Verkehrsbeziehungen mit der engeren Heimat verbessern, sondern bald über ihre Grenzen hinaus und selbst mit dem Auslande neue Verbindungen herstellen. Den beiden im Jahre 1846/47 eröffneten Eisen-

Bahnstrecken Deutz—Hamm mit der Station Oberhausen und Oberhausen—Ruhrort folgte schon im Jahre 1856 die Strecke Oberhausen—Arnheim. Eine allseitige und gleichmässige Ausdehnung des Eisenbahnnetzes trat erst ein mit der Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen und der Köln—Mindener Bahn im Jahre 1880 und der Zusammenlegung der beiden Bahnhöfe. Die Verbesserung der Verkehrsbeziehungen durch Neubau weiterer Linien und Umgestaltung der vorhandenen hat einen Platz von vorzüglicher Lage geschaffen, der über äusserst günstige Eisenbahnverbindungen verfügt, sowohl für den Nahverkehr als auch für den Fernverkehr. Mit der Zeit hat sich allerdings das Bedürfnis nach engerem Anschluss mit den Hauptorten des Ruhrkohlenbezirks fühlbar gemacht. Die Stadt Oberhausen hat sich aus diesem Grunde der im Jahre 1909 gegründeten kommunalen Vereinigung für den Bau einer Rheinisch-Westfälischen Städtebahn durch das Industriegebiet angeschlossen.[46]) Diese Vereinigung verfolgt den Zweck, die Verkehrsverhältnisse zwischen den Städten Düsseldorf, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Castrop und Dortmund durch den Bau einer eigenen normalspurigen elektrischen Bahn zu verbessern. Oberhausen soll durch eine Zweiglinie mit dieser Städtebahn verbunden werden. Der Ausführung dieses Projektes blieb bisher die ministerielle Genehmigung versagt.

Für den Verkehr mit den Nachbargemeinden kommt heute ausser der Eisenbahn noch die Strassenbahn in Betracht. Sie vermittelt in erster Linie den Ortsverkehr und ist hier insofern die notwendige Ergänzung zur Eisenbahn, als sie die grossen Bevölkerungsmassen — man denke an dieArbeitermassen — leicht zu konzentrieren und zu dezentralisieren vermag.

b) Verkehrsinstitute.

1. Eisenbahn.

Im Anschluss an die Zusammenlegung der beiden Bahnhöfe der Köln-Mindener und der Bergisch-Märkischen Gesellschaft wurden die Eisenbahnanlagen völlig umgestaltet und erheblich vergrössert. Ende der 1880er Jahre waren diese Umänderungen durchgeführt. Der gewaltigen Verkehrssteigerung gegenüber erwiesen sich diese Anlagen schon zu Beginn unseres Jahrhunderts als zu klein. Zur Entlastung des Hauptbahnhofes[47]) von

---

[46]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen von 1906 bis 1914, XIV.

[47]) ausserdem von 1896—1906 und die Festschrift „Die Stadt Oberhausen 1874—1899." S. 90 ff.

dem Wagenladungsverkehr wurde im Jahre 1903 mit der Anlegung des Güterbahnhofes Oberhausen-West begonnen, der in erster Linie als Anschlussbahnhof für die Zeche „Concordia" und die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in Hamborn, sowie für den Anschluss zum Ruhrorter Hafengebiet bestimmt sein sollte. Im Jahre 1905 wurde der Bahnhof dem Verkehr übergeben. Gegenwärtig genügen weder der Hauptbahnhof noch der Güterbahnhof Oberhausen-West den Anforderungen des Verkehrs. Es ist deshalb eine Vergrösserung beider Bahnhofsanlagen in Aussicht genommen; für die Erweiterung des Bahnhofs Oberhausen-West wurden bereits Mittel in den preussischen Staatshaushalt für das Jahr 1913/14 eingesetzt. Die ausserordentliche Steigerung des Personen- und Güterverkehrs auf den Eisenbahnstationen und den Güterabfertigungsstellen im Laufe der Jahre geht aus nachstehenden Zahlen hervor. Im Jahre 1913 verkehrten auf der Staatsbahn täglich 540 Personenzüge gegen annähernd 200 im Jahre 1898; die Zahl der verausgabten Fahrkarten stieg im gleichen Zeitraum von über 700 000 auf mehr als 2 100 000, d. h. auf das Dreifache, gegen 1879 sogar auf mehr als das Sechsfache. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass die Bedeutung des Oberhausener Personenbahnhofs hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Durchgangsstation und Hauptknotenpunkt liegt. Der Stückgüterverkehr auf den Güterbahnhöfen erreichte im Jahre 1913 im Empfang die Höhe von 46 000 t, im Versand diejenige von rund 24 000 t, das bedeutet allein gegen das Jahr 1905 eine Zunahme von ungefähr das Zwei- bezw. Dreifache. Der Wagenladungsverkehr hat im Ruhrkohlengebiet naturgemäss einen sehr grossen Umfang. In Oberhausen stellte er sich im Jahre 1913 auf rund 3 300 000 t im Empfang und 4 800 000 t im Versand gegen 1 300 000 t bezw. 1 800 000 t im Jahre 1901. Im Stückgüterverkehr ist der Empfang, im Wagenladungsverkehr der Versand grösser; dieses hat seinen Grund in der höheren Einfuhr von Lebensmitteln und grösseren Ausfuhr von Industrieerzeugnissen. Der Viehverkehr hat ebenfalls erheblich zugenommen. Während im Versand, der übrigens ziemlich belanglos ist, eine wesentliche Verschiebung nicht stattgefunden hat, hat der Empfang immer grösseren Umfang angenommen; diese Tatsache spricht deutlich für die gehobene Verzehrfähigkeit der Bevölkerung. Die Bevölkerung wuchs nämlich im Zeitraum 1902—1913 um rund 120 Prozent, der Empfang von Gross- und Kleinvieh konnte dagegen eine Zunahme von ungefähr 260 Prozent verzeichnen. Im Jahre 1913 kamen hier 6474 Stück Grossvieh und 31 524 Stück Kleinvieh an. Die Zahl der für den Empfang und Versand abgefertigten Frachtbriefe betrug in diesem Jahre rund 780 000 gegen 430 000 im Jahre 1903.

2. Post und Telegraphie.

Der Postverkehr wird durch die drei Postämter Oberhausen I, Oberhausen II und Bahnpostamt XV vermittelt. Im Jahre 1858 wurde das erste Postamt errichtet, einige Jahre später ein Bahnpostamt, so dass die Gemeinde schon in den ersten Jahren zwei Postämter aufweisen konnte. Ein drittes Postamt wurde im Jahre 1876 in einem von der Gutehoffnungshütte zur Verfügung gestellten Hause eröffnet. Trotz umfangreicher Erweiterungen im Jahre 1893 genügte Postamt I den Bedürfnissen nicht mehr; im Jahre 1912 wurde deshalb mit dem Bau eines neuen begonnen. Für das Anwachsen des Postverkehrs sprechen folgende Zahlen,[48]) die jedoch, da sie nach siebentägigen Stichproben für das ganze Jahr berechnet worden sind, nicht genau mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Immerhin lässt sich in den verschiedenen Zweigen des Postverkehrs eine Steigerung bis auf das Dreifache für den Zeitraum von 1903—1913 und sogar auf mehr als das Fünffache in den letzten 15 Jahren feststellen. So betrug beispielsweise im Jahre 1913 die Zahl der eingegangenen Briefsendungen rund 8 250 000, im Jahre 1903 ungefähr 3 400 000 und im Jahre 1898 über 1 500 000 Stück, der Wert der ausgezahlten Anweisungen in den genannten Jahren rund 5 500 000 Mk., 4 250 000 Mk. und 2 350 000 Mk. Der Postüberweisungs- und Scheckverkehr, der im Jahre 1912 eingeführt wurde, nahm im folgenden Jahre um 16 Prozent zu; die Zahl der ausgegebenen Zeitungsnummern, die im Jahre 1903 etwa 83 000 betrug, hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Im Zeitungsverkehr[49]) vermittelte das Postamt den Bezug sämtlicher Zeitungen zwischen dem Reichspostgebiet, mit Einschluss von Bayern und Württemberg, einerseits und den Niederlanden andererseits. Ein besonderes Bahnpostamt, das 15. von den 31 im deutschen Reichspostgebiet bestehenden, erledigt ausser dem postalischen Verkehr im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier den Transitverkehr von Nordwestdeutschland und den Niederlanden nach Mittel- und Süddeutschland, der Schweiz, Südfrankreich, Spanien, Italien und dem Balkan, ferner die Auslandskorrespondenz nach und von England, Belgien, Holland und Uebersee. Das Bahnpostamt besitzt Zweigstellen in Crefeld und M.-Gladbach.

Der Telegraphenverkehr hat sich verhältnismässig langsam entwickelt. Im Jahre 1867 wurde eine mit der Postanstalt vereinigte Telegraphenstation eröffnet, die erst im Jahre 1912 von diesem abgezweigt und in ein

---

[48]) Aus den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen von 1896—1914 XIV.a.

[49]) General-Anzeiger für Oberhausen etc. S. 29 f.

selbständiges Telegraphenamt umgewandelt wurde. Seit dem Jahre 1876 besteht ein Fernsprechamt. Die Zahl der vermittelten Gespräche sieg von rund 450 000 im Jahre 1903 auf 1 130 000 im Jahre 1913, im gleichen Zeitraum erfuhren die aufgegebenen Telegramme eine Zunahme von 25 Prozent, die eingegangenen eine solche von 67 Prozent.

3. Strassenbahn.

Eine stärkere Betonung des Erwerbsprinzips als bei der Eisenbahn und der Post und Telegraphie finden wir bei einem andern Verkehrsinstitut, der Strassenbahn. Sie dient der Verkehrsvermittlung in einem lokal begrenzten Gebiet, genauer, der Personenbeförderung im Orts- und Nachbarortsverkehr.

Bei dem Ausbau des Strassenbahnnetzes ist von vornherein Wert gelegt worden auf die Herstellung engeren Anschlusses mit den Nachbarorten und zwar so, dass man eigene Linien dorthin baute oder aber die Verbindung mit den auswärtigen Linien herbeiführte. Diese elektrischen Strassenbahnen[60]) haben mit der Zeit die rings um Oberhausen liegenden Gemeinden wirtschaftlich eng mit Oberhausen verbunden; andere Bezirke, die nach Oberhausen gravitieren, sollen noch erschlossen werden. Das aber hat zur Folge, dass der Einfluss Oberhausens, als der eines wirtschaftlichen Zentralpunktes, sich in immer stärkeren Masse jenseits seiner politischen Grenzen geltend macht. Bemerkenswert ist übrigens, dass Oberhausen zu den ersten deutschen Städten gehörte, die eine eigene elektrische Strassenbahn bauten. Ihre Entwicklung ist bis in die letzten Jahre allerdings nur unter erheblichen Opfern seitens der Stadt möglich gewesen; erst seit dem Jahre 1912 gestaltete sich die Finanzlage der Strassenbahn derart, dass die städtischen Zuschüsse entbehrt werden konnten. Ueber die Entwicklung der Strassenbahn geben nachstehende Zahlen, die dem Verwaltungsbericht 1913 der Strassenbahn der Stadt Oberhausen Rhld. entnommen sind, Aufschluss. Die Gesamtlänge aller Strecken wuchs von 10,85 km im Eröffnungsjahr 1897 auf 30,36 km im Jahre 1913; die Einnahmen, die im ersten Jahre rund 120 000 Mk. betrugen, stiegen in diesem Zeitraum auf über das Fünffache, ebenso auch die Ausgaben. Die Anzahl der beförderten Personen, auf 1 Wagenkilometer bezogen, stellte sich im Jahre 1913 auf 2,975, eine niedrige Zahl im Vergleich zu denjenigen in anderen Städten. Der Grund dafür ist einerseits in der grossen Ausdehnung des Strassenbahnnetzes, andererseits in der zerstreuten Bebauung innerhalb des Verkehrsgebietes zu suchen. Im Jahre 1913 wurden im Betriebe

---

[60]) General-Anzeiger für Oberhausen etc. S. 70.

der elektrischen Strassenbahn ungefähr 200 Personen beschäftigt.

Weitere Verkehrsinstitute, z. B. Motordroschkenbetrieb, der in den Industriestädten des Ruhrkohlenbezirks einen geringen Umfang aufweist, sind von solch untergeordneter Bedeutung, dass sie hier übergangen werden können.

c) Handelsinstitute.

1. Banken.

Im Handelsgewerbe nehmen die Banken die führende Stellung ein. Gegenwärtig bestehen in Oberhausen vier Banken eine Reichsbank-Nebenstelle, je eine Zweigniederlassung der Essener Creditanstalt und der Mülheimer Bank sowie die Oberhausener Gewerbebank.

Die Reichsbank-Nebenstelle wurde im Jahre 1894 errichtet. Sie entsprach einem längst empfundenen Bedürfnis, da seit dem Anfangs der 1880er Jahre erfolgten Niedergang des Bankvereins ein Bankinstitut am Orte nicht mehr vorhanden war. Die Entwicklung der Reichsbank-Nebenstelle, welche der Reichsbankstelle in Mülheim (Ruhr) untergeordnet wurde, war von vornherein so erfreulich, dass die weitere Existenz auch ohne Unterstützung von seiten der Stadt und der Interessenten aus den Kreisen der Industrie und des Gewerbes gesichert schien. Sie ist bis jetzt sehr günstig gewesen, wie die Zunahme des Geschäftsverkehrs im Laufe der Jahre zeigt. Es betrug in den Jahre 1894, 1904 und 1913, in Millionen Mark ausgedrückt, der Giroumsatz 99,5, 354,6 und 459; der Lombardumsatz 0,85, 0,9 und 8,5; der Betrag der angekauften und eingezogenen Wechsel 7,1, 21,7 und 19,7; der Gesamtumsatz 120, 393 und 809,8.

Von den beiden genannten Bankfilialen ist die der Mülheimer Bank die ältere. Sie wurde ungefähr gleichzeitig mit der Reichsbank errichtet und hat sich ebenfalls in erfreulicher Weise entwickelt. Noch günstiger hat sich der Geschäftsverkehr der Zweigniederlassung der Essener Creditanstalt gestaltet. Ueber den Umsatz der beiden Bankfilialen können keine näheren Angaben gemacht werden, da für sie eine von den übrigen Zweiganstalten der beiden Banken getrennte Bilanz nicht aufgestellt wird.

Die Gewerbebank wurde im Jahre 1898 nach längeren Verhandlungen und Bemühungen der städtischen Verwaltung gegründet. Sie ist eine eingetragene Genossenschaft[81]) mit beschränkter Haftpflicht und bezweckt die

[81]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1896—1906 XIII.

Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft ihrer Mitglieder, insbesondere durch a) Annahme und Verzinsung von Einlagen, Einziehung geschäftlicher Forderungen der Mitglieder; b) Gewährung von Kredit, Diskontierung von Wechseln; c) Ankauf von Rohmaterialien, Maschinen, Werkzeugen usw. für die Mitglieder; d) Einrichtungen für vorteilhaften Verkauf und Absatz ihrer gewerblichen Erzeugnisse; e) Vermittlung in geschäftlichen Streitigkeiten. Der Geschäftsanteil beträgt 100 Mk., die Summe, bis zu der jedes Mitglied, welches einen Geschäftsanteil übernommen hat, für die Verbindlichkeiten der Bank haftet, beträgt 300 Mk.; sie erhöht sich entsprechend beim Erwerb von mehreren Anteilscheinen. Wir haben also eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht vor uns, die durch die geringe Höhe ihrer Anteilscheine auch den weniger Kapitalkräftigen die Gelegenheit bietet, durch Vereinigung das zu erreichen, was dem einzelnen nicht möglich ist. Die Oberhausener Gewerbebank, die dem Niederrheinischen Genossenschaftsverbande beigetreten ist, hat sich gut entwickelt und die ihr gestellten Aufgaben vollkommen erfüllt. Gegenüber den reinen Erwerbsunternehmungen, wie sie die drei erstgenannten Banken darstellen, erscheint die Gewerbebank mehr als ein auf dem Grundsatz der Selbsthilfe gegründeter Kreditverein, der mit eigenen Mitteln arbeitet und spekulativen Geschäften fernsteht. Innerhalb der dadurch gezogenen Grenzen bleibt das Erwerbsprinzip jedoch in voller Wirkung. Die Oberhausener Gewerbebank zählte Ende 1913 150 Mitglieder mit 197 Geschäftsanteilen und einer Haftsumme von 59 100 Mk. Der Gesamtumsatz im Jahre 1913 betrug rund 108 000 Mk.

2. Sparkassen.

Eine weitere Gruppe von Kreditinstituten bilden die Sparkassen, die das Interesse an der Erzielung von Gewinn nur so weit wirken lassen, als es die Notwendigkeit der Kapitalserhaltung erfordert. Im Jahre 1913 waren in Oberhausen, ausschliesslich der Spareinrichtungen privater Vereine, drei Sparkassen vorhanden, darunter eine städtische. Die städtische Sparkasse[52]) wurde im Jahre 1865 gegründet zu dem Zweck, der Bürgerschaft zur sicheren verzinslichen Anlage von Ersparnissen Gelegenheit zu geben, sowie ferner dem Kreditbedürfnis duch Ausleihen von Kapitalien zu genügen. Die Sparkasse und subsidiarisch die Stadt Oberhausen sind den Einlegern gegenüber für ihre Einlagen und alle über-

[52]) vgl. Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen von 1896—1914, VII. und die „Denkschrift über die Entwicklung der städtischen Sparkasse Oberhausen 1865—1912."

nommenen Verbindlichkeiten haftbar. Unter den hauptsächlich in den letzten Jahren eingeführten Neuerungen des Sparkassenwesens ist die im Jahre 1913 erfolgte Einrichtung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs mit Scheck- und Giroüberweisung hervorzuheben. Dadurch hoffte man einerseits die Gewerbetreibenden mehr als bisher heranzuziehen, andererseits den Bargeldumlauf zu vermindern. Zur Hebung des Sparsinns, insbesondere der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen, wurde im Jahre 1908 das Heimsparbüchsensystem eingeführt, das sich bis jetzt bewährt hat. Die Jahresüberschüsse der Kassen fliessen in den Reservefonds. Durch das am 1. Januar 1913 in Kraft getretene Gesetz, betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, können die Jahresüberschüsse mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zu öffentlichen, dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecken ganz oder teilweise, je nach der Höhe des Reservefonds zu derjenigen der Spareinlagen, verwendet werden. Zur Bedingung ist jedoch gemacht, dass mindestens 25 Prozent des verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen sind, davon drei Fünftel in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder Preussens. Der Bestand an Inhaberpapieren wurde infolgedessen bedeutend erhöht; er betrug am Ende des Rechnungsjahres 1913 13,21 Prozent, Ende 1911 dagegen nur 5,77 Prozent der ausgeliehenen Kapitalien. Die ausserordentlich günstige Entwicklung, welche die Sparkasse genommen hat, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen. Es stiegen die Einlagen von 3700 Mk. im Jahre 1865 auf 2 200 000 Mk. im Jahre 1890 und 21 000 000 Mk. im Jahre 1913, allein in den letzten 8 Jahren um ungefähr 11 Millionen Mark; die Zahl der Sparbücher betrug in den genannten Jahren 27, 3596 und 22 450; auf den Kopf des Sparers entfielen also die Summen von 135 Mk., 614 Mk. und 943 Mk. Das spricht deutlich für die Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung, ebenso wie die Tatsache, dass die grösseren Spareinlagen verhältnismässig schneller zunehmen als die kleineren. Doch ist auch jetzt noch der Gesamtbetrag, auf den die Sparbücher bis zu 300 Mk. lauten, grösser als der der übrigen zusammen genommen. Der Einlagenzinsfuss schwankte in dem angegebenen Zeitraum zwischen 3¼ und 4 Prozent; seit dem Jahre 1907 steht er auf 4 Prozent. Die Bestände wurden überwiegend angelegt in Hypotheken, ferner in Inhaberpapieren, Wirtschaftsdarlehen, Faustpfanddarlehen, sowie bei öffentlichen Instituten und Körperschaften. Hier bewegte sich der Zinsfuss zwischen 3½ und 5 Prozent, je nach der Art und Sicherheit der Darlehen. Der Reservefonds überstieg 5 Prozent des Einlagenbestandes am Schlusse

des Rechnungsjahres 1913. Zu gemeinnützigen Zwecken konnten seit dem Jahre 1893 etwa 450 000 Mk. der Stadt überwiesen werden.

Die Fabriksparkassen[53]) der „Gutehoffnungshütte" und der „Gesellschaft des Altenbergs" sind für die in den beiden Unternehmungen beschäftigten Arbeiter und Angestellte bestimmt, wenden sich also nur an einen gewissen Teil der Bevölkerung. Obwohl sie eher in das Gebiet der sozialen Fürsorge für die Arbeitnehmer gehören, sollen sie doch an dieser Stelle Erwähnung finden, da es sich bei beiden um gemeinnützige Kreditinstitute handelt.

Die im Jahre 1842 eingerichtete Privatsparkasse der Gutehoffnungshütte konnte im Jahre 1913 einen Einlagenbestand von rund 4 760 000 Mk. bei 4400 Sparbüchern aufweisen gegen 503 000 Mk. bei 267 Sparbüchern im Jahre 1896. Die stärkste Zunahme ist in den beiden letzten Jahren zu verzeichnen, und zwar infolge der im Jahre 1911 erfolgten Einführung der fünfprozentigen Verzinsung der Spareinlagen bis zu 5000 Mk.; darüber hinaus beträgt der Zinsfuss 4 Prozent.

Bei der im Jahre 1892 durch die Gesellschaft des Altenbergs gegründeten Fabriksparkasse liegt die Grenze für fünfprozentige Verzinsung bei 1600 Mk.; höhere Spareinlagen werden mit 4 Prozent verzinst. Sowohl die Summe der Einlagen, die sich im Jahre 1913 auf rund 40 000 Mk. belief, als auch die Zahl der Sparbücher, welche im gleichen Jahr 18 betrug, sind im wesentlichen dieselben geblieben.

IV. Landwirtschaft.

Den Kampf zwischen Landwirtschaft und Industrie sahen wir schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, also vor der Gründung der Gemeinde, zugunsten der Industrie entschieden. Die spätere Entwicklung konnte an diesem Ergebnis nichts mehr ändern. Denn wie gross auch die Fortschritte waren, welche die Landwirtschaft in der ersten Zeit noch machte, sie wurden durch diejenigen von Industrie und Gewerbe überflügelt. Bis zum Beginn der 1870er Jahre gewann die Landwirtschaft an Ausdehnung. Mit dem alsdann einsetzenden gewerblichen Aufschwung beginnt für sie die Zeit des Rückganges, in der sie bis zur gegenwärtigen Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt worden ist.

[53]) Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen von 1896 bis 1914, XII$_7$ und XII$_8$.

a) Nutzungsfläche.

Im Jahre 1862 waren von dem rund 1300 ha umfassenden Gemeindegebiet etwa 420 ha, d. h. nicht ganz ein Drittel, landwirtschaftlich genutzt. Es handelte sich um Ackerland und Wiesen hauptsächlich in den äusseren Bezirken, in Lirich südlich der Emscher, im nördlichen Lippern, zum geringen Teil ferner in dem früheren Alstadener, Styrumer und Dümptener Gebiet. Dazwischen dehnte sich die Lippern-Liricher Gemeinheitsheide aus, die als Heideboden unkultiviert geblieben war und, abgesehen von einem kleinen, mit Nadelholz bestandenen Teile, gar keinen Ertrag abwarf. Durch die Aufteilung der Gemeinheitsheide und der Holzungen, die in der Hauptsache Ende der 1860er Jahre durchgeführt wurde, schritt die Kultivierung rasch voran. Allein in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Gemeinde konnten der Landwirtschaft 100 ha Heide und 100 ha Holzung zugeführt werden. Es betrug im Jahre 1872 der Bestand an Acker- und Gartenland sowie an Wiesen und reichen Weiden etwas mehr als 700 ha. Damit hatte aber die Nutzungsfläche ihre grösste Ausdehnung erhalten. Einer weiteren Zunahme stellten sich zwar weniger die natürlichen Schwierigkeiten, welche sich aus der Bodenbeschaffenheit ergaben, entgegen, als vielmehr die räumlichen Fortschritte der Industrie. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur der Jahre 1871—1873 war eine Zeit des Erstarkens der Industrie, welche jedoch die gewaltige Steigerung ihrer Produktion nur auf vergrösserter Basis vornehmen konnte.

Seit den 1870er Jahren hat die landwirtschaftliche Nutzungsfläche infolge des Umsichgreifens der Industrie und der durch die Bevölkerungsvermehrung bedingten Zunahme der Bebauung ständig abgenommen, wenn auch verhältnismässig langsam, da zu den genannten Zwecken zunächst noch ausreichend Heideboden zur Verfügung stand. Im Jahre 1896 umfasste sie rund 600 ha oder 46 Prozent der Gesamtfläche gegen ungefähr 54 Prozent im Jahre 1872. Bis zum Jahre 1906 ging sie auf 540 ha zurück, nahm aber durch die im Jahre 1910 erfolgten Eingemeindungen zu, so dass sie sich Ende 1913 auf über 600 ha stellte. War die Nutzungsfläche demnach gegen 1896 gleichgeblieben, so hatte sie relativ abgenommen, und zwar ganz beträchtlich, sie nahm jetzt nicht ganz 30 Prozent der Gesamtfläche ein.

b) Besitzverteilung.

Wie dieser Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzungsfläche seinerseits auf die Verteilung der Landwirtschaftsbetriebe eingewirkt hat, lässt sich nicht genau feststellen. In der Hauptsache geschah er aber auf

Kosten der grösseren Betriebe, welche durchweg in den äusseren Bezirken, also gerade der Industrie im Wege lagen. Nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik[54]) vom Jahre 1907 ergibt sich für die Verteilung der landwirtschaftlichen Fläche auf die verschiedenen Betriebsgrössenklassen folgendes Bild:

Von 100 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche entfallen auf die

	Parzellenbetriebe (unter 2 ha)	kleinbäuerl. Betriebe (von 2 bis 5 ha)	mittelbäuerl. Betriebe (von 5 b. 20 ha)	großbäuerl. Betriebe (von 20 b. 100 ha)	Großbetriebe (über 100 ha)
Oberhausen	40,2	10,6	23,1	26,1	—
Reg.-Bezirk Düsseldorf	9,9	9,4	41,8	36,1	2,8
Durchschnitt des Reiches	5,4	10,4	32,7	29,3	22,8

Grossbetriebe waren nicht vorhanden und es ist auch unwahrscheinlich, dass es solche früher gegeben hat. Es verteilte sich also die Nutzungsfläche auf die unteren vier Grössenklassen und zwar annähernd zu gleichen Teilen auf die Betriebe bis zu 5 ha einerseits und die Betriebe über 5 ha andererseits. Bei der ersten Gruppe handelt es sich fast ausschliesslich um Parzellenbetriebe; ihre Zahl betrug 749 von 756 im ganzen. Das deutet auf äusserst starke Parzellierung hin. Sie geht zurück auf die Aufteilung der Lippern-Liricher Gemeinheitsheide Ende der 1860er Jahre, die unter dem Prinzip grösster Ausnutzungsmöglichkeit erfolgte. Man glaubte nämlich, „dass auch selbst dieser schlechte Heideboden in kleinen Parzellchen bei einer zwar mühseligen Bearbeitung und kräftigen Düngung nutzbar gemacht werden könne.[55]) Diese starke Parzellierung, wie sie sich im Westen Deutschlands vielfach findet, ist hier besonders scharf durchgeführt. Oberhausen gehörte im Jahre 1907 zu den am stärksten parzellierten Gemeindebezirken im Reiche.

Für die Landwirtschaft sind die Parzellenbetriebe aber nicht das Entscheidende, da sie wohl überwiegend Nebenbetriebe von Personen in anderen Berufen darstellen. Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, dass mehr

---

[54]) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 212b, S. 180.
[55]) Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1871/72, S. 5.

als zwei Drittel aller Parzellenbetriebe noch nicht die Grösse von 0,5 ha haben. Kleinbäuerliche Betriebe gab es im Jahre 1907 acht, mittelbäuerliche sechs, grossbäuerliche nur zwei.

c) Betriebsverhältnisse.

Welche Verschiebungen innerhalb dieser Betriebsgrössenklassen die Eingemeindungen des Jahres 1910 gebracht haben, lässt sich nicht angeben, da sie bisher noch nicht statistisch festgestellt worden sind. Jedenfalls kommen sie für die Aenderung der Bodennutzung nicht in Betracht. Diese hat ihren Grund in dem Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche, der sich in dem Zeitraum von 1876—1913 in nachstehender Weise vollzog:[56])

im Jahre	Acker- u. Gartenland ha	Wiesen ha	Weiden und Hutungen ha	Nutzungsfläche ha	Gesamtfläche des Gemeindegebiets ha
1876	606	41	56	703	1305
1913	572	26	20	618	2071

Die stärkste Einbusse haben die Weiden und Hutungen erfahren, danach kommen die Wiesen. Und das ist ja auch bei der unbedeutenden Viehzucht sehr leicht zu erklären; zudem ist der Uebergang zur Stallfütterung allgemeiner und dadurch schon eine Verminderung des Wiesen- und Weidelandes möglich geworden. Allgemeiner konnte die Stallfütterung durchgeführt werden, weil eine Vervollkommnung der Betriebsweise, insbesondere durch vermehrten Anbau von Hackfrüchten und Futtergewächsen, im Laufe der Zeit eingetreten war. Es stellte sich nämlich die wichtigste Bebauung des Ackerlandes mit

im Jahre	Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Futterrüben	Klee
1876	2	258	2	58	233	—	5
1913	8	130	—	54	210	20	20

[56]) Diese Aufstellung stützt sich ebenso wie die nächstfolgende auf die absoluten Zahlen des Verwaltungsberichtes der Stadt Oberhausen 1876/77, S. 7 und des Statistischen Jahrbuchs für den preussischen Staat für 1914, S. 660 f.

Der Rückgang in der Kartoffelanpflanzung wird durch verstärkten Anbau von Futterrüben und Klee ausgeglichen; ausserdem werden andere Futterpflanzen mehr als bisher angebaut. Von den beiden Brotgetreidearten hat die auch heute noch unbedeutende Weizenproduktion an Ausdehnung gewonnen, während die Roggenproduktion erheblich abgenommen hat. Es kann aber hier kaum von der bekannten Verdrängung des Roggens durch den vornehmeren Weizen gesprochen werden.

Die Art der Bewirtschaftung hat sich, soweit es die Bodenverhältnisse und andere Momente zuliessen, den Fortschritten der Betriebsweise angepasst. War schon die Bearbeitung des meist leichten Sandbodens nur bei kräftiger Düngung und vorwiegend feuchter Witterung von Erfolg, so hat die zunehmende Verunreinigung der Luft durch Kohlenstaub und schädliche Gase diese Bedingungen noch ungünstiger gestaltet und besonders nachteilig auf Blumenzucht und Obstbau gewirkt. Trotzdem sind die Ernteerträge gestiegen, und zwar in dem Zeitraum von 1882—1903 pro ha und in kg bei Weizen von 1400 auf 1600, bei Roggen von 1200 auf 1790, bei Hafer von 1500 auf 1520 und bei Kartoffeln von 6200 auf 19 390. Also zum Teil eine ganz beträchtliche Steigerung, die bei verschlechterten Wirtschaftsbedingungen erst recht als das Ergebnis intensiverer Bebauung angesehen werden muss.

Der andere Hauptzweig der Landwirtschaft, die Viehzucht, ist dagegen ganz unentwickelt geblieben. Bei der alten Dreifelderwirtschaft hatte sie nicht aufkommen können, weil die Ernährungsverhältnisse, vor allem im Winter, äusserst schwierig waren. Nun waren freilich diese Missstände durch den Anbau von Futterpflanzen beseitigt. Gleichwohl hob sich die Viehzucht nur wenig und alle Versuche, namentlich von seiten der Gemeinde, sie zu beleben, blieben ergebnislos. Ein zu diesem Zweck eigens eingerichteter Viehmarkt musste, weil „seine Frequenz nicht von Bedeutung" war, später aufgehoben werden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Rinderzucht, die in den letzten 50 Jahren so gut wie gar nicht vorwärts gekommen ist. Es stieg nämlich der Bestand an Rindvieh von 204 im Jahre 1865 auf nur 231 im Jahre 1913. Dass die Zahl der Pferde im Laufe dieser Zeit erheblich gewachsen ist, erklärt sich aus der durch die Steigerung des Verkehrs bedingten grösseren Verwendung der Pferde als Zugtiere. Ferner ist die ausserordentliche Vermehrung des Schweinebestandes hauptsächlich auf die Zunahme der privaten Schweinehaltung zurückzuführen. Von der Viehzucht als einem selbständigen Zweig der Landwirtschaft kann also nicht gesprochen werden, da sie sich in ihrem Umfang völlig den Interessen der letzteren angepasst hat. Die Viehzucht

beschränkte sich lediglich auf die Anzucht des eigenen Bedarfs bei den Landwirten.

Den beiden der Landwirtschaft verwandten Erwerbszweige, Forstwirtschaft und Fischerei, kommt heute nur noch eine ganz geringfügige Bedeutung zu.

Noch um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts konnte die Emscher einen reichen Fischbestand aufweisen, der aber bald durch die industriellen Abwässer zugrunde gerichtet wurde. Seit dem Jahre 1910 wird das Stadtgebiet durch die Ruhr berührt, welche noch ziemlich fischreich ist. In den letzten Jahren ist aber auch hier ein grosses Fischsterben beobachtet worden, dessen Ursache wohl ebenfalls in dem Zufluss der industriellen Abwässer zu suchen ist. Im Interesse der Erhaltung des Fischbestandes haben sich die berechtigten Anlieger deshalb der Fischereigenossenschaft in Mülheim (Ruhr) angeschlossen. Die Reinhaltung der Ruhr und ihrer Nebenflüsse bezweckt der im Jahre 1913 gegründete „Ruhrverband".

Die Forstwirtschaft hat von jeher eine ganz nebensächliche Rolle gespielt. Waldungen oder auch nur grössere Holzungen gab es schon anfangs der 1880er Jahre nicht mehr. Kleinere Holzbestände finden sich heute noch nördlich des Rhein-Herne-Kanals bis zur neuen Emscher und südlich dieses Kanals bis zum alten Emscherbett, weiterhin in Dümpten. Der Anteil der Holzungen an der Gesamtfläche stellt sich gegenwärtig auf etwa 3 Prozent. Die Gemeindejagd ist an Private verpachtet. Der Pachtpreis beträgt seit dem Jahre 1913 330 Mark.

Nach der Berufsstatistik[57]) des Jahres 1907 waren in der Land- und Forstwirtschaft 101 Personen im Hauptberuf und 556 im Nebenberuf tätig. Die Zahl aller in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen einschliesslich der Angehörigen ohne Hauptberuf und der Dienstboten der im Hauptberuf Tätigen betrug rund 187 Personen. Die in der Forstwirtschaft Beschäftigten nehmen nur einen kleinen Bruchteil dieser Summe ein. Ungefähr 220 Personen betreiben die Landwirtschaft im Hauptberuf, während die übrigen, mehr als doppelt so viel, in der Landwirtschaft nur einen Teil ihres Lebensunterhaltes finden und deshalb gleichzeitig einen anderen Beruf ausüben müssen. Bei den letzteren handelt es sich durchweg um Kötter, Köttersleute, die mit Hilfe ihrer Angehörigen ihr Anwesen bewirtschaften und daneben gewöhnlich als Bergarbeiter tätig sind. Wenn sich diese kleinen Kotten auch nicht immer mit den Parzel-

[57]) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 209, S. 389.

lenbetrieben decken, so sind sie doch im Grunde genommen das gleiche, nämlich grössere Parzellenbetriebe.

Die Entwicklung geht bei fortschreitender Industrie hier wie anderwärts in der Richtung einer noch stärkeren Ausbildung des Parzellenbetriebes. Und das ist gut so. Denn der grössere bäuerliche Besitz, der mit der Ausbreitung der Industrie ständig zurückgegangen ist, wird bei ihrer weiteren Ausdehnung mehr und mehr schwinden; er geht in die Hände des Kapitals über. Im Interesse der Landwirtschaft liegt es da zweifellos, wenn dieses Land ihren Zwecken in etwa erhalten bleibt. Darum muss die Vermehrung der Parzellenbetriebe hier als das beste Mittel angesehen werden, das den Untergang der Landwirtschaft, wenn auch nicht verhindert, so doch aufhält. Zudem ist die Zunahme der Parzellenbetriebe im Hinblick auf die damit verknüpften günstigen sozialen Wirkungen, welche in erster Linie den Arbeiterklassen zugute kommen, sicherlich als vorteilhaft zu begrüssen.

V. Die sozialen Verhältnisse.

Für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse in einer Stadt wie Oberhausen, die sich überwiegend aus Arbeiterbevölkerung zusammensetzt, ist die jeweilige wirtschaftliche Lage naturgemäss von bestimmender Einwirkung gewesen; die Konjunkturschwankungen wurden hier besonders nachhaltig empfunden. Ganz unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung, in mehr oder weniger starker Abhängigkeit von ihr, ändert sich die Lage aller Bevölkerungsschichten, vor allem diejenige der unteren Klassen, die sich im Laufe der Jahre wesentlich gehoben hat.

Allerdings hat die starke Ausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsform in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auch hier Begleiterscheinungen hervorgerufen, die als wirtschaftliche und gesellschaftliche Missstände häufig den Gegenstand der sozialen Fragen bilden. Diese tritt uns entgegen vor allem in der Form der gewerblichen Arbeiterfrage und der sozialen Frage des Mittelstandes, mit denen die Wohnungsfrage aufs engste verknüpft ist.

Die soziale Frage ist in erster Linie eine wirtschaftliche Frage und berührt als solche die Einkommens- und Erwerbsverhältnisse. Eine Erhöhung des Einkommens ermöglicht eine Besserung der physischen Lebenshaltung, ein Aufsteigen in der Gesellschaftsordnung. Unter den sozialpolitischen Massnahmen nehmen daher diejenigen eine besondere Stellung ein, welche sich auf das Arbeitseinkommen beziehen und dieses, sei es unmittelbar oder

mittelbar, zu heben suchen. In starkem Masse geschieht das durch Schaffung sozialer Organisationen seitens öffentlicher Körperschaften, beispielsweise auf dem Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, der Wohnungsfürsorge, der Gesundheitspflege, der Bildungsfürsorge usw., Veranstaltungen, wie wir sie innerhalb der Gemeindewirtschaft noch antreffen werden. Zu ihnen treten die auf Selbsthilfe gegründeten Organisationen der Arbeitnehmer mit ihren Einrichtungen und die Ergebnisse freiwilliger und gesetzlich geforderter Tätigkeit der Unternehmer im Interesse ihrer Arbeiter und Angestellten.

Erscheint uns demnach das Wirtschaftliche als eine wichtige Seite der sozialen Frage, so werden wir, um die Notwendigkeit einer umfassenden sozialen Fürsorge für die unteren Bevölkerungsschichten zu verstehen, zunächst die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen diese sich bewegen, insbesondere ihre Einkommensverhältnisse in ihrer Entwicklung verfolgen müssen, um dann die das Einkommen direkt oder indirekt schützenden Einrichtungen und Bestrebungen kennen zu lernen.

a) **Einkommensverhältnisse.**

Die uns zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten, namentlich derjenigen der arbeitenden Klassen, zur Verfügung stehenden Angaben erstrecken sich im wesentlichen nur über den Zeitraum der letzten dreissig Jahre. Besondere, von der Gemeinde oder von anderer Seite angestellte Erhebungen liegen für die 1860er und 70er Jahre nicht vor, sodass wir hier fast ganz auf Schätzungen angewiesen sind. Die aus dieser Zeit stammenden städtischen Verwaltungsberichte geben nur eine kurze Schilderung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der genannten Bevölkerungsklassen, welche naturgemäss ganz von dem Stand der gewerblichen Entwicklung abhängig gewesen ist. Ein genauer Einblick in die Lohnverhältnisse der Arbeiter, hauptsächlich der Bergarbeiter, ist erst seit den 1880er Jahren möglich, während die Einkommensverhältnisse, in denen sich die Handwerker und kleineren Beamten bewegen, auch jetzt nur annähernd erfasst werden können.

Die Durchschnittslöhne[bk]) der von der Grossindustrie im Jahre 1883 beschäftigten Arbeiter schwankten zwischen 2,50 Mark und 3,40 Mark, und zwar bei den Betrie-

[bk]) Die nachstehenden lohnstatistischen Angaben sind entnommen den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen und den Jahresberichten der in Frage kommenden Werke.

ben der Eisenindustrie zwischen 2,50 Mark und 2,96 Mark, der Zinkindustrie zwischen 3,16 Mark und 3,40 Mk., der Glas- und Porzellanindustrie zwischen 2,50 Mark und 2,60 Mark, bei den Zechen zwischen 2,92 Mark und 3 Mark. Greifen wir die in der Mitte stehenden Bergarbeiterlöhne heraus, und verfolgen ihre Bewegung bis zur Gegenwart, so können wir ein starkes Ansteigen, bis ungefähr auf das Doppelte des früheren Betrages bei einzelnen Zechen, feststellen. So stieg der Durchschnittslohn pro Mann und Schicht bei der Zeche Concordia in dem Zeitraum 1883—1913 von 2,92 Mark auf 5,51 Mark oder um 88,7 Prozent, bei der Zeche Alstaden von 2,63 Mark im Jahre 1880 auf 5,37 Mark im Jahre 1913, d. h. um 104,2 Prozent. In diesem Durchschnittslohn haben wir den sogen. verdienten reinen Lohn vor uns, der sich nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge ergibt. Diesem Wachsen der Arbeitslöhne entspricht auch ein solches des Jahresarbeitsverdienstes eines Bergmannes, das aber bei der verschieden grossen Anzahl der jährlich verfahrenen Arbeitsschichten nicht gleich ist mit diesem. So ist die Zahl der auf einen Arbeiter entfallenden Schichten im Bergrevier Oberhausen von 298 im Jahre 1895 auf 309 im Jahre 1906 und 328 im Jahre 1913 gestiegen, mit anderen Worten, das jährliche Lohneinkommen der Bergarbeiter hat relativ stärker zugenommen als die Löhne.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Bergarbeiters war (in Mark):

	im Bergrevier Oberhausen	im Oberbergamtsbezirk Dortmund
1895	960	970
1906	1400	1400
1913	1740	1775

Wie aus der vergleichenden Aufstellung zu ersehen ist, steht der Jahresarbeitsverdienst des Kohlenarbeiters im Bergrevier Oberhausen ungefähr auf gleicher Höhe mit dem im Oberbergamtsbezirk Dortmund ermittelten; im Bergrevier Oberhausen war der Schichtlohn sogar zeitweilig um 4—5 Prozent höher. Unter allen Bergarbeitern haben die im engeren Sinne, die eigentlichen Kohlenhauer und die mit ihnen im Gedinge arbeitenden Schlepper, ein grösseres Lohneinkommen, das den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst bis um 20 Prozent übersteigt, während das Lohneinkommen der übrigen Bergarbeiter unter dem angegebenen Durchschnitt liegt.

Für die in den Hütten- und Walzwerksbetrieben, in den sonstigen eisenindustriellen Betrieben, sowie in denjenigen der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter lässt sich die Gestaltung der Lohnverhältnisse nicht so übersichtlich und genau verfolgen, weil hier innerhalb der einzelnen Industriezweige die Löhne grosse Schwankungen aufweisen, entsprechend der Vielgestaltigkeit der Betriebe und ihrer Fabrikationszweige. Wir werden daher am zweckmässigsten die Betriebe verwandter Gewerbe zusammenfassen und nach geschlossenen Industriezweigen vorgehen. Alsdann ergibt sich:

In der Hüttenindustrie, einschliesslich der Zinkhüttenindustrie, betrug das mittlere Lohneinkommen der Arbeiter im Jahre 1913 etwa 1700 Mark, in den übrigen eisenindustriellen Betrieben, soweit sie der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie angehören, etwa 1400 Mark, in der chemischen Industrie etwa 1500 Mark. In den letzten 30 Jahren ist der Jahresarbeitsverdienst der in diesen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter um durchschnittlich 80 Prozent gestiegen, also etwas langsamer als bei den Bergarbeitern.

Das mittlere Lohneinkommen aller in der Industrie tätigen Arbeiter erreichte im Jahre 1913 rund 1400 Mk.; gegen den Stand zu Anfang der 1880er Jahre bedeutet das eine Zunahme von ungefähr 90 Prozent .

Die Lohnverhältnisse im Mittel- und Kleingewerbe zeigen eine gleich lebhafte Aufwärtsbewegung, welche die der Industriearbeiter mancherorts noch übertrifft. In dem kurzen Zeitraum 1907—1913 erfuhren beispielsweise die Löhne der Tischlergesellen eine Erhöhung um 25 Prozent, während der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst trotz gleichzeitiger Verminderung der Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden auf etwa 1500 im Jahre 1913, d. h. um 20 Prozent, gestiegen ist. Als Minimum des Lebensunterhaltes eines selbständigen Meisters wird in Handwerkerkreisen vielfach ein Jahreseinkommen von 2400 Mark angenommen. Wie weit die tatsächlichen Verhältnisse sich mit dieser Annahme decken, oder etwa darüber hinausgreifen, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Doch spricht der gestiegene Wohlstand dafür, dass der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung auch die Einkommenverhältnisse des kleinen Gewerbetreibenden immer günstiger gestaltet hat.

Bei den in Industrie und Gewerbe sonst noch beschäftigten Arbeitern und niederen Angestellten sowie bei den im Handel und Verkehr in gleicher Eigenschaft tätigen Personen ist eine Zunahme des Jahresarbeitsverdienstes von 40—50 Prozent in den letzten 15 Jahren nachzuweisen.

Dieses allgemeine Anwachsen des Lohneinkommens hat die Steuerfähigkeit der unteren Klassen mächtig gehoben, wie aus nachstehender Uebersicht über die steuerlichen Verhältnisse der Bevölkerung in den Jahren 1896 bis 1913 hervorgeht.

Jahr	Einwohnerzahl	Zahl der zur Einkommensteuer veranlagten physischen Personen			
		insgesamt	mit einem Einkommen		
			bis 900 Mk.	über 900 Mk. bis 3000 Mk.	über 3000 Mk.
1896	32 705	8 746	2809	5 567	289
1902	44 615	12 924	947	11 486	491
1908	58 395	18 954	1588	16 600	766
1913	95 738	28 115	1861	24 983	1271

Eine Teilung der zweiten Einkommensgruppe (über 900 Mark bis 3000 Mark) durch die Einkommenslinie 1500 Mark würde ein noch anschaulicheres Bild ergeben und zeigen, dass der ersteren Abteilung annähernd zwei Drittel aller zur zweiten Gruppe veranlagten Zensiten angehören, d. h. meistens Arbeiter, die noch vor ungefähr zwanzig Jahren überwiegend der ersten Einkommensgruppe angehört hatten. Doch gibt uns obige Aufstellung ohnedies eine Bestätigung der Tatsache, dass seit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung in der Mitte der 1890er Jahre die Steuerfähigkeit der unteren Klassen erheblich gewachsen ist und ihre Einkommensverhältnisse sich in aufsteigender Linie bewegen.

Die Frage nun, ob mit dem Wachsen des jährlichen Lohneinkommens sich auch die Verzehrfähigkeit der Arbeiterbevölkerung in gleichem Masse gehoben hat, muss verneint werden; dass sie aber grösser geworden ist, kann nicht bestritten werden. Durch das Steigen der Nahrungsmittelpreise, der Wohnungsmieten, der Ausgaben für Kleidung, Heizung, Beleuchtung usw. hat sich die Lebensführung kostspieliger gestaltet, jedoch nicht in dem Grade, dass dadurch die Zunahme des Einkommens gänzlich aufgehoben worden ist. So sind die gebräuchlichsten Lebensmittel in den letzten vierzig Jahren durchschnittlich um 40 Prozent teurer geworden, einzelne Fleischarten bis zu 85 Prozent; hier ist die Zunahme der Preise in den letzten Jahren sogar grösser gewesen als die der Löhne. Andererseits sind die verschiedenen Brotgetreidearten sowie eine Reihe ausländischer Nahrungsmittel im Preise gefallen. In ähnlicher Weise lässt sich feststellen, dass auch die übrigen

Ausgaben für die Lebenshaltung verhältnismässig langsamer gestiegen sind als das Jahreseinkommen. Infolgedessen vergrösserte sich der sogen. freie Teil des Einkommens und es erweiterte sich für die unteren Klassen die Möglichkeit eines Aufsteigens zu besserer Lebensführung und einer breiteren Anteilnahme an den Kulturgütern.

Tatsächlich haben sich denn auch mit der fortschreitenden Hebung der wirtschaftlichen Lage die Lebensverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten dauernd günstiger gestaltet.

b) Einkommensfürsorge.

Die anhaltende Aufbesserung, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich der lohnarbeitenden Klassen in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, ist in letzter Linie auf die steigende Produktivität der wirtschaftlichen Arbeit zurückzuführen. Sie hat erst die ausserordentliche Zunahme der Arbeitslöhne und somit auch des Jahresarbeitsverdienstes möglich gemacht. Andere Faktoren mussten dann hinzutreten, um diesen Gewinn, wenn auch nicht uneingeschränkt, seinen Trägern zu erhalten. Das waren zunächst die Massnahmen des Arbeiterschutzes und der Versicherung, wie sie im wesentlichen nur vom Staate auf dem Wege der Gesetzgebung und Verwaltung getroffen worden sind; weiterhin aber Einrichtungen, die mehr aus der freien Privatinitiative, entweder der Arbeiter selbst und ihrer Organisationen oder der Arbeitgeber und Interessenten, zum Teil unter Mitwirkung der Gemeinden hervorgegangen sind.

Beide Arten von Massnahmen sind ihrem Zweck und Wesen nach nicht streng von einander zu scheiden. Beide dienen der Einkommensfürsorge, die erstere unmittelbar, indem sie das Einkommen sichert, die letztere mittelbar durch Hebung und Veredelung der Lebenshaltung. Während die einkommensichernden Massnahmen also mehr wirtschaftlicher Art sind, verfolgen die einkommenfördernden zugleich ausserwirtschaftliche Zwecke.

Die neben den einkommenpolitischen Massnahmen der öffentlichen Körperschaften sowie der Arbeitgeber und anderer Kreise herlaufenden Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Erhöhung des Arbeitseinkommens bleiben hier, ohne dass ihre Ergebnisse dadurch unterschätzt werden sollen, ausserhalb einer besonderen Betrachtung. Neben diesen Bestrebungen rein lohnpolitischen Charakters finden wir aber auch solche, die zusammen mit dem Wirken der übrigen Faktoren auf eine Besserung der sozialen Verhältnisse der unteren Klassen

hinzielen, die also sozialpolitischer Art sind. Auf diese letzteren wird im Zusammenhang noch näher einzugehen sein, insbesondere bei der Betrachtung der Wohnungsverhältnisse.

1. Massregeln zur Sicherung des Einkommens.

Die Notwendigkeit einer Einkommenssicherung ist zweifellos da am dringendsten, wo die Fortdauer des Einkommens in Frage gestellt wird, sei es durch Mangel an Arbeitsgelegenheit wegen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes oder durch Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität.

a) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges am grössten ist, sind von öffentlicher und privater Seite Arbeitsnachweise eingerichtet worden, die den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem örtlich begrenzten Arbeitsmarkt beschleunigen. Ausser der im folgenden Kapitel zu besprechenden städtischen Arbeitsnachweisstelle bestehen in Oberhausen noch Arbeitsnachweise für den Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau, für die Innungen und ein holländischer Arbeitsnachweis. Daneben unterhalten die industriellen Grossbetriebe noch eigene Arbeitsannahmestellen. Die Ergebnisse dieser privaten Arbeitsvermittlung sind günstiger als die der öffentlichen aus dem schon mitgeteilten Grunde, weil sich die letzteren in der Hauptsache über ungelernte und nichtsesshafte Arbeiter erstreckt. — Für die Einrichtung einer Versicherung solcher Arbeitslosen, welche ihre frühere Beschäftigung aus Gründen, die nicht in ihrer Person liegen, haben aufgeben müssen, hat sich nach den von der Gemeinde bisher gewonnenen Zählungsergebnissen ein Bedürfnis nicht herausgestellt.

b) Einrichtungen zum Schutz gegen Erwerbsunfähigkeit.

Zeitlich früher und dazu in grösserem Umfange setzen die Massnahmen ein, welche den Schutz des Arbeiters gegen die Folgen der Erwerbsunfähigkeit erstreben. Bis zum Beginn der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeiterversicherungswesens in den 1880er Jahren lagen allerdings die Verhältnisse wenig günstig. Die Leistungen, welche von den Unterstützungskassen der grösseren Unternehmungen und von den verschiedenen Kranken- und Sterbeladen geboten wurden, waren nur von kurzer Dauer und unzulänglich, abgesehen davon, dass sie nur einem Teil der Arbeiterschaft zugute kamen.

Erst das Prinzip der Zwangsversicherung, wie es nacheinander in den Gesetzen betreffend die Kranken-, die Unfall-, die Invaliditäts- und Altersversicherung zur Anwendung kam, hat dann die umfassende und ausreichende Sicherheit vor den Folgen der Erwerbsunfähigkeit verbürgt. Durch die Reichsversicherungsordnung vom Jahre 1911, die eine einheitliche Kodifikation der bis dahin erlassenen Arbeiterversicherungsgesetze darstellt, erhielt der Stadtkreis Oberhausen ein eigenes Versicherungsamt, welches nach den Vorschriften der R. V. O. für diesen Bezirk die Geschäfte der Reichsversicherung wahrzunehmen und die einschlägige Auskunft zu erteilen hat.

Durch das diesem Versicherungsamt übergeordnete Oberversicherungsamt zu Düsseldorf wurde vom 1. Januar 1914 an als ortsüblicher Tagelohn im Stadtkreis Oberhausen festgesetzt[59])

für männliche Versicherte	unter 16 Jahren	1,75 Mk.
„ „ „	von 16—21 Jahren	3,— Mk.
„ „ „	über 21 Jahre	4,— Mk.
„ weibliche „	unter 16 Jahren	1,20 Mk.
„ „ „	von 16—21 Jahren	2,— Mk.
„ „ „	über 21 Jahre	2,50 Mk.

Der ortsübliche Tagelohn kommt in Frage bei der Kranken-, bei der Unfall- und bei der Invalidenversicherung. Bei der Gemeinde-Krankenversicherung ist der Berechnung der Beiträge und der Bemessung des Krankengeldes der ortsübliche Tagelohn zugrunde zu legen; bei den gegen Unfall versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den 300fachen Betrag des ortsüblichen Tagelohns beziehen, gilt als Jahresarbeitsverdienst der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns; für diejenigen versicherten Invaliden endlich, welche keiner Zwangskasse angehören, gilt als Jahresarbeitsverdienst ebenfalls der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes.

Die Träger der Versicherung sind für die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften. Die Funktionen der unteren Verwaltungsbehörde der Invalidenversicherung sind zum Teil den verschiedenen Krankenkassen für ihre Mitglieder übertragen worden. Neben diesen Versicherungsanstalten bestehen die Knappschaftskassen, die für die Bergarbeiter bestimmt und in den Bereich der obligatorischen Arbeiterversicherung eingeschlossen sind, sowie ferner Ersatzkrankenkassen nach der Art der bis-

[59]) vgl. Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen 1896 bis 1914, XII.

herigen Hilfskassen, welche als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit ihren Mitgliedern in Krankheitsfällen einen Zuschuss zum Krankengelde gewähren.

Ueber die Entwicklung des Arbeiterversicherungswesens geben die nachstehenden, den städtischen Verwaltungsberichten der betreffenden Jahre entnommenen Angaben Auskunft.

Schon in den 1860er Jahren hatten die grösseren Werke gewerbliche Unterstützungskassen, zu denen die Arbeiter und Arbeitgeber Beiträge leisteten. Im Falle der Erkrankung erhielten die Arbeiter aus der Kasse ein wöchentliches Krankengeld. Im Jahre 1874 bestanden 13 Kassen, von denen bis zum Erlass des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juli 1883 mehrere eingingen. Mit dem Inkrafttreten des erwähnten Gesetzes wurden die Unterstützungskassen in Fabrikkrankenkassen umgewandelt und neue Statuten, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, erlassen. Für diejenigen Arbeiter, welche keiner Fabrik- oder Knappschaftskasse angehörten, wurde eine gemeinsame Ortskrankenkasse gegründet. Im Jahre 1916 gab es 11 Krankenkassen, und zwar 1 allgemeine Ortskrankenkasse und 10 Betriebskrankenkassen. Von den letzteren wurden 4 wegen zu geringer Mitgliederzahl im Jahre 1913 geschlossen. Inzwischen war zu der allgemeinen Ortskrankenkasse eine besondere für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe getreten und 5 Innungskrankenkassen gebildet worden, sodass Ende 1913 im ganzen 13 Krankenkassen vorhanden waren. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Kassen, die im Jahre 1896 rund 11 000 betrug, stieg auf ungefähr 23 500 im Jahre 1913; davon entfielen auf die Innungskrankenkassen rund 700, die Ortskrankenkassen 6800 Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Versicherten ist in dem genannten Zeitraum von 2,46 Prozent auf 10,85 Prozent gewachsen. Gegen das Jahr 1896 sind die Gesamteinnahmen auf rund das Vierfache gestiegen, sie stellten sich im Jahre 1913 auf etwa 1 450 000 Mark; die Ausgaben betrugen in diesem Jahre mehr als 1 200 000 Mark, gegen 1896 bedeutet das eine Steigerung auf ebenfalls das Vierfache. Der Vermögensbestand aller Krankenkassen hat die Summe von nahezu 850 000 Mark erreicht, während der Reservefonds, welcher sich verdoppelt hat, sich auf rund 600 000 Mark beläuft. Bei den Zwangsversicherungskassen sind zwei Drittel der Beiträge von den Versicherungspflichtigen, ein Drittel von den Arbeitgebern zu entrichten; bei den Ersatzkrankenkassen tragen die Arbeiter den vollen Anteil der Beiträge.

Die Lasten der Unfallversicherung ruhen dagegen vollständig auf den Mitgliedern der Berufsgenossen-

schaft, d. h. den Unternehmern der versicherten Betriebe. Von den 66 im Deutschen Reiche vorhandenen Berufsgenossenschaften waren 31 Ende 1913 durch Betriebe vertreten, ausserdem 3 weitere Berufsgenossenschaften. Die Zahl der von 1896—1913 zur Anmeldung gelangten gewerblichen Unfälle stieg von 764 auf 1207, die der tödlich verlaufenden Unfälle schwankte zwischen 0,26 und 1,18 Prozent.

Die zur Durchführung der Invalidenversicherung erforderlichen Mittel belasten, abgesehen von dem zur Rente gewährten Reichszuschuss und kleinen, vom Reich zu tragenden Kosten, die Versicherten und ihre Arbeitgeber zu gleichen Teilen. Ebenso ist es mit der Altersrente, die nach dem vollendeten 70. Lebensjahre auch ohne Invalidität gezahlt wird. Durch die Reichsversicherungsordnung von 1911 wurde der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenversicherung eingegliedert. Von den im Zeitraum 1896—1913 gestellten 1061 Invalidenrentenanträgen wurden von der Versicherung 801 anerkannt, von den 80 Altersrentenanträgen 68.

Durch das allgemeine preussische Berggesetz vom 24. Juni 1865 wurde für die Arbeiter der Bergwerke, Aufbereitungsanstalten und Salinen die Bildung von Knappschaftsvereinen angeordnet zu dem Zweck, ihren Mitgliedern und deren Angehörigen Kranken- und Invaliden- bezw. Witwen- und Waisenunterstützung zu gewähren. Die Leistungen, welche die Knappschaftsvereine in Krankheits- und Sterbefällen zu gewähren haben, müssen die im Krankenversicherungsgesetz für die Betriebskrankenkassen vorgeschriebenen Mindestleistungen erreichen. Darüber hinaus wurde am 1. April 1899 die Zahlung einer Zusatzrente eingeführt, welche denjenigen nach dem 1. Januar 1892 invalidisierten Mitgliedern gewährt wird, welche gleichzeitig Anspruch auf Berginvalidenunterstützung und Reichsrente haben. Die Unfallversicherung ist der Knappschaftsberufsgenossenschaft übertragen. Ende 1913 belief sich die Zahl der auf den hiesigen Zechen beschäftigten Mitglieder des Knappschaftsvereins auf 10 486. Die im Stadtkreise Oberhausen gelegenen Bergwerke gehören zum Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum. Die Leistungen des Knappschaftsvereins im Bezirk der drei Oberhausener Zahlstellen sind recht beträchtlich; in dem Zeitraum 1896 bis 1913 wurden rund 3 450 000 Mark an Renten und Unterstützungen ausgezahlt, davon über ein Drittel für Invalidenpension einschliesslich Zusatzrente. Auf die Reichsrente entfällt stark ein Fünftel der jährlichen Auszahlungen.

Die Tätigkeit der Arbeitgeber auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung geht durchweg über die gesetzlich

vorgeschriebenen Anforderungen hinaus. Zu ihren Betriebskrankenkassen steuern die meisten Werke ausser den pflichtmässigen Beiträgen regelmässige oder gelegentliche Zuschüsse bei. Daneben finden sich noch freiwillige Versicherungseinrichtungen im Interesse der Beamten, Arbeiter und ihrer Angehörigen.

Der Grundsatz der Zwangsversicherung für das Alter ist im Jahre 1911 auch bei den Privatangestellten eingeführt worden, welche nunmehr ebenfalls eine staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung haben. Die Notwendigkeit solcher Schutzmassnahmen ist hier im allgemeinen nicht so dringend wie bei den Arbeiterklassen, doch hat sich gezeigt, dass die Einkommen der Privatangestellten sich in den meisten Fällen in engen Grenzen halten und häufig unterhalb der Höchstgrenze des Arbeitereinkommens bleiben. Ende 1913 waren etwa 2600 Versicherungskarten ausgegeben.

Soweit sich die bisherige Tätigkeit aller dieser Versicherungsorganisationen überblicken lässt, ist eine fortschreitende Zunahme der Leistungen auf vielfach vergrössertem Wirkungsbereich festzustellen. Damit wird der Zweck der Sozialversicherung, den unteren Klassen Schutz zu bieten gegen die Schäden der durch Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter hervorgerufenen Erwerbsunfähigkeit, in steigendem Masse erfüllt.

Im Zusammenhang mit diesen Versicherungsorganisationen soll auch der Sparkassen, vor allem der Fabriksparkassen, gedacht werden, welche ohne Anwendung des Zwangsprinzips, damit aber auch ohne die gleiche Sicherheit, die Möglichkeit einer Vorsorge für die Zeiten der Erwerbslosigkeit bieten. Es ist bereits an früherer Stelle von ihnen ausführlich die Rede gewesen.

2. Massregeln zur Erhöhung des Realeinkommens.

Während die im vorhergehenden besprochenen Einrichtungen das nominelle Arbeitseinkommen als Ausgangspunkt ihrer Fürsorge nehmen, zielen die im folgenden aufgeführten Bestrebungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Gesundheits- und Bildungspflege darauf hin, das Realeinkommen, den Inhalt des Arbeitseinkommens, auf eine höhere Stufe zu bringen. Neben der Gemeinde als der berufenen Trägerin öffentlicher Wohlfahrtspflege und den gleichfalls interessierten Arbeitgebern sehen wir, hauptsächlich im Wohnungswesen, auch die Selbsthilfe eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten.

a) Wohnungsfürsorge.

Aufgabe der Wohnungsfürsorge ist die Ermöglichung einer ausreichenden Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses. Diese Aufgabe sucht die Wohnungsfürsorge zu

lösen einmal durch Beseitigung der Wohnungsmängel, zum anderen durch Bekämpfung des Wohnungsmangels. Wir unterscheiden nach Fuchs[60]) neben der allgemeinen Wohnungsfrage, welche darin besteht, „dass ganz allgemein in den an Bevölkerung rasch wachsenden Städten die Wohnungspreise schneller steigen, als das Einkommen der meisten Klasen“ auch eine besondere Wohnungsfrage, „die man gemeinhin als Arbeiterwohnungsfrage zu bezeichnen pflegt.“

Im sozialen Leben Oberhausens hat die Arbeiterwohnungsfrage von jeher eine bedeutende Rolle gespielt, und von all den Bestrebungen, welche auf eine Hebung der sozialen Verhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten hinausgehen, sind diejenigen zur Lösung der Arbeiterwohnungsfrage die umfangreichsten.

Das Wesen der Wohnungsfrage wird durch jene beiden obigen Schlagwörter „Wohnungsmangel“ und „Wohnungsmängel“ gekennzeichnet. „Während nun die Bekämpfung der letzteren in der Hauptsache den öffentlichen Gewalten zufällt, müssen bei der ersteren Aufgabe (nämlich der Beseitigung des Wohnungsmangels) private, gemeinnützige und öffentliche Tätigkeit einander ergänzend zusammenwirken“[61]).

Der Mangel an Wohnungen in Oberhausen ist die unausbleibliche Folge des Missverhältnisses zwischen dem Bevölkerungszuwachs und der Zunahme an Wohngebäuden, die relativ geringer war, weil die Bautätigkeit, besonders in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, nicht folgen konnte. Nach den Verwaltungsberichten der Stadt Oberhausen war

im Jahre	die Einwohnerzahl	die Zahl der Wohngebäude	die Behausungsziffer
1862	5 590	652	9,09
1880	16 680	1538	10,84
1895	30 156	2214	13,62
1905	52 096	3555	14,66
1910	89 900	5827	15,43
1913	97 505	6089	16,02

Die Behausungsziffer, das ist die Zahl der Personen, die durchschnittlich auf ein Wohnhaus kommen, ist in den fünfzig Jahren des Bestehens der Gemeinde bedenk-

[60]) Fuchs, Art. Wohnungsfrage im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. VIII, S. 873.

[61]) a. a. O., S. 895.

lich gestiegen. Schon im Jahre 1878 wird sie als hoch bezeichnet gegenüber denjenigen einiger benachbarter Städte: sie war 10,64 gegen 9,33 in Duisburg und 9,06 in Mülheim (Ruhr); Krefeld hatte allerdings eine noch höhere, nämlich 11,75. Im Jahre 1905 weist Oberhausen eine Behausungsziffer von 14,66 auf, eine Zahl, die zwar im Vergleich zu anderen Städten — Köln hatte 17, Essen 18 im gleichen Jahre — noch niedrig ist, aber in weit ungünstigerem Licht erscheint, wenn man die durchschnittlich geringe Höhe in Betracht zieht. Von den 2618 Wohngebäuden des Jahres 1899 waren 1320 einstöckig, 990 zweistöckig und 308, also nicht einmal ein Achtel, drei- und mehrstöckig. Bringen wir weiterhin die Behausungsziffer mit der Bevölkerungsdichtigkeit in Beziehung, so hinterlässt sie uns einen noch unerfreulicheren Eindruck. Es waren von dem 1309 ha grossen Stadtgebiet mit Häusern bebaut einschliesslich der Hofräume und Hausgärten 343 ha im Jahre 1896 und 425 ha im Jahre 1906. Die Einwohnerzahl in den gleichen Jahren war 32 705 und 55 486, das entspricht einer Bevölkerungsdichtigkeit von 9535 und 13 056 pro Quadratkilometer. Im Jahre 1913 war sie 14 770 gegen 7427 im Jahre 1878.

Diese starke Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit und der Bebauungsziffer hat ihre Ursache hauptsächlich in der erschwerten Ausdehnungsmöglichkeit des Baugeländes. Von der zu Bebauungszwecken geeigneten Fläche ist ein beträchtlicher Teil im Besitz der Industrie, weitere ausgedehnte Strecken werden von privater Seite festgehalten, vermutlich zu Spekulationszwecken. Wenn aber trotzdem die Preise der Bauplätze nur in einigen Vierteln ausserordentlich gestiegen sind, im übrigen aber eine geringere Höhe erreicht haben, als man nach der Gestaltung der Verhältnisse annehmen sollte, so ist dies auf die zerstreute Bebauung zurückzuführen.

Der Ausbau Oberhausens, das zunächst kein Zentrum hatte, konnte nicht den gleichmässigen Verlauf nehmen, wie ihn die Städte in der Regel gehabt haben. Seine Entwicklung setzte an verschiedenen Stellen zugleich ein und wurde dann an einzelnen Punkten stärker. Dadurch wurde aber von selbst einem automatischen Steigen der Bodenpreise vorgebeugt, wie es sonst an der Peripherie der vom Mittelpunkt nach allen Seiten sich regelmässig ausdehnenden Städte einzutreten pflegt. Für die Gestaltung der Oberhausener Wohnungsverhältnisse ist diese Tatsache von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Die zerstreute Bebauung wirkte einem ungesunden Zusammendrängen von Wohngebäuden entgegen und legte dadurch den Grund für die heute noch günstigen Woh-

nungsverhältnisse; die verhältnismässig niedrigen Bodenpreise, eine Folge dieser Bebauungsart, gestatteten niedrige Mietpreise und dadurch wieder die Möglichkeit einer besseren Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses.

Dennoch hat eine Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse im Laufe der Jahre nicht vermieden werden können, wie auch das Steigen der Behausungsziffer erkennen lässt. Die Hauptursache liegt bei den Privatunternehmern, die von dem Bau des Kleinwohnungshauses vielfach zur Errichtung drei- und mehrstöckiger Häuser übergingen. Sie konnten das umso eher, als bei dem andauernden Wohnungswechsel die arbeitenden Klassen sich mit dem zufrieden gaben, was sie vorfanden. Dass unter diesem Prinzip möglichst grosser Gewinnerzielung gleichzeitig die Solidität und Zweckmässigkeit des Wohnhauses gelitten hat, liegt auf der Hand, und es ist neben dem Vorteil der zerstreuten Bebauung dem Eingreifen der Gemeinde zu verdanken, dass diese Mängel nicht in aller Schärfe hervorgetreten sind.

Die Tätigkeit der Gemeinde in der Lösung der Wohnungsfrage ist eine doppelte: sie sucht einmal den Mangel an Wohnungen durch Hilfe zur Selbsthilfe, wie wir das bei der Förderung genossenschaftlicher Bestrebungen noch sehen werden, zu beseitigen; dann versucht sie aber auch, die Wohnungsmängel zu bekämpfen, indem sie die gesundheitlichen und sittlichen Ansprüche an das Wohnwesen in Mindestvorschriften zusammenfasst und ihre Durchführung durch Wohnungsaufsicht überwachen lässt.

Die Wohnungsüberwachung erfolgte bis zu einer Regierungspolizeiverordnung vom 25. Mai 1898 „über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen" ausschliesslich durch die Ortspolizeibehörde. An ihre Seite trat dann für jeden Polizeibezirk eine Unterabteilung der Gesundheitskommission, welche durch Zuziehung des zuständigen Armenarztes die Aufsicht wirksamer gestalten sollte. Ausserdem wurden bis zum Jahre 1909 die Wohnungsverhältnisse, namentlich der arbeitenden Klassen, durch einen dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf beigegebenen Wohnungsinspektor einer wiederholten Revision unterzogen. Augenblicklich wird die Wohnungsaufsicht gemäss Ausführungsanweisung vom 5. März 1911 zu obiger Verordnung durch die Ortspolizeibehörde ausgeübt unter Mitwirkung der Gesundheitskommission. Die Ausführungsanweisung[62]) schreibt u. a. die Beschaffenheit, Grösse und Belichtung der Wohnungen vor; sie bestimmt ferner, dass jede Wohnung mit ge-

[62]) S. Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1906/14 III k.

nügendem und gesundem Wasser versehen sein muss. Endlich setzt sie fest, in welcher Stärke die einzelnen Schlafräume belegt werden dürfen. Eine besondere Beachtung wird den Wohnungen zugewandt, in denen Fälle von Typhus und Erkrankungen von Rheumatismus vorkommen. Ueber die revidierten und beanstandeten Wohnungen werden besondere Wohnungsakten geführt. Wohnungen, an denen sich Mängel gezeigt haben, bleiben bis zu ihrer Beseitigung in Kontrolle. Der Prozentsatz der bei der Revision in den Jahren 1900—1913 beanstandeten Wohnungen bewegt sich zwischen 0,31 und 5 Prozent, beträgt aber im Durchschnitt nur 1,34 Prozent. Dieses günstige Ergebnis, eine Folge der zerstreuten Bebauung sowie des Umstandes, dass die Wohnhäuser fast ausschliesslich nach der Gründung der Gemeinde gebaut worden sind, wird bekräftigt durch die Berichte des früheren Wohnungsinspektors, der die Oberhausener Wohnungsverhältnisse und die zu ihrer Hebung angewandten Massnahmen als gut bezeichnete.

Diese Tatsache ist an sich sehr erfreulich, berechtigt aber keineswegs zu einem entsprechenden Rückschluss auf die Beschaffenheit und Zweckmässigkeit der kommunalen Wohnungsaufsicht. Eine gesetzliche Regelung der Wohnungsaufsicht hat es in Preussen bis Ende 1913 nicht gegeben. Bis dahin stützen sich die Massnahmen der Gemeinden lediglich auf Polizeiverordnungen, welche auf Grund des allgemeinen Landrechts erlassen worden sind und für Regierungsbezirke, Kreise und einzelne Gemeinden Geltung haben. In diesem Mangel an einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen liegt offenbar ein grosser Nachteil, dem eine Anzahl von Städten, so auch Essen, Duisburg, Elberfeld, durch Einführung der Wohnungsinspektion abgeholfen hat. Eine solche Wohnungsinspektion, die als kommunale Wohlfahrtseinrichtung ohne Mitwirkung von Polizeiorganen sich in Essen bewährt hat, erscheint auch für Oberhausen wünschenswert, zumal bei fortschreitender Bebauung eine Besserung der Wohnungsverhältnisse kaum zu erwarten ist. Ebenso ist die Einrichtung eines städtischen Wohnungsnachweises zum Zwecke des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ein Bedürfnis und für eine umfassende Wohnungspflege unentbehrlich.

Die andere Seite der kommunalen Wohnungsfürsorge, die in der Bekämpfung des Wohnungsmangels liegt, hat verhältnismässig geringe Ergebnisse aufzuweisen. Die Gemeinde hat sich hier auf die Förderung gemeinnütziger Bestrebungen beschränkt, ohne dabei gleichzeitig an der privaten Bautätigkeit Anteil zu nehmen.

Diese ging vielmehr zunächst von Privatunternehmern aus, die aber, da ihnen zumeist das notwendige Kapital

fehlte, dem stark wachsenden Wohnungsbedürfnis der zugezogenen Bevölkerung nicht nachkommen konnten, so dass die Industrie bald einspringen musste und mit dem Bau von Arbeiterwohnhäusern begann. Es lag natürlich im eigenen Interesse der jungen Industrie, nicht nur neue Arbeitskräfte zu gewinnen, sondern sich auch einen Stamm an Arbeitern zu sichern. Sie konnte das durch Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, unter denen die Arbeiterwohnhäuser die erste Stelle einnehmen. Die ersten Arbeiterwohnhäuser wurden im Jahre 1844 durch die Gutehoffnungshütte erbaut; zwei weitere Unternehmer, die Bergbaugesellschaft Concordia und die Gesellschaft des Altenbergs, folgten in den nächsten zehn Jahren. Das Jahr 1866 brachte eine Stockung in die Bautätigkeit der Arbeitgeber, die bis zum Ende der 1880er Jahre noch nicht ganz beseitigt war. Veranlasst durch den inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwung, entfalteten die Arbeitgeber nun eine ausserordentlich rührige Bautätigkeit, die mit vorübergehender Abschwächung bis in die Gegenwart fortgedauert hat. Heute hat jedes grössere Werk seine „Kolonien", wie die in seinem Besitz befindlichen Gruppen von Arbeiterwohnhäusern im Gegensatz zu den anderen Mietwohnungen genannt werden.

Die Koloniehäuser sind 1½- bis 2½stöckig und bieten gewöhnlich bis zu vier Familien Raum. Doch ist das 1½stöckige Vierfamilienhaus vorherrschend und wird seit 1900 überwiegend gebaut. Gegenüber der nüchternen Bauart, wie sie die Koloniehäuser aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts aufweisen, zeigen schon die in den 1890er Jahren erbauten Arbeiterwohnhäuser einen wesentlichen Fortschritt in technischer Beziehung. Bei den neueren Kolonien finden wir hingegen eine weitgehende Berücksichtigung sowohl praktischer wie hygienischer als auch ästhetischer Gesichtspunkte. Die Strassenführung, die Lage und Bauart der Häuser sind gefälliger, das Gesamtbild wird durch freie Plätze und Schmuckanlagen lebhafter. Die Umfassungsmauern sind massiv und durchweg geputzt; an Stelle der früher üblichen Dächer aus Teerpappe, Schiefer usw. findet sich heute ausschliesslich Ziegelbedeckung. Die Vorzüge des Cottagesystems, das durch das Einwohnungshaus mit seinem Garten und Ackerland ein freies, gesundes Wohnen verbürgt, haben bei den Kolonien kaum berücksichtigt werden können. Das Gärtchen des Einfamilienhauses ist vielfach durch Balkon und Veranda ersetzt, die Annehmlichkeit ungehinderten Wohnens soll hier durch den für jede Familie besonders angelegten Eingang geboten werden. Dagegen haben die neueren Arbeiterwohnhäuser die Fortschritte der Technik sich zu eigen gemacht und vor

allem in hygienischer Hinsicht gewonnen. Darin liegt gerade ein nicht zu unterschätzender Vorzug der Koloniebauten, dass sie den Ansprüchen auf gesundes, bequemes Wohnen gewöhnlich eher entsprechen als andere Mietwohnungen. Was die örtliche Lage der Kolonien betrifft, so zeigt sich immer mehr das Bestreben nach Anpassung an die benachbarten Baubezirke, eine Tatsache, die für die Einheitlichkeit des Stadtbildes von vorteilhafter Wirkung ist.

Von den Ende 1913 im Stadtbezirk Oberhausen vorhandenen Wohngebäuden sind etwa 8 Prozent von den Werken für ihre Arbeiter und Beamten errichtet worden.[65]) Im Verhältnis zu der Zahl der industriellen Arbeiter und ihrer Angehörigen ist dies ein immerhin niedriger Prozentsatz. Tatsächlich ist die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der arbeitenden Klassen ebenso wie diejenige der mittleren und höheren Schichten in der Hauptsache durch Privatunternehmer erfolgt. Durch Zusammenschluss der Grundeigentümer wurde 1865 in dem ehemaligen Gebietsteile Alstaden ein Bauquartier für Arbeiter geschaffen zum Zwecke der Errichtung einstöckiger Häuser, die damals dringender notwendig waren als andere grössere Bauten. An anderer Stelle waren die Privatunternehmer gleichfalls ausschliesslich tätig, wie denn überhaupt gegenüber ihrer umfassenden Bautätigkeit die Wirksamkeit anderer Faktoren bestenfalls als ergänzend, und ihre Leistungen, ausser denen der Arbeitgeber, als ziemlich unbedeutend erscheinen.

Das muss auch von der Bautätigkeit der Gemeinde gesagt werden, die sich seit ihrer Gründung auf die Errichtung öffentlicher Gebäude beschränkt hat. Bei dem rapiden Entwicklungsgang ist es begreiflich, dass die finanziellen Kräfte in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens nur zur Erfüllung der notwendigsten Aufgaben reichten und erst allmählich das Betätigungsfeld weiter gesteckt werden konnte. Auf dem Gebiete des Bauwesens sehen wir daher die Tätigkeit der Gemeinde sich zunächst nur auf die Errichtung der notwendigsten öffentlichen Gebäude, vor allem der Schulen, erstrecken, und erst mit der

---

[65]) Auf Oberhausener Gebiet hatten Ende 1913 die

Zeche Concordia 260 Arbeiter- und Beamtenhäuser mit 834 Wohnungen,

Gutehoffnungshütte 130 Arbeiter- und Beamtenhäuser mit 395 Wohnungen,

Zeche Alstaden 51 Arbeiter- und Beamtenhäuser mit 233 Wohnungen,

Gesellschaft des Altenbergs 23 Arbeiter- und Beamtenhäuser mit 92 Wohnungen.

Einrichtung städtischer Betriebe in den 1890er Jahren wird sie vielseitiger. Ein Hinübergreifen in die Privatbautätigkeit, abgesehen von der kommunalen Einwirkung durch Bebauungspläne, Bauordnungen, Wohnungsaufsicht, erfolgte jedoch auch jetzt nur indirekt, durch Beteiligung an einer Baugenossenschaft.

Da nämlich die Leistungen der Arbeitgeber auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungswesens verhältnismässig unzulänglich waren und auch die der Privatunternehmer nicht ausreichten, regte sich in den betroffenen Kreisen bald der Wunsch nach Selbsthilfe. Bei den Arbeitgebern wurde er bereitwillig aufgenommen; die Gemeinde aber fand hier Gelegenheit, ihre Interessen als Förderin kommunaler Wohnungspflege und als Arbeitgeberin in glücklicher Weise zu verbinden. Nach dem Vorbilde des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens in Düsseldorf und unter Zugrundelegung des von diesem herausgegebenen Musterstatuts bildete sich im Jahre 1900 eine „Gemeinnützige Baugenossenschaft, E. G. m. b. H. zu Oberhausen Rhld." Die Uebernahme von Geschäftsanteilen und Zinsgarantien durch die Stadt ermöglichte es ihr, den Bau von Wohnhäusern so zu beschleunigen, dass ihre Zahl 44 im Jahre 1906 und 72 im Jahre 1913 betrug. Es handelte sich zunächst um 1½-stöckige Einfamilienhäuser, die in ihrer soliden Bauart und einfachen Ausstattung einen gefälligen Eindruck machen. Im Innern hat jedes Haus drei Zimmer im Erdgeschoss und zwei kleinere Räume im Dachgeschoss, ferner geräumigen Keller und kleine Stallung, die mit dem Erdgeschoss durch einen bedeckten Vorraum in Verbindung steht. Ein kleiner Garten, der nach den Nachbargrundstücken hin abgezäunt ist, findet als Bleiche oder auch als Gemüsegarten Verwendung. — Während anfangs in der Uebernahme der Häuser durch die Mitglieder Zurückhaltung beobachtet wurde, kann heute das Angebot der Nachfrage nicht schnell genug folgen. Die Herstellungskosten, welche sich bei den ersten Häusern zwischen 5500 Mk. und 6600 Mk. bewegten, bilden den Kaufpreis, der mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 2 Prozent zu amortisieren ist. Die erfreuliche Weiterentwicklung der Genossenschaft, deren Mitgliederzahl von 16 im Jahre 1901 auf 115 im Jahre 1913 stieg, spricht für die Notwendigkeit einer Förderung des Arbeiterwohnungswesens.

Empfindlicher als die unteren Bevölkerungsschichten hat in neuerer Zeit der Wohnungsmangel die mittleren Klassen betroffen, besonders den Beamtenstand, dessen langsam wachsendes Einkommen mit der Verteuerung der Wohnungsmieten nicht immer gleichen Schritt gehalten hat. Auch hier wurde zur Selbsthilfe geschritten

und ein „Beamtenwohnungsverein" gegründet. Die Ergebnisse seiner Tätigkeit, an sich noch gering, da er auf seine eigene Kraft angewiesen war, müssen vom ästhetischen Standpunkte aus als mässig bezeichnet werden. Er hat den Typ der grossstädtischen Mietskaserne in Oberhausen, wenn nicht eingeführt, so doch eingebürgert.

Diese Tatsache ist nur zu bedauern und erfordert dringende Abhilfe. Woher aber soll sie kommen, wenn nicht von der Gemeinde? Die Wohnungsbeschaffung auf genossenschaftlichem Wege soll doch neben mancherlei Vorzügen sozialer Art den grossen Vorteil haben, dass sie durch Errichtung von Musterbauten das Stadtbild anziehender macht und den Wohnungsstandard hebt, um dadurch sowohl in ästhetischer als auch in hygienischer Beziehung vorbildlich auf andere Bauunternehmer einzuwirken. Für die Gemeinde, die daran das grösste Interesse haben muss, erwächst daraus aber der Ansporn, diese genossenschaftlichen Bestrebungen, einerlei, ob sie auf dem Boden gemeinsamen Eigentums stehen oder das Erwerbssystem vertreten, tatkräftig zu fördern, noch mehr als das bislang geschehen ist.

b) Bildungsfürsorge und Gesundheitspflege.

Die Ergebnisse kommunaler Betätigung auf diesen beiden Gebieten der sozialen Fürsorge werden wir noch genauer an anderer Stelle behandeln. Sie kommen nicht nur den unteren Schichten, sondern der ganzen Bevölkerung zugute. Das gilt in gleicher Weise auch von der städtischen Volksbücherei und Lesehalle, welche der Belehrung aller Kreise der Bevölkerung dienen soll. Ausschliesslich für die Arbeiterklassen bestimmt sind dagegen die von den grösseren industriellen Werken geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen, welche mit Ausnahme der Krankenversicherung freiwilliger Natur sind.

Es kommen hier in Betracht auf dem Gebiete des Bildungswesens Handarbeits- und Kleinkinderbewahrschulen, sowie die Bergvorschule, eine im Jahre 1872 gegründete Vorbereitungsanstalt für die Bergschule in Bochum. Sie wird von der dortigen Berggewerkschaftskasse unterhalten und hat den Zweck, jungen Bergleuten, welche mindestens achtzehn Jahre alt und zwei Jahre in der Grube praktisch tätig sind, unentgeltlich Gelegenheit zur Erweiterung ihrer in der Elementarschule erworbenen Kenntnisse zu bieten. Als eine im gewissen Sinne bildungsfördernde Einrichtung ist die Auskunftsstelle für Arbeiterangelegenheiten anzusehen, welche die Gutehoffnungshütte ins Leben gerufen hat. Der Wert dieser Auskunftsstelle liegt vor allem darin, dass die Rechtsuchenden hier völlig unparteiisch Auskunft erhalten und dadurch vor Uebertreibungen, vor Verfolgung unerfüllbarer

Forderungen und unnützen Kosten bewahrt werden. Andererseits wird ihnen hier sachgemässe Behandlung und erfolgreiche Durchführung begründeter Forderungen, soweit letztere überhaupt möglich ist, gewährleistet. Daneben werden in allen anderen Arbeiterangelegenheiten unentgeltliche Ratschläge erteilt.

Eine vielseitige Tätigkeit haben die privaten Unternehmer auf dem Gebiet des Gesundheitswesens entfaltet. Neben den durchweg modernen Wasch- und Badeeinrichtungen finden sich jetzt schon besondere Kranken- und Verbandsräume, in denen die erste Hilfe bei Unfällen geboten wird. Zur Beköstigung eines Teiles ihrer Arbeiter hat die Gutehoffnungshütte besondere Speisesäle errichtet und Speisebeförderungswagen bauen lassen, welche sich regen Zuspruchs erfreuen. Zur Verabfolgung alkoholfreier Getränke haben verschiedene Werke in ihren Betrieben Schankstellen eingerichtet. Eigene Konsumanstalten vermitteln den Bezug von Lebensmitteln, ausserdem versorgen die grösseren Unternehmungen ihre Arbeiterschaft mit Kartoffeln, Grüngemüse,Seefischen usw.

Unter den freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber in der Krankenfürsorge sind hervorzuheben die Unterstützungskassen und Familienkrankenkassen der grösseren Betriebe, welche bedürftigen und kranken Arbeitern wie auch ihren Familienangehörigen zum Teil kostenlos Hilfe gewähren, sowie als besondere Massnahme der Gutehoffnungshütte die im Jahre 1909 eingerichtete Wöchnerinnenfürsorge, welche sich bisher als zweckmässig erwiesen hat.

Die Tätigkeit der Arbeitgeber auf dem Gebiete des Bildungs- und Gesundheitswesens lässt sich zusammenfassend dahin kennzeichnen, dass sie in wachsendem Umfange und in stärkerem Masse noch, als dies beispielsweise bei der Gemeinde der Fall ist, den Bedürfnissen der unteren Klassen zu genügen sucht. Dass dabei die Bedarfsbefriedigung dieser Schichten sich ausgiebiger gestaltet hat auf Kosten der Unternehmer, ist ein den Erfolg dieser sozialen Massnahmen wesentlich steigerndes Moment, das zur Hebung des Selbstbewusstseins und der Lebens- und Arbeitsfreude dieser unteren Klassen ausserordentlich beiträgt.

VI. Gemeindewirtschaft und Gemeindepolitik.

Die Entwicklung der Gemeindewirtschaft[64]) hat sich in immer breiteren Bahnen vollzogen, entsprechend den

[64]) vgl. hierzu und zum folgenden „Die Stadt Oberhausen 1874—1899“ und die Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen von 1862—1914.

mannigfaltigen und vervielfachten Aufgaben, wie sie die Ausdehnung und Steigerung des Wirtschaftslebens natürlicherweise mit sich brachten. Das gewaltige Anschnellen des Eigenbedarfs im Laufe der Jahre zog eine ebenso starke Vermehrung der Einnahmen nach sich, die aber in den ersten Jahrzehnten nur durch grössere Anspannung der Leistungen der einzelnen Gemeindeangehörigen möglich war. Es fehlten die Erwerbseinkünfte, da die Gemeinde weder nennenswertes Grund- und Kapitalvermögen noch auch gewinnbringende Anlagen besass. Sie war in der Erfüllung ihrer Aufgaben lediglich auf die öffentlich-rechtlichen Einnahmen, und zwar in der Hauptsache auf die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern, angewiesen. Diese aber reichten kaum zur Verwirklichung der notwendigsten Zwecke, obwohl sie im Laufe der Zeit beträchtlich erhöht wurden. Die Notwendigkeit, dem wachsenden Bedarf die Einnahmen anzupassen sowie die Erkenntnis, dass eine weitere Belastung durch Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern, welche eine „exorbitante Steigerung" erfahren hatten, nach Möglichkeit zu vermeiden sei, liessen die Einführung von indirekten Steuern als angezeigt erscheinen. Es ist aber erst in den 1890er Jahren dazu gekommen. Der andere Weg, welcher hier in Frage kam, nämlich die Erschliessung privatwirtschaftlicher Einnahmequellen durch Einrichtung von gewerblichen Anstalten mit rentierlichen Betrieben, wurde bereits Mitte der 1870er Jahre beschritten, führte aber auch nicht früher zum Ziel. Ob diese Heranziehung von Erwerbseinkünften zur Deckung des Gemeindebedarfs den erhofften Erfolg gehabt hat, ist eine Frage, die nach den bisherigen Ergebnissen verneint werden muss. Erst in den letzten Jahren konnten Ueberschüsse aus städtischen Betrieben zu diesem Zwecke in stärkerem Masse Verwendung finden. Darauf aber gründet sich die Erwartung, dass die bisher unter ungünstigen Bedingungen sich entwickelnden Gemeindebetriebe bei grösserer Rentabilität künftig immer mehr ihrem Zweck entsprechen werden.

Nach dem preussischen Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 soll der Gemeindebedarf in erster Linie durch Erwerbseinkünfte gedeckt werden. Es muss nach dem Gesagten der Zukunft überlassen bleiben zu bestimmen, wie weit diese Forderung in Oberhausen erfüllt werden kann. Die Gemeindegebühren und -beiträge, die den Erwerbseinkünften in dieser Eigenschaft gleichstehen sollen, sind in ausgedehntem Masse herangezogen worden. Darüber hinaus sehen wir schon seit der Gründung der Gemeinde die Steuern als Finanzquelle dienen, und zwar hat sich unter Ausgestaltung der direkten Steuern ein System von indirekten Steuern herausgebildet. An

der Deckung des Gemeindebedarfs haben die direkten Steuern auch heute noch den grössten Anteil.

Die Erschliessung dieser verschiedenartigen Einnahmequellen erfolgte unter dem Druck der wachsenden Ausgaben. Die Durchführung der vielseitigen Aufgaben, zumal auf wirtschaftlichem Gebiete, erforderte Mittel, die sich nicht immer auf den vorgezeichneten Wegen beschaffen liessen und durch Anleihen aufgebracht werden mussten. In der Art der Entwicklung des Gemeinwesens liegt es begründet, dass der Grundsatz, nur ausserordentliche Ausgaben durch Anleihen zu decken, wiederholt durchbrochen wurde.

a) Gemeindehaushalt.

Gemeindehaushalt ist Finanzwirtschaft der Gemeinde, also Einnahmewirtschaft und Ausgabewirtschaft.[65]) Eine ordnungsgemässe Führung des Gemeindehaushaltes erfordert die Herstellung und Beibehaltung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dieses wird zu erreichen gesucht durch die Aufstellung eines Haushaltsplanes, in welchem die für die nächste Finanzperiode, in unserem Falle für 1 Jahr, zu erwartenden Ausgaben und Einnahmen in das richtige Verhältnis zu einander gebracht werden. Innerhalb dieser im Haushaltsplane gegebenen Richtlinien vollzieht sich im wesentlichen die Führung der Gemeindewirtschaft, wenn auch nicht ohne Abweichung. Der Haushaltsplan gibt uns ein ziemlich getreues Bild des Gemeindehaushaltes.

Die Entwicklung der Finanzwirtschaft Oberhausens wird am besten durch die folgenden Zahlen charakterisiert:[66]) der Etat des Jahres 1865 schloss in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 7820 Talern = 23 460 Mark, der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1913 dagegen mit etwas über 7 Millionen Mark. Dieses kolossale Anschwellen der Ausgaben und infolgedessen auch der Einnahmen, die sich dem Bedarf angeglichen haben, ist, wie verschiedentlich hervorgehoben wurde, die notwendige Folge der Vermehrung und Ausdehnung der Gemeindeaufgaben.

1. Ausgaben.

a) Unterrichtswesen.

Unter den Ausgaben haben diejenigen für Unterrichts- und Bildungszwecke immer einen beträchtlichen Raum eingenommen. Im Jahre 1874 wurden die Schulen auf den Gemeindeetat übernommen; vordem waren

---

[65]) Eheberg, Finanzwirtschaft, 13. Aufl., sowie Staatslexikon, 4. Aufl., Bd. II, S. 446 f.

[66]) vgl. auch die Haushaltspläne der Stadt Oberhausen.

Schulsteuern und Schulgelder zu entrichten, über deren Höhe des öfteren geklagt wurde. Die Steigerung der Schullasten in der Folgezeit lässt dann mehrmals den Wunsch nach ihrer Uebernahme durch den Staat wach werden. „Die Bedürfnisse des Volksschulwesens erfordern die höchsten finanziellen Anstrengungen der Gemeinde, während die Beihilfe des Staates zu diesen, nur unter Steigerung der Kommunalumlagen zu bewältigenden, Schulausgaben auf verschiedene Anträge wiederholt abgelehnt wurde," heisst es in dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1882/83. Die beiden Gesetze vom 14. Juni 1888 und 31. März 1889 brachten dann die erhoffte Erleichterung, die im Jahre 1897 allerdings zum Teil wieder aufgehoben wurde. In welchem Masse besonders die Schullasten gewachsen sind, ergibt sich aus nachstehenden Zahlen. Der Volkschuletat des Jahres 1913 schloss in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 1 284 000 Mk.; davon mussten 1 054 000 Mk. durch Kommunalsteuern aufgebracht werden, d. h. es entfiel auf den Kopf der Bevölkerung in dem genannten Jahre 10,82 Mk. an Schullasten gegen 7,93 Mk. im Jahre 1904 und 4,63 Mk. im Jahre 1888. Innerhalb der letzten 25 Jahre haben sich die Kosten pro Schulkind verdoppelt. Insgesamt wurden für das Unterrichtswesen verausgabt rund 1 600 000 Mk. im Jahre 1913 gegen 110 000 Mk. im Jahre 1874. Also ein gewaltiges Anwachsen dieser Ausgaben, wie es aber in den Industriestädten mit ihrer reissenden Bevölkerungszunahme allgemein festzustellen ist.

b) Armen- und Gesundheitswesen.

Im ersten Jahre des Bestehens der Gemeinde wurden für Armenunterstützung und Krankenpflege 690 Taler ausgegeben, im Jahre 1865 rund 1600 Taler oder 4800 Mark, bei dem Gesamtetat von 23 500 Mk. eine recht beträchtliche Summe. In den folgenden Jahren wuchsen diese Ausgaben ausserordentlich schnell an, vor allem in den wirtschaftlich schlechten Zeiten. So erforderten die Armenbedürfnisse im Jahre 1874 ungefähr 24 000 Mk., vier Jahre später annähernd 39 000 Mk. Davon war der überwiegende Teil von der Gemeinde aufzubringen; von den durch Steuern zu deckenden Armenbedürfnissen entfielen pro Kopf der Bevölkerung 2,19 Mk. im Jahre 1878 gegen 0,31 Mk. im Jahre 1862, also ein Anschnellen der Armenlasten auf mehr als das siebenfache in gut 15 Jahren. Die Kopfquote sank dann bis auf 1,67 Mk. im Jahre 1889/90, erreichte aber schon im Jahre 1895 den Betrag von 2,34 Mk. und ging dann allmählich bis auf 2,46 Mk. im Jahre 1904 und 2,88 Mk. im Jahre 1913 herauf. Die beiden letzten Zahlen enthalten den im Verhältnis zu den

Armenlasten geringfügigen Zuschuss für die Unterhaltung des städtischen Versorgungshauses, das im Jahre 1901 errichtet wurde. Einschliesslich der Zuschüsse zu den drei Krankenhäusern stellten sich die Ausgaben der Gemeinde für Armen- und Krankenpflege auf mehr als 300 000 Mk. im Jahre 1913 oder auf 3,13 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Seit der Gründung der Gemeinde hat sich diese Kopfquote verzehnfacht. „Die Armenpflege bildet bei dem raschen Wachstum der Bevölkerung und den häufig nicht gerade guten Elementen, welche arbeitsuchend in Oberhausen zusammenströmen, von jeher eine erhebliche Belastung des städtischen Haushalts.“[67]) Durch die Bestimmungen der Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz vom 30. Mai 1908, nach welchen die Landarmenverbände auf Kosten der Ortsverbände der Industriegemeinden entlastet worden sind, ist diese Belastung noch grösser geworden. Die Ausgaben für die öffentliche Gesundheitspflege, unter denen neben den Zuschüssen für die Krankenhäuser sowie für die städtische Badeanstalt die Aufwendungen für Bekämpfung ansteckender Krankheiten, für die Unterhaltung des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes, für Wohnungsüberwachung u. dgl. zu nennen sind, halten sich dagegen in mässigen Grenzen. In der Durchführung der Aufgaben, welche den Städten in den letzten Jahrzehnten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege gestellt worden sind, findet Oberhausen bei seinen günstigen Bebauungsverhältnissen wenig Schwierigkeiten.

c) Bauwesen.

Bei der Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete des Bauwesens gilt das Gleiche wie bei der Armenpflege, sie hat von Anfang an die finanziellen Kräfte stark in Anspruch genommen. Für Wege- und Strassenbau wurden im Jahre 1862 etwas über 2000 Mk. aufgewendet, im Jahre 1874 waren es 12 000 Mk. Bis dahin war im Hochbauwesen noch wenig geleistet worden, und man beschränkte sich auch weiterhin zunächst nur auf die Errichtung der notwendigsten öffentlichen Gebäude, der Schulen. Seit den 1890er Jahren wurde dann die Tätigkeit des Hochbauamtes, namentlich durch Schaffung von Gemeindeeinrichtungen und -anstalten, vielseitiger und umfassender. Die Aufwendungen für Wege- und Strassenbau hielten sich zwar in aufsteigender Bewegung, waren aber Ende der 1890er Jahre noch gering; sie betrugen im Jahre 1897 rund 65 000 Mk. Durch den Uebergang zur Pflasterung sind dann die Ausgaben für das Tiefbauwesen

[67]) „Die Stadt Oberhausen 1874—1899,“ S. 49.

ausserordentlich gewachsen; im Jahre 1913 stellten sie sich auf 416 000 Mk. Die dem Tiefbauamt zugewiesenen Aufgaben auf dem Gebiete der Kanalisation, Strassenreinigung, Müllabfuhr usw. sind teilweise nur unter erheblichem Kostenaufwand durchgeführt worden. Allerdings erhält die Stadt einen Teil dieser Ausgaben in Form von Gebühren, Beiträgen usw. zurückerstattet. Immerhin ist der jährliche Zuschuss der Stadtkasse an die Bauverwaltung recht bedeutend; im Jahre 1913 erreichte er fast die Summe von 300 000 Mk.

d) Allgemeine und Polizeiverwaltung.

Die Aufwendungen der Gemeinde für die Zwecke der allgemeinen und Polizeiverwaltung sind im Laufe der Jahre naturgemäss beträchtlich gestiegen, beispielsweise die Ausgaben für Bürobedürfnisse von 1700 Mk. im Jahre 1862 auf 37 000 Mk. im Jahre 1913. Der Zuschuss der Gemeinde für die allgemeine Verwaltung und die Polizeiverwaltung stellte sich im Jahre 1913 auf etwa 520 000 Mark. Die Ausgaben für die Polizeiverwaltung, in denen auch die Kosten für die Unterhaltung der Königlichen Polizei einbegriffen sind, betrugen im Jahre 1913 rund 230 000 Mk., d. h. 2,32 Mk. pro Kopf der Bevölkerung gegen 0,80 Mk. im Jahre 1874.

e) Sonstige Ausgaben.

Unter den übrigen Ausgaben sind zunächst diejenigen für Staats-, Provinzial- und allgemeine Zwecke zu nennen, die sich im Jahre 1913 auf 150 000 Mk. beliefen. Sie enthalten neben einer Reihe von unbedeutenden Kosten die Provinzialumlage in Höhe von 145 000 Mk. Die Gemeindeeinrichtungen und -anstalten erhielten im Jahre 1913 einen Zuschuss von ungefähr 190 000 Mk. Die Ausgaben für Grund- und Kapitalvermögen wurden durch die daraus fliessenden Einnahmen mehr als ausgeglichen. Der Ausgabetitel „Insgemein", unter dem verschiedene kleine Posten zusammengefasst waren, hatte eine Höhe von 80 000 Mk. Für alle diese genannten Zwecke leistete die Gemeinde im Jahre 1913 Zuschüsse im Betrage von mehr als 400 000 Mk.

Die unter den aufgeführten Ausgabetiteln a—e verzeichneten Zuschüsse betrugen im Jahre 1913 insgesamt etwa 2 750 000 Mk.

2. Einnahmen.

Zur Deckung des Gemeindebedarfs wurden von Anfang an die Steuern herangezogen, und zwar mit dem Ansteigen der Ausgaben in immer stärkerem Masse. Zu den Steuern kamen frühzeitig andere öffentlich-rechtliche Einnahmen, die Gebühren und Beiträge; sie haben eben-

falls in zunehmendem Umfang als Deckungsmittel Verwendung gefunden. Neben diesen Abgaben haben die Erwerbseinkünfte eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung erlangt und versprechen bei der künftig zu erwartenden grösseren Rentabilität der Gemeindebetriebe eine ergiebigere Einnahmequelle zu werden. Zu den übrigen Gemeindeeinnahmen sind alle diejenigen zu rechnen, welche weder Abgaben noch Erwerbseinkünfte sind, nämlich Einnahmen aus Stiftungen, Anleihen sowie Subventionen und Dotationen von seiten des Staates.

a) Abgaben.

Bei den Abgaben ist zu unterscheiden zwischen den Steuern einerseits und den Gebühren und Beiträgen andererseits; bei den Steuern wieder zwischen den direkten und indirekten.[68]) Während die letzteren ausschliesslich Kommunalsteuern sind, setzen sich die direkten Steuern aus Staats- und Gemeindesteuern zusammen. Wir haben es hier mit Gemeindesteuern zu tun; die Staatssteuern kommen für uns, da sie nicht der Deckung des Gemeindebedarfs dienen, nicht in Betracht.

a₁) Steuern.

Die Besteuerung des Grundbesitzes und Gewerbebetriebes sowie des Einkommens geschah seit der Gründung der Gemeinde in Form von Zuschlägen zu den vom Staate veranlagten Steuern. Zunächst wurden sie von der Klassensteuer und klassifizierten Einkommensteuer, welche im Jahre 1892 durch die allgemeine Einkommensteuer ersetzt wurden, erhoben, seit 1867 von der Grund- und Gebäudesteuer und bald nachher auch bei der Gewerbesteuer. Während sich aber die Zuschläge zu den Ertragssteuern in ziemlich mässigen Grenzen bewegten, erfuhren sie bei den Einkommensteuern vorübergehend eine ganz ungewöhnliche Steigerung, von 141,66 Prozent im Jahre 1874 auf 510 Prozent im Jahre 1879. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage hat dann allmählich wieder normale Verhältnisse geschaffen. Das gewaltige Anschnellen der Ausgaben führte in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre, nachdem schon vorher indirekte Steuern herangezogen worden waren, zur Umgestaltung und Erweiterung der Ertragssteuern.

Von den im Kommunalabgabengesetz den Gemeinden gegebenen Befugnissen, die Ertragssteuern ihren Bedürf-

---

[68]) Der Einfachheit halber wurde hier die in der Praxis übliche Einteilung zugrunde gelegt, die sich im wesentlichen mit der Unterscheidung zwischen veranlagten Steuern und Gelegenheitssteuern deckt.

nissen entsprechend umzuändern, wurde vorläufig kein Gebrauch gemacht. Namentlich erschien es unzweckmässig, den Ertrag der Gewerbesteuer durch eine sogenannte Kopfsteuer, die sich nach der Zahl der in einem Gewerbebetriebe beschäftigten Personen richten sollte, zu erhöhen. Dagegen wurden mit Rücksicht darauf, dass die Arbeiterbevölkerung die Ausgaben für Schulen, Armenwesen und Polizei in die Höhe treibt, im Jahre 1896 diejenigen Betriebe, in denen über 20 Arbeiter beschäftigt wurden, mit erhöhten Sätzen zur Gewerbesteuer herangezogen. Vom Jahre 1897 beschränkte sich diese Vorbelastung auf die industriellen Betriebe mit 80 und mehr Arbeitern. Heute gibt es 3 Abteilungen solcher vorzubelastender Betriebe: Betriebe mit mehr als 150 Personen, mit 50—150 Personen und mit 20—50 Personen. Die staatlich veranlagten Gewerbesteuersätze der in die drei Abteilungen fallenden Betriebe werden zunächst in der ersten Abteilung um 200 Prozent, in der zweiten um 100 Prozent und in der dritten um 50 Prozent erhöht; von diesen erhöhten Sätzen werden dann 250 Prozent erhoben.

Im Jahre 1896 wurde eine Gemeindebetriebssteuer für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe eingeführt in Höhe von 162 Prozent der staatlich veranlagten Betriebssteuer. Die Gemeindezuschläge im Jahre 1913 stellten sich auf 225 Prozent.

An Stelle der Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer wird seit dem Jahre 1899 eine besondere Grundsteuer erhoben. Die anhaltende Steigerung der Werte der bebauten und unbebauten Grundstücke, sowie die Tatsache, dass die zwischen den bebauten Teilen der Stadt liegenden grossen Flächen durchweg Bauplatzeigenschaft hatten und bei der raschen Entwicklung der Stadt dauernd im Wert steigen würden, liessen es notwendig erscheinen, die Besteuerung in der bisherigen Art fallen zu lassen und eine besondere Gemeindegrundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dadurch wollte man sowohl den Nachteil der Grundsteuer, die den Bauplatzwert nicht genügend berücksichtigte, als auch den der Gebäudesteuer, welche der Wertsteigerung bei der fünfzehnjährigen Veranlagungsperiode nicht folgen konnte, beseitigen. Der Steuersatz vom Tausend des gemeinen Wertes, der bei der Einführung der Gemeindegrundsteuer auf 2,5 festgesetzt war, stellte sich auf 3,4 im Jahre 1913. Mit den im Jahre 1910 eingemeindeten Gebieten wurden besondere Sätze festgelegt, ebenso wie bei der Gemeindegewerbesteuer und Gemeindeeinkommensteuer. Die Gemeindeeinkommensteuer wird in Form von Zuschlägen

zur Staatseinkommensteuer erhoben. Durch das Anwachsen des Gemeindebedarfs war eine wiederholte Erhöhung der Zuschläge, bis auf 225 Prozent im Jahre 1913, unerlässlich.

Das Aufkommen an direkten Gemeindesteuern (in abgerundeten Beträgen von 1000 Mk.) ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich.

Steuerjahr	Einkommensteuer		Gewerbesteuer		Betriebssteuer		Gemeindegrundsteuer	
	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%
1899	530	160	130	160	4	160	140	2,5
1904	965	220	144	220	5	220	192	2,5
1909	1213	225	466	225	8	225	290	2,6
1913	1786	225	460	250	9	225	576	3,4

Zur Deckung des Gemeindebedarfs mussten, wie oben angedeutet, zu Anfang der 1890er Jahre indirekte Steuern herangezogen werden, und zwar Verkehrs- und Aufwandsteuern. Als erste wurde die Biersteuer eingeführt; die Belastung hat sich hier in der durch Reichsgesetz festgelegten Höchstgrenze von 0,65 Mk. pro hl Bier gehalten. Gleichzeitig mit der Lustbarkeitssteuer und Hundesteuer wurde eine Umsatzsteuerordnung festgesetzt, die den gehegten Erwartungen aber nicht entsprach. Nach der neuen Umsatzsteuerordnung vom 23. Januar 1907 wird der Erwerb eines Grundstückes mit 2 v. H. des Wertes des erworbenen Grundstückes besteuert. Die Besteuerung der Schankerlaubnis erfolgt seit dem Jahre 1908 durch die Schankkonzessionssteuer. Die Einführung von zwei weiteren indirekten Steuern, der sogenannten Filialsteuer und der Wertzuwachssteuer war beabsichtigt, scheiterte aber bei der Filialsteuer an der rechtswidrigen Fassung der Steuerordnung, während die von der Gemeinde beabsichtigte Wertzuwachssteuer nicht zur Durchführung gebracht werden konnte, weil inzwischen die Besteuerung des Wertzuwachses an Grundstücken von der Reichsgesetzgebung in Anspruch genommen worden war. Von dem Ertrage der im Jahre 1911 eingeführten Reichszuwachssteuer erhielt die Gemeinde 45 Prozent. Seit dem 30. Juni 1913 wird der Anteil für das Reich, der sich auf 50 Prozent stellte, nicht mehr erhoben, so dass, abgesehen von den 5 Prozent, welche weiterhin in die Staatskasse fliessen, die Zuwachssteuer, wenn auch nicht steuerrechtlich, so doch tatsächlich als Gemeindesteuer anzusehen ist. Der Anteil der Stadt

Oberhausen an der Wertzuwachssteuer in dem Zeitraum von 1911 bis 1913 betrug rund 65 000 Mk.

An indirekten Gemeindesteuern wurden erhoben:

Steuer-jahr	Bier-steuer	Lustbar-keitssteuer	Hunde-steuer	Umsatz-steuer	Schank-konzessions-steuer
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1896	23 108	11 793	3 384	7 843	—
1902	29 936	10 194	8 316	28 033	—
1908	40 168	32 886	7 992	72 278	41 300
1913	55 754	52 915	15 255	59 385	32 650

Nächst der Verkehrssteuer (Umsatzsteuer) haben die Aufwandsteuern (Hundesteuer und Lustbarkeitssteuer) die stärkste Steigerung erfahren. Die Schankkonzessionssteuer ist in ihrem Ertrag absolut zurückgegangen; die Biersteuer hat absolut zwar beträchtlich zugenommen, relativ, d. h. pro Kopf der Bevölkerung, ist ihr Ertrag aber gesunken, von 0,77 Mk. im Jahre 1896 auf 0,56 Mk. im Jahre 1913.

Obwohl die indirekten Steuern in ihrem Gesamtertrage ganz beträchtlich gestiegen sind, erscheinen sie gegenüber den direkten Steuern doch als ziemlich geringfügig. Von je 100 Mk. Gemeindesteuern entfielen[69]) im Rechnungsjahre 1913 auf

Einkommensteuer	54,99 Mk.
Gemeindegrundsteuer	20,07 Mk.
Gewerbesteuer einschliesslich Betriebs- und Schankerlaubnissteuer	18,85 Mk.
Aufwandsteuern	1,88 Mk.
Verkehrssteuer	2,50 Mk.
Verbrauchssteuer	1,71 Mk.

Rechnen wir die Schankkonzessionssteuer, wie es in der Praxis geschieht, zu den indirekten Steuern, obwohl sie als eine Art Sondergewerbesteuer zu den direkten zu zählen ist, so entfielen von dem Aufkommen an Gemeindesteuern auf die direkten Steuern rund 7 v. H. im Jahre 1913. Der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtertrage der Gemeindesteuern stellte sich im Jahre 1906 auf 7,6 Prozent, während er im Jahre 1899 sogar 14,7 Prozent betragen hatte. Die indirekten Steuern sind demnach relativ bedeutend zurückgegangen.

[69]) Statisches Jahrbuch Deutscher Städte, 1916, S. 661.

a 2) Gebühren und Beiträge.

Durch das oben erwähnte Kommunalabgabengesetz wurde den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, zur Deckung ihrer Ausgaben die Gebühren und Beiträge in grösserem Umfange heranzuziehen. Von dieser Befugnis wurde in Oberhausen zunächst durch Einführung von Baupolizeigebühren Gebrauch gemacht; weitere Verwaltungsgebühren wurden für die Inanspruchnahme von Handlungen einzelner Verwaltungsorgane festgesetzt, namentlich auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Polizeiverwaltung. Späterhin wurde das System der Benutzungsgebühren erweitert durch Müllabfuhrgebühren und Kanalbenutzungsgebühren, und die Gebührenordnung für die Benutzung des Schlachthofes mehrfach ergänzt. Die Gebühren für die Benutzung von Schulen, die als Schulgeld heute noch einen Teil der Schulausgaben decken, sowie diejenigen für die Benutzung der Badeanstalt, der Volksbücherei und Lesehalle gehören ebenfalls hierhin, ausserdem noch einige unwichtigere Gebühren. Die meisten Gebührenordnungen sind in den letzten Jahren umgestaltet und erweitert worden. Kennzeichnend ist dabei für das Anwachsen des Gemeindebedarfs, dass die bisherigen Gebührensätze durchweg erhöht wurden und dadurch die jährlichen Einnahmen hieraus verhältnismässig schnell gestiegen sind. So erbrachten die Baupolizeigebühren im Jahre 1896 rund 3600 Mark, im Jahre 1913 etwa 18 000 Mk., also das Fünffache, während die Zahl der erteilten Bauerlaubnisse von etwa 350 auf 1190 stieg, d. h. auf ungefähr das Dreieinhalbfache. Die Isteinnahme[70]) an wichtigeren Gebühren war im Rechnungsjahr 1913:

Kanalbenutzungsgebühren	Müllabfuhrgebühren	Baupolizeigebühren	Zusammen
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
70 504	20 650	17 886	109 040

Neben diesen Gebühren, die ein Entgelt für Handlungen oder Leistungen der kommunalen Behörden darstellen, erlangen die Beiträge immer grössere Geltung. Sie kommen vor ausschliesslich auf wirtschaftlichem Gebiete, im Gegensatz zu den Gebühren, und unterscheiden sich von diesen auch dadurch, dass sie das Prinzip von Leistung und Gegenleistung stärker zum Ausdruck bringen. Die Beiträge werden erhoben zwecks Deckung der

[70]) Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, 1916 S. 668 f.

Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche zwar im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen, aber doch einzelnen Mitgliedern der Gemeinde, in erster Linie Grundeigentümern, besondere wirtschaftliche Vorteile bringen. Die Stadt Oberhausen erhebt Beiträge für die Anlage von Strassen, Plätzen und Kanälen, und wenn ihre Einnahmen daraus auch recht bedeutend sind, so erhält sie in ihnen doch nur einen Teil der aufgewendeten Kosten wieder. Für die Durchführung der Kanalisation wurden bis Ende 1913 rund 1 950 000 Mk. verausgabt, während an Kanalbaukostenbeiträgen bis zu diesem Zeitpunkte etwa 750 000 Mk. eingezogen werden konnten.

Der Anteil der Gebühren und Beiträge an den Gemeindeeinnahmen lässt sich nicht genau feststellen, zumal die Grenze zwischen den Gebühren und den Einkünften aus Gemeindeeinrichtungen, welche häufig gebührenartigen Charakter haben, fliessend ist.

b) Erwerbseinkünfte.

Als Erwerbseinkünfte der Gemeinde bezeichnen wir die Einnahmen aus dem sogenannten Kämmereivermögen und aus gewerblichen oder gewerbeähnlichen Unternehmungen. Bei ihnen handelt es sich nicht um öffentlichrechtliche Einnahmen, die auf Grund des Besteuerungsrechtes der Gemeinde erhoben werden, sondern um privatwirtschaftliche, welche die Gemeinde aus der Bewirtschaftung ihres Vermögens und ihrer Unternehmungen erzielt. — Als Deckungsmittel für die Ausgaben kommen die Einkünfte aus dem Kämmereivermögen, d. h. Grund- und Kapitalvermögen, ernstlich nicht in Frage. Das zu öffentlichen und privaten Zwecken verwendete Grundvermögen erbrachte im Jahre 1913 etwa 30 000 Mk., das Kapitalvermögen eine annähernd gleiche Summe; der Ertrag aus der Bewirtschaftung des Kämmereivermögens war demnach rund 60 000 Mk. Von dieser verhältnismässig kleinen Summe darf allerdings kein Rückschluss auf die Grösse des Kämmereivermögens gezogen werden, da es sich vor allem bei den Einnahmen aus dem Grundvermögen durchweg um geringfügige Pachterträge handelt, die zu dem Wert der verpachteten Grundstücke in gar keinem Verhältnis stehen. Zudem wirft ein Teil des Gemeindegrundbesitzes, z. B. Park- und Schmuckanlagen, überhaupt keinen Ertrag ab.

Eine grössere Quelle privatwirtschaftlicher Einnahmen bilden die Ueberschüsse aus den gewerblichen Unternehmungen der Gemeinde; sie wurden für das Jahr 1913 auf annähernd 125 000 Mk. veranschlagt. Diese Summe setzt sich jedoch nur aus den Ueberschüssen dreier Betriebe, des Gaswerkes, des Elektrizitätswerkes und des

Schlachthofes, zusammen, während das Wasserwerk und die Strassenbahn keinen Gewinn abwarfen. Die Entwicklung der städtischen Betriebe, die wie mehrfach angedeutet, unter ungünstigen Bedingungen sich vollzogen hat, geht in der Richtung zunehmender Rentabilität. In Zukunft würde also ein grösserer Teil der Gemeindeausgaben durch Ueberschüsse aus gemeindlichen Betrieben gedeckt werden können. Wie weit eine solche Verwendung gehen darf, ist eine strittige Frage, die sich nur mit Rücksicht auf den Zweck der einzelnen Unternehmung beantworten lässt. Falls diese Ueberschüsse aus Unternehmungen fliessen, die tatsächlich monopolistischen Charakter haben, und das ist bei den obengenannten der Fall, so enthalten sie offenbar eine indirekte Steuer. Mit den Vorteilen der indirekten Steuer verbindet sich aber nur zu häufig der Nachteil ungleicher und ungerechter Verteilung. Demnach sind die Ueberschüsse aus gewerblichen Betrieben in grösserem Massstabe nur zu billigen, wenn die Abstufung der Taxe für die Benutzung der einzelnen Gemeindeanstalten die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit in der Weise berücksichtigt, dass die Verteilung auf die einzelnen Steuerträger vom sozialen Gesichtspunkt aus eine gerechte ist. Es darf das öffentliche Bedürfnis, um welches es sich bei diesen Anstalten handelt, nicht dem finanziellen Bedürfnis der Gemeinde nachstehen.

c) Sonstige Einnahmen.

Für die Deckung des Gemeindebedarfs kommen ausser den beiden genannten Einnahmegruppen, den Abgaben und Erwerbseinkünften, noch andere Einnahmearten in Betracht, Anleihen, Stiftungen sowie Dotationen und Subventionen.

Die Anleihen stellen keine reinen Einnahmen dar, da bei ihrer Eingehung eine gleichgrosse Schuld übernommen wird. Als ausserordentliche Einnahmen sollen die Anleihen in der Regel nur ausserordentliche Ausgaben bestreiten, also nicht zur Deckung eines reinen Verwaltungsdefizits, d. h. eines Fehlbetrages aus der Erfüllung der regelmässigen Funktionen der Gemeinde, verwendet werden. Von den in den Jahren 1886—1912 aufgenommenen Anleihen im Gesamtbetrage von ungefähr 10 Millionen Mark, welche am Ende dieses Zeitraumes noch nicht getilgt waren, diente nur ein Teil mit gut der Hälfte dieser Summe der Anlage von gewerblichen Anstalten, also einem unmittelbar produktiven Zweck, während die übrigen Anleihen in der Hauptsache die Kosten für den Bau von Schulhäusern, Strassen und Kanalisationsanlagen decken mussten. So sehr dieses Verfahren auch

den Grundsätzen einer geordneten Finanzwirtschaft widerspricht, so ist doch bei der Unzulänglichkeit der gewöhnlichen Mittel und dem Mangel an veräusserungsfähigem Gemeindevermögen kein anderer Weg gangbar gewesen, um die notwendigsten Aufgaben zu erfüllen.

Stiftungen und Schenkungen, deren Erträgnisse zu dauernden Anlagen verwendet werden, kommen vor auf dem Gebiete der Armen- und Gesundheitspflege. Sie sind vereinzelt und von nicht nennenswerter Bedeutung.

Subventionen, das sind Beihilfen des Staates für bestimmte Zwecke, finden sich vor allem bei den Volksschulen. Durch das Gesetz vom 28. Juli 1906 betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen ist die Beitragsleistung des Staates auf diesem Gebiete angemessen geregelt worden. Die Zuschüsse des Staates zur Unterhaltung der Volksschulen in Oberhausen stellten sich im Jahre 1913 auf mehr als 220 000 Mk., eine im Vergleich zur Höhe der gesamten Volksschullasten nicht unerhebliche Summe.

Bei den Dotationen haben wir es mit staatlichen Zuschüssen zu tun, die nicht auf Grund dieser subsidären Pflicht des Staates erfolgen und auch nicht mit einer besonderen Zweckbestimmung verbunden sind. Wir haben sie bei der Wertzuwachssteuer kennen gelernt. Es wurden hier der Gemeinde von dem Ertrage der Steuer 5 Prozent überwiesen als Entschädigung für die Veranlagungs- und Erhebungskosten, zugleich aber auch als Ansporn des Interesses der Gemeinde am richtigen Eingang der Steuer.

Diese Einnahmen aus Subventionen und Dotationen sowie aus Stiftungen und Anleihen bilden zusammengenommen eine mitunter recht ergiebige Finanzquelle, die aber wegen ihrer Unbeständigkeit und insbesondere wegen ihrer schwankenden Grösse bei der Führung der Gemeindewirtschaft nur in zweiter Linie heranzuziehen ist.

b) Gemeindepolitik.

Bei der Durchführung ihrer vielseitigen Aufgaben stehen der Gemeinde die Mittel ihrer eigenen Wirtschaft zu Gebote. Sie in der richtigen Auswahl zu verwenden, damit jeweils die Zwecke der Gemeinde am besten verwirklicht werden, ist richtig geübte Gemeindepolitik.[71])

Gemeindewirtschaft und Gemeindepolitik stehen in engster Wechselbeziehung. In der Verwirklichung ihrer Zwecke ist die Gemeinde an die zur Verfügung stehenden

---

[71]) vgl. im folgenden Staatslexikon, Bd. IV. S. 193 und 1270 ff. sowie Philippovich, Grundriss der Politischen Oekonomie, 7. Aufl., Bd. II.

Mittel gebunden; nach ihnen richtet sich ihre Tätigkeit, kann sie sich mehr oder weniger frei entfalten. Andererseits bewirkt eine Vermehrung oder eine Vergrösserung der Aufgaben, wie im vorhergehenden kurz gezeigt wurde, ein Anwachsen des Gemeindebedarfs und dadurch auch der Einnahmen, die sich dem Bedarf möglichst anzugleichen suchen. Also Abhängigkeit hier wie dort. Immer aber findet die Gemeindepolitik ihre Grenzen in der Beschränktheit der verfügbaren Mittel, welche sie ohne Schädigung der Wirtschaft nicht willkürlich steigern kann. Eine kräftige Politik muss notwendig einen starken Rückhalt haben.

Als Erfordernis einer klugen Gemeindepolitik müssen wir es ansehen, dass sie die Mittel ihrer Wirtschaft nicht über das höchste zulässige Mass hinaus in Anspruch nimmt und sie ferner in der Richtung ihrer erfolgreichsten Wirkung benutzt.

Je nach den Zielen, welche die Gemeindepolitik verfolgt, unterscheiden wir verschiedene Arten. Zunächst eine Politik, welche die Erhaltung des Gemeindegebietes erstrebt, eine Gebietspolitik, die häufig in eine Eingemeindungspolitik übergeht, dann eine Rechtspolitik, welche die Durchführung der Rechtsordnung bezweckt. Beide kommen für uns nur mittelbar in Betracht. Das Interesse an Fragen, welche sich auf die Form und rechtliche Ordnung des Gemeinwesens beziehen, hat immer mehr dem Interesse an den anderen weichen müssen, die sich auf den Inhalt des sozialen Lebens erstrecken. Die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt gehört jetzt zweifellos zu den ersten Zwecken der Gemeinde. Neben dieser Wohlfahrtspolitik der Gemeinde haben wir eine Wirtschaftspolitik, die sich in eine Agrar-, Gewerbe- sowie eine Handels- und Verkehrspolitik gliedern lässt. Der Begriff Wohlfahrtspolitik, enger gefasst, d. h. unter Ausschluss der Wirtschaftspolitik, die ja letzten Endes auch die Förderung der Interessen des einzelnen verfolgt, deckt sich also nur zum Teil mit dem Begriff Sozialpolitik.

1. Wirtschaftspolitik.

Aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung heraus ist es zu verstehen, warum die Gemeindepolitik auf dem Gebiete der Landwirtschaft so gut wie untätig geblieben ist. Es konnte nicht im Interesse der Gemeinde liegen, die langsam fortschreitende, ertragsarme Landwirtschaft gegenüber der mächtig aufblühenden Industrie, die das Wirtschaftsleben vollkommen beherrschte, nachdrücklich zu fördern. Sie vermochte den Rückgang der Landwirtschaft nicht aufzuhalten und hat sich daher im wesentlichen die Hebung der Technik und des Ab-

satzes angelegen sein lassen, ohne allerdings immer Erfolg zu haben. Ein in den 1860er Jahren von der Gemeinde eingerichteter Viehmarkt in Verbindung mit einem Jahrmarkt für landwirtschaftliche Geräte wurde nur schwach besucht; die von der Gemeinde ausgesetzten Prämien zur Belebung der Rinderzucht hatten keinerlei Wirkung. Im Anschluss an die Lokalabteilung Duisburg des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreussen bildete sich auf Veranlassung des damaligen Bürgermeisters anfangs der 1880er Jahre ein landwirtschaftliches Kasino, welches die Steigerung des rationellen Betriebes bezweckte. Es hat die hieran geknüpften Erwartungen nur zum geringen Teil erfüllt. Im ganzen genommen sind die Massnahmen, welche von der Gemeinde im Interesse der Landwirtschaft getroffen wurden, nur von geringem Erfolg begleitet gewesen.

Eine grössere Wirksamkeit hat die Gemeinde naturgemäss auf dem Gebiete des Gewerbewesens entfalten können. Hier ist sie durch Einrichtung eigener Gewerbebetriebe in den 1890er Jahren in den Kreis der Unternehmer getreten und hat sich dadurch selbst die Möglichkeit geschaffen, die Tätigkeit der Unternehmer nach mancher Richtung hin günstig zu beeinflussen. Bei der Pflege der allgemeinen Bedingungen gewerblicher Produktion ist die Begünstigung der Errichtung neuer Unternehmungen und das Streben nach Erhaltung der bestehenden durch weitgehende individuelle Förderung von seiten der Gemeinde als Hauptmoment hervorzuheben. Die gewerblichen Produktionsbetriebe sind individualisiert, verschieden je nach der Form, nach der Zusammensetzung des Kapitals, nach der Technik und wirtschaftlichen Organisation, und müssen deshalb auch nach der Leistungsfähigkeit verschieden beurteilt werden. Aus dieser Erwägung heraus wurde die Besteuerung der Gewerbebetriebe durch die Gemeinde nicht in der Form der vielfach üblichen Kopfsteuer vorgenommen, welche die Betriebe lediglich nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen einschätzt, sondern in der oben angegebenen Weise der Vorbelastung, welche die Betriebe bis zu 20 Personen frei lässt. Also eine Steuererleichterung für die kleineren Betriebe.

Bestrebungen der Gemeinde, die eine Ansiedelung weiterer gewerblicher Unternehmungen bezwecken, haben wir im vorhergehenden als Grund für die umfangreichen Landankäufe durch die Städtische Grundstücksverwaltung an der Ruhr und am Rhein—Herne-Kanal kennen gelernt. Die Zunahme der gewerblichen Betriebe seit den 1860er Jahren, welche parallel mit dem Ausbau des Verkehrsnetzes erfolgte, ist nicht zum geringen Teil auf die fortgesetzten Bemühungen der Gemeinde nach einer Ver-

besserung der Verkehrsmittel und -wege zurückzuführen. Dadurch hat sie gleichzeitig zur Hebung des Absatzes beigetragen.

Unter den Massnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete der Absatzpolitik sind diejenigen, welche auf eine Deckung des Bedarfs der öffentlichen Verwaltung bei den einheimischen Produzenten hinausgehen, besonders hervorzuheben, weil durch sie gerade das Mittel- und Kleingewerbe Vorteile gehabt haben. So vor allem das Baugewerbe und die mit ihm verwandten Gewerbszweige, die bei der Ausführung von Lieferungsaufträgen der Gemeinde, z. B. bei Neubauten von Schulen, nach Möglichkeit herangezogen worden sind. Im Interesse des mittleren und kleinen Gewerbes, des Handwerks, erging von der Gemeinde aus die Anregung zur Gründung der Gewerbebank, die, wie die Entwicklung zeigt, von günstiger Wirkung auf die wirtschaftliche Lage dieser Gewerbetreibenden gewesen ist und dadurch den Erwartungen von seiten der Gemeinde vollkommen entsprochen hat. Aus ähnlichen Erwägungen heraus wurde im Jahre 1913 bei der städtischen Sparkasse durch Einführung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs mit Scheck- und Giroüberweisung eine Einrichtung geschaffen, die in erster Linie den Gewerbetreibenden durch Vereinfachung ihres Geschäftsverkehrs zugute kommen sollte. Weiterhin übernahm die Gemeinde im Jahre 1873 die einige Jahre vorher als Privatschule zur Förderung der technischen und wirtschaftlichen Bildung des gewerblichen Nachwuchses gegründete Handwerkerfortbildungsschule. Der technische und gewerbliche Unterricht ist ja ein hervorragendes Mittel zur direkten Hebung des Gewerbefleisses.

Während zur Erfüllung dieser Aufgaben und einiger anderer die Gemeinde besondere Einrichtungen und Anstalten schaffen muss, erfolgt die Verwirklichung weiterer gewerbepolitischer Zwecke durch die laufende Tätigkeit der Gemeindeverwaltung. Von dieser öffentlichen Verwaltung ist die Einrichtung der gewerblichen Produktion oft in nicht geringem Masse abhängig und die Massnahmen der gewerblichen Produktionspolitik, welche sich in eigenen Einrichtungen und Anstalten verkörpern, bedürfen zu ihrer Unterstützung einer Durchbildung des ganzen mit der Verwaltung betrauten Beamtenkörpers, der die Interessen der gewerblichen Entwicklung zu beachten und zu beurteilen vermag.[72]) Wie tiefgehend der Einfluss, den die Gemeinde durch die öffentlichen Unternehmungen auf die privatwirtschaftliche Produktion ausübt, lässt sich zahlenmässig nicht abwägen. Da

[72]) vergl. Philippovich, a. a. O., S. 301 f.

es sich bei den Gemeindebetrieben fast ausschliesslich um Monopole handelt, bei denen also die privatwirtschaftliche Konkurrenz ausgeschaltet ist, so ist die Möglichkeit einer stärkeren Betonung des gemeinwirtschaftlichen Interesses gegenüber dem finanzpolitischen gegeben. Durch das Zurücktreten des privatwirtschaftlichen Prinzips, z. B. bei der Licht- und Kraftversorgung, werden die Produktionsbedingungen der privatwirtschaftlichen Unternehmungen wesentlich erweitert.

Auf dem gewerblichen Gebiete sehen wir also die Gemeinde eine weit fruchtbarere und wirksamere Tätigkeit entfalten als auf dem der Landwirtschaft. Der Grund dafür liegt zunächst in der verschiedenartigen Gestaltung dieser beiden Produktionszweige, aus der heraus eine stärkere Beeinflussung der gewerblichen Produktion der Gemeinde zu verstehen ist, dann aber auch, und zwar hauptsächlich, in ihrer entgegengesetzten Entwicklungsrichtung; mit dem Rückgang der Landwirtschaft und dem Aufblühen von Industrie und Gewerbe mussten sich die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Kommunalverwaltung immer mehr auf das gewerbliche Gebiet erstrecken.

Die Vorkehrungen der Gemeinde zur Förderung des Handels und Verkehrs sind dabei vielseitiger geworden. Sie bezweckten zunächst eine Besserung der inneren Verkehrsverhältnisse durch Beseitigung von Verkehrshindernissen und Schaffung eines gut ausgebauten Wegenetzes. Gleichzeitig waren sie auf Schaffung günstiger Verkehrsverbindungen gerichtet. Nach diesen beiden Richtungen hin ist die Tätigkeit der Verwaltung nach wie vor wirksam geblieben, mittelbar, indem sie die Projekte zur Anlage oder Verbesserung von Schienen- und Wasserwegen mit grossem Eifer verfolgte, unmittelbar aber durch Ausgestaltung der Beziehungen im Orts- und Nachbarortsverkehr. Hier ist vor allem die schon angeführte Tatsache, dass Oberhausen als eine der ersten deutschen Städte eine eigene elektrische Strassenbahn baute, bezeichnend für die weitschauende Verkehrspolitik, ebenso wie die der Beteiligung an der gleichfalls erwähnten kommunalen Vereinigung für den Bau einer Rheinisch-Westfälischen Städtebahn durch das Industriegebiet. Bei der Durchführung ihrer den Verkehr fördernden Massnahmen hat sich die Gemeinde in erster Linie von wirtschaftlichen, besonders gewerbepolitischen, Erwägungen leiten lassen. Die Ausdehnung des Verkehrsnetzes ist von tiefgreifendem Einfluss auf die Entwicklung des Handels und indirekt auch auf die der gewerblichen Produktion gewesen. Verbesserung der Verkehrsbedingungen war hier so gut wie gleichbedeutend mit Ausdehnung der gewerblichen Produktion. Auf dem Gebiete des Handels

war die Gemeinde weiterhin tätig, als sie eine Vertretung in der Handelskammer verlangte und auch erreichte, als sie ferner die Errichtung von Bankinstituten begünstigte und hier selbst den Anstoss zur Gründung der mehrfach genannten Gewerbebank gab.

2. Wohlfahrtspolitik.

Es handelt sich hier um Massnahmen der Gemeinde einerseits auf dem Gebiete der Armen- und Gesundheitspflege, andererseits auf dem der Arbeiterfürsorge. Eine scharfe Abgrenzung beider Gebiete ist nicht möglich, wie schon die Stellung der Armenpflege, aus der zweifellos die unteren Klassen den grössten Nutzen ziehen, erkennen lässt. Ueber die finanziellen Aufwendungen, welche die Durchführung dieser vielseitigen und stetig anwachsenden Aufgaben in einzelnen Jahren erforderte, wurde bereits früher gesprochen.

a) Armenpflege.

Die Ausübung der Armenpflege[73]) geht vor sich in den beiden Formen der offenen und der geschlossenen Armenpflege. Seit dem Jahre 1882 ist in der offenen Armenpflege das sogen. Elberfelder System in Anwendung, das im Jahre 1896 durch Heranziehung eines mit den Armenverhältnissen vertrauten Gemeindebeamten die notwendige Ergänzung erhalten hat. Wesentliche Aenderungen in der Durchführung der Armenpflege sind seitdem nicht eingetreten; dagegen sind die Aufwendungen der Gemeinde für diese Zwecke infolge der Eingemeindungen des Jahres 1910 und der vorher in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen, auf die oben hingewiesen wurde, nicht unerheblich gestiegen. Im Jahre 1913 zerfiel das Stadtgebiet in 15 Bezirke, von denen jeder in Quartiere eingeteilt war. Jedes Quartier hatte einen Armenpfleger, jeder Bezirk einen Bezirksvorsteher. Armenpfleger und Bezirksvorsteher wurden in ihrer Tätigkeit unterstützt durch den von der Gemeinde angestellten Kontrollbeamten, der eine laufende Aufsicht über die unterstützten Personen und deren Angehörigen, namentlich in bezug auf Arbeitsfähigkeit, Erwerbsverhältnisse, anderweitige Unterstützungen usw. auszuüben hat. Die Mithilfe von Frauen in der Armenpflege findet nur vereinzelt statt. Die Ergebnisse dieser freiwilligen Armenpflege werden, zumal seit dem Zusammenwirken unter sachkundiger Leitung, als allgemein günstig bezeichnet.

Geschlossene Armenpflege wird ausgeübt in dem 1901 in Benutzung genommenen Versorgungshaus, das zur Unterbringung von obdachlosen Armen und solchen

---

[73]) vgl. im folgenden die Verwaltungsberichte der Stadt Oberhausen.

unterstützungsbedürftigen Personen dient, welche einer strengen Aufsicht bedürfen. Die Pfleglinge werden je nach ihrer Fähigkeiten mit landwirtschaftlichen Arbeiten, mit häuslichen Arbeiten oder einfacheren Handarbeiten beschäftigt. Die Unterbringung der verwaisten und verlassenen Kinder erfolgt, soweit sie nicht im städtischen Versorgungshause oder in Privatpflege geschehen kann, in den beiden Waisenhäusern.

Für die Armenkrankenpflege, welche häuslicher Natur ist und nicht in den Krankenhäusern ausgeübt wird, werden besondere Armenärzte herangezogen; ausserdem übernimmt die Armenverwaltung nötigenfalls die Kosten spezialistischer Behandlung. Die Zahl der auf Grund des Gesetzes vom 11. Juli 1899 in Anstalten untergebrachten Taubstummen, Blinden, Irren usw. ist in den letzten Jahren, ebenso wie in den anderen Armenverbänden des Industriebezirks, so auch hier fortgesetzt gestiegen; die von der Armenverwaltung für diese Kranken zu tragenden Spezialpflegekosten wurden zudem durch die Provinzialverwaltung, welcher die Fürsorgepflicht für die Sicherstellung der erforderlichen Anstalten und die allgemeinen Verwaltungskosten übertragen sind, im Jahre 1911 erhöht. Als besondere, der öffentlichen Armenverwaltung nicht gesetzlich obliegende, aber doch ihren Zwecken dienende Einrichtungen sind zu nennen die Unterbringung kränklicher Kinder in dem benachbarten Solbad Raffelberg und die Verabreichung eines warmen Frühstücks an arme Schulkinder in den Wintermonaten.

b) Gesundheitspflege.

Von den Vorkehrungen, welche die Gemeinde im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege getroffen hat, wurden diejenigen, welche mit der Besserung der Wege- und Kanalisationsverhältnisse in Verbindung stehen, nämlich die Strassenreinigung und -besprengung, Müllbeseitigung und Kanalisation, an früherer Stelle besprochen. Dass die Kanalisation einem dringenden Bedürfnis entsprach und die bisherigen Misstände, soweit sie durchgeführt ist, beseitigt hat, darf nicht übersehen werden. Fraglich ist dagegen, ob die Einführung der Müllbeseitigung die grosse günstige Wirkung auf die Gesundheitsverhältnisse gehabt hat, die ihr zugeschrieben wurde.[74]) Auf die Trinkwasserversorgung, welche früher

[74]) Im Verwaltungsbericht der Stadt Oberhausen 1894/95, S. 25 wird nämlich behauptet, dass die Abnahme der Sterbefälle von 27,10 auf 24,81 in dem verflossenen Jahre wohl auf die ausgedehntere Abfuhr des Gemülls und der Haushaltsabfälle zurückzuführen sei.

ausschliesslich durch Privatunternehmer erfolgte, hat die Stadt jetzt unbeschränkten Einfluss gewonnen, so dass eine gleichmässige Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser gesichert ist.

Zur Bekämpfung einzelner ansteckender Krankheiten hat die Gemeinde mehrfach Schritte unternommen. Die Wohnungsüberwachung liegt in den Händen städtischer Polizeiorgane, ebenso die Durchführung der Desinfektion solcher Wohnungen, in denen Fälle von ansteckenden Krankheiten vorgekommen sind. In Gemeinschaft mit den Nachbarkreisen errichtete die Stadt in Holsterhausen bei Werden eine Volksheilstätte für Lungenkranke der Kreise Essen-Land, Essen-Stadt, Mülheim (Ruhr), Dinslaken, Duisburg, Oberhausen und Hamborn. Zur Verminderung der Kindersterblichkeit hat die Stadt bis jetzt noch nichts Positives geleistet, obwohl Mittel zu diesem Zweck zur Verfügung stehen und die Notwendigkeit solcher Vorkehrungen durch die ungünstige Sterbefolge zweifellos erwiesen ist. Als weitere Massnahme der Gemeinde gehören hierhin die Zuschüsse zu den drei Krankenhäusern und schliesslich die Impfungen.

Unter den Gemeindeanstalten und -einrichtungen, welche zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege bestimmt sind, sind noch hervorzuheben das Nahrungsmitteluntersuchungsamt, welches den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln überwacht, die Badeanstalt, deren Entwicklung bis jetzt nur bei dauerndem städtischen Zuschuss möglich gewesen ist, sowie endlich die öffentlichen Zieranlagen, denen die Stadtverwaltung vor allem in den letzten Jahren grosse Aufmerksamkeit zugewendet hat.

c) Arbeiterfürsorge.

Während die Massnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete der Armen- und Gesundheitspflege für die Allgemeinheit bestimmt sind, in erster Linie allerdings doch den unteren Bevölkerungsschichten zugute kommen, erstreckt sich die kommunale Arbeiterfürsorge, wie der Name schon sagt, ausschliesslich auf die Arbeiterklassen. Bestrebungen der letzteren Art reichen in die früheste Zeit der Gemeinde zurück, kamen aber bei dem Mangel an erforderlichen Mitteln nicht über die Anfänge hinaus und sind auch heute noch keineswegs mit Erfolg durchgeführt. Als Hauptergebnisse kommunaler Arbeiterfürsorge sind gegenwärtig anzusehen die städtische Arbeitsnachweisstelle und die Gemeinnützige Baugenossenschaft.

Die im Jahre 1895 als Kommunalanstalt errichtete Arbeitsnachweisstelle bezweckt den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die

Gemeinde ist die berufene Trägerin der Arbeitsvermittlung, da sie vornehmlich in der Lage ist, durch unparteiische, kostenlose und umfassende Tätigkeit auch den Unbemittelten in zweckmässigster Weise zu dienen. Wenn trotzdem die städtische Arbeitsnachweisstelle sich verhältnismässig langsam entwickelt hat, so liegt dies begründet in der Konkurrenz der anderen Arbeitsnachweise und der von den industriellen Grossbetrieben unterhaltenen Arbeitsannahmestellen, bei denen sich naturgemäss die in der Grossindustrie Arbeit Suchenden unmittelbar zu melden pflegen. Infolgedessen waren die meisten der bei der städtischen Arbeitsnachweisstelle vorsprechenden Personen ungelernte und durchreisende Arbeiter; 10 Prozent waren Ausländer. Es stieg die Zahl der Arbeitsuchenden in dem Zeitraum 1900—1913 von 350 auf 1733, die Zahl der offenen Stellen von 185 auf 238. Veranlasst durch die auf Fürsorge für die Arbeitslosen gerichteten Bestrebungen, nahm die Stadtverwaltung gleichzeitig mit der Volkszählung des Jahres 1910 eine Arbeitslosenzählung vor, um einen Ueberblick über die Zahl derjenigen Arbeitslosen zu gewinnen, die für eine gegebenenfalls einzurichtende Arbeitslosenversicherung in Betracht kommen könnten. Das Ergebnis der Zählung, die sich nur auf solche Personen erstreckte, welche ihre bisherige Beschäftigung wegen Arbeitsmangel und Betriebseinschränkung aufgegeben hatten, war sehr gering; es wurden 18 unfreiwillige Arbeitslose festgestellt.

Zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens beteiligte sich die Gemeinde in Verbindung mit Vertretern der bedeutenderen Gewerbebetriebe im Jahre 1899 an der Bildung einer „Gemeinnützigen Baugenossenschaft", die, wie im vorigen Kapitel des näheren gezeigt, dank der finanziellen Unterstützung durch die Gemeinde bisher eine günstige Entwicklung genommen hat.

Auf dem Gebiete der kommunalen Fürsorge für die Arbeiterbevölkerung bleiben noch zu erwähnen die Beteiligung der Stadt an der Gesellschaft für Milchausschank in Rheinland und Westfalen, deren Milchhäuschen sich eines befriedigenden Zuspruchs, namentlich aus den Kreisen der Arbeiterbevölkerung, erfreuen, sowie die bei der städtischen Sparkasse vorgenommene Einführung des Heimsparbüchsensystems, wodurch in erster Linie der Sparsinn der Minderbemittelten gehoben werden sollte.

Zusammenfassung und Schluß.

In den vorstehenden Ausführungen haben wir ein Bild zu geben versucht von der Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in Oberhausen bis zu ihrem gegenwärtigen Stande, indem wir die Entwicklung der hauptsächlichsten Wirtschaftsfaktoren mit ihren Wirkungen einmal auf den Ausbau des Gemeinwesens, sodann auf die Umbildung des sozialen Lebens, insbesondere der unteren Schichten, verfolgten. Den Verlauf und die wesentlichsten Ergebnisse dieser Entwicklung fassen wir abschliessend in einem kurzen Ueberblick zusammen.

Die Landwirtschaft, bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts im Wirtschaftsleben ausschliesslich vorherrschend, bleibt trotz des Aufkommens der Industrie in den ersten Jahrzehnten des folgenden Jahrhunderts noch im Uebergewicht. Erst die Erschliessung des Gebietes durch die Eisenbahn und das dadurch begünstigte Aufblühen der Industrie drängen sie zurück; der bäuerliche Besitz schwindet, er wandert in die Hände des Kapitals. Die in der Mitte der 1890er Jahre einsetzende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung beschleunigt diesen Prozess, der gleichzeitig zur stärksten Ausbildung des Parzellenbetriebes geführt hat. Heute spielt die Landwirtschaft im Erwerbsleben die unbedeutendste Rolle.

Die ersten Ansätze der Industrie finden sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Sie kamen zunächst kaum zur Entwicklung und erst ihre Vereinigung in der Gutehoffnungshutte sowie die durch die Beseitigung der Kleinstaaten bewirkte Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs in der engeren Heimat haben günstigere Bedingungen geschaffen. Der eigentlich Beginn der Industrialisierung unserer Gegend fällt aber erst in die Mitte des verflossenen Jahrhunderts. Mit der nach 1850 erfolgten Ausbreitung des Kohlenbergbaues vermochte sich erst die Eisenindustrie kräftig zu entwickeln. Zu der Gutehoffnungshütte gesellten sich dann in ziemlich rascher Aufeinanderfolge Stahlgiessereien, Fabriken für Brückenbau und Eisenkonstruktionen, Dampfkesselwerke usw. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen auch die Anfänge der nächst Eisenindustrie und Bergbau wichtigsten Zweige unserer heutigen Industrie: des Zinkweiss- und Zinkwalzgewerbes, der chemischen Industrie und der Glasindustrie. Innerhalb des Bergbaues nimmt die Zeche Concordia gegenwärtig die führende Stellung ein, in der Eisenindustrie hat die Gutehoffnungshütte bis heute ihren Vorrang gehalten. Unter dem Schutz der aufblühenden Industrie hat sich in den letzten fünfzig Jahren ein vielseitiges Mittel- und Kleingewerbe herausgebildet. Während das Mittelgewerbe im wesentlichen

durch seine dem Metallverarbeitungsgewerbe und der Werkzeug- und Maschinenindustrie angehörenden Betriebe gekennzeichnet wird, sind im Kleingewerbe durch die meist handwerksmässig geführten Betriebe hauptsächlich die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und das Bekleidungsgewerbe vertreten. Entsprechend dem jeweiligen Stande der Grossindustrie, welche die allgemeine wirtschaftliche Lage entscheidend beeinflusste, ist die Ausbildung des Mittel- und Kleingewerbes vor sich gegangen. Neben einer blühenden Grossindustrie finden wir heute ein kräftig entwickeltes Mittel- und Kleingewerbe vor.

Im Zusammenhang mit dem gewerblichen Aufschwung haben Handel und Verkehr immer mehr an Ausdehnung gewonnen. Andererseits konnte die gewaltige Steigerung der gewerblichen Produktion erst erfolgen, als das bisher verkehrsarme Gebiet durch die Eisenbahn nach allen Seiten hin erschlossen worden war und späterhin die Verkehrsbeziehungen sich immer mehr vervollkommneten. Welche Bedeutung dieser Gebietserschliessung durch die Eisenbahn von Anfang an zugemessen wurde, geht aus den nachstehenden Aeusserungen Levin Schückings in seinen 1856 erschienenen „Schilderungen und Geschichten von Minden bis Köln" hervor. „Die Eisenbahn aber führt uns weiter nach Oberhausen, in eine Landschaft, welche eine Staffage von nordamerikanischem Gepräge hat, wir befinden uns in einer wahren Urheide und mitten in ihr erblicken wir die Schöpfungen des modernsten Kulturlebens, eben aus dem Boden gestiegene Stationsgebäude, Häuser, Hotels, Fabriketablissements, und ehe viele Zeit verfliesst, wird mit amerikanischer Schnelligkeit eine Stadt aus diesen Sandhügeln aufwachsen, das verbürgt der Knoten der Bahnlinien, der sich hier schürzt."

Die Zeit hat die Vorhersage dieses weitschauenden Schriftstellers in überraschend kurzer Zeit verwirklicht. Auf einem Platz von günstiger Verkehrslage entstand im Verlauf weniger Jahrzehnte ein Stadtgebiet, das heute nahezu den Umfang einer Grosstadt hat, das ferner über vorzügliche Verkehrsbeziehungen mit der näheren und weiteren Heimat verfügt und damit zugleich auch über eine der Hauptbedingungen für das Gedeihen des Wirtschaftslebens.

Dass mit dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der innere Ausbau des Gemeinwesens nicht gleichen Schritt zu halten vermochte, war eine unvermeidliche Folge. Während nämlich die Aufgaben der Gemeinde sich von Jahr zu Jahr häuften, reichten die vorhandenen Mittel zunächst nur zur Erfüllung der notwendigsten

Zwecke, und wenn auch allmählich an die Durchführung weiterer Aufgaben herangegangen werden konnte, so ist die Gemeinde auch heute noch auf manchen Gebieten, insbesondere der sozialen Fürsorge, auf die Mithilfe privater Faktoren angewiesen.

Unter dem Schutz der von öffentlicher und privater Seite geschaffenen Einrichtungen, vor allem aber unter der Einwirkung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahrzehnte hat sich dann die Lage aller Bevölkerungsschichten, namentlich die der unteren Klassen, wesentlich gehoben.